

Zeitschrift: Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Bern
Band: 39 (1947-1948)
Heft: 1

Artikel: Bernische Ämterbefragungen 1495-1522
Autor: Erni, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-370980>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bernische Ämterbefragungen
1495—1522

Von

Christian Erni

Inhaltsverzeichnis

Allgemeines zu den bernischen Ämterbefragungen	5
Ämterbefragungen als Mittel der Staatswillensbildung	5
Ämterbefragung und Referendum	6
a) Referendum als Volksrecht und Ämterbefragung als Gnade der Obrigkeit.	
b) Meinungsäusserung des Volkes im individualistischen und korporativen Staat.	
c) Funktionieren des Referendums und der Ämterbefragung.	
d) Verbindlichkeit von Referendum und Ämterbefragung.	
Ämterbefragung und «Fürtrag»	8
Arten der Ämterbefragung	9
a) Berufung von Abgeordneten nach Bern.	
b) Aussendung von Ratsboten.	
c) Schriftliche Befragung.	
Ämterbefragungen in Zürich und Luzern	12
Die bernischen Ämterbefragungen 1495—1522	13
Begründung der zeitlichen Abgrenzung	13
Charakterisierung der geschichtlichen Situation	13
a) Aussenpolitik.	
b) Innenpolitik.	
Die einzelnen Ämterbefragungen	15
a) Übersicht.	
b) Darstellung.	
aa) Aussenpolitik.	
A Schwabenkrieg.	
B Württembergische Frage.	
C Kapitulat mit Mailand.	
D Streit der Innern Orte mit Ludwig XII.	
E Krieg der Eidgenossen gegen Frankreich.	
F Friede mit Frankreich, Bündniswerbungen.	
G Bicocca.	

bb) Innenpolitik.

- A Bemühungen um Reislauf und Pensionen vor 1513.
- B Furno-Handel.
- C Köniz-Krieg.
- D Reislauf und Pensionen nach 1513.
- E Wirtschaftliche Fragen.
- F Feldzeichenfrage Freiburgs und Solothurns.

Material zu den einzelnen Befragungen (chronologisch) . . . 124

Allgemeines zu den bernischen Ämterbefragungen

Ä m t e r b e f r a g u n g e n a l s M i t t e l d e r S t a a t s w i l l e n s b i l d u n g

Das bernische Staatswesen hatte sich im Laufe des 15. Jh. äusserlich und innerlich abgerundet und gefestigt. Die einzelnen Besitzungen des eigentlichen bernischen Gebietes standen jetzt als ein Block zwischen West- und Mittelschweiz. In den Kämpfen des 15. Jh. hatte sich nicht nur ihre territoriale Einheit verwirklicht, sondern ein gewisses schicksalhaftes Zusammengehörigkeitsgefühl, aus dem Existenzkampf der zwei vergangenen Jahrhunderte hervorgegangen, band die Teile dieses Staatsgebietes unter sich und an die Herrin Bern, ein Gemeinschaftsgefühl, welches das bernische Staatsgebiet viel enger zusammenkettete als die eigentlichen Besitzrechte bestimmten.

Ein Ausdruck dieser Gefühlseinheit sind die Ämterbefragungen, deren erstes Auftreten M. v. Stürler 1439 feststellte. Sie verschwanden wieder am Anfang des 17. Jh., als Berns äussere Entwicklung zum Stillstand gekommen war, und eine Staatsleitung mit absolutistischen und zentralistischen Tendenzen versuchte, der Gefühleinheit eine politische Einheitlichkeit zur Seite zu stellen, was dann zur schweren Krise der Bauernkriege Anlass gab (letzte Befragung 1612). Erst 1798 fanden sich wieder Abgeordnete von Stadt und Land zur Beratung einer Verfassung mit der Obrigkeit zusammen in neuem Gemeinschaftsgefühl.

Die Ämterbefragung, organisch als Staatsnotwendigkeit entstanden, gehört ihrer politischen Funktion nach zur Staatswillensbildung. Die laufenden Geschäfte wurden im alten Bern vom kleinen oder täglichen Rat besorgt. Wichtigere Angelegenheiten kamen nach vorbereitender Beratung im kleinen Rat vor den grossen Rat, der dann gemeinsam mit dem kleinen Rat Beschluss fasste («Räte und Burger» nach Tillier II 456). Bei Staatsgeschäften, wo es um das Schicksal Berns ging, und besonders wo sich die Obrigkeit ihrer Untertanen versichern wollte, wurde Stadt und Land (so lautet die offizielle Bezeichnung für die bernischen Untertanen) um ihre Meinung befragt, so dass nun der Staatswille sich aus dem Willen der beiden Räte und dem von Stadt und Land bildete.

Ämterbefragung und Referendum

Im Jahre 1868 schrieb der Staatsschreiber M. v. Stürler eine Abhandlung über «Die Volksanfragen im alten Bern», der er, wohl weil es eine populäre, aktuelle Schrift zur damals brennenden Frage im Kampfe um das Referendum in den Kantonen sein sollte, leider gar keine Fussnoten und Quellenangaben beigab. Den Historiker musste ein Vergleich des modernen Referendums mit den alten Ämterbefragungen anziehen. «Die Intronisation des Volkes für den Endentscheid über alle Hauptfragen der Gesetzgebung im Allgemeinen und der Staatsfinanzen im Besondern wird mehr als die blosse Ausführung einer dermaligen Verfassungsvorschrift..., sie wird der Ausgangspunkt einer neuen Staatsordnung sein. Es erinnert dies auffallend an eine Erscheinung im alten Bern, die ihr zur Seite gestellt werden kann; denn gleiche Ursachen, gleiche oder doch gleichartige Wirkungen, aller Zeitdistanzen ungeachtet. Im 15. Jh. führte ein Übermass der öffentlichen Schulden, das natürlich eine entsprechende Mehrbesteuerung der Bürger im Gefolge hatte, gerade so wie jetzt, zum Rekurse an den Entscheid des Volkes in wichtigen Landesangelegenheiten.»

Eine nähere Untersuchung von Referendum und Ämterbefragung zeigt unter der scheinbaren Ähnlichkeit die gründliche, prinzipielle Verschiedenheit des modernen und des mittelalterlichen Staates.

Das Referendum, als ursprüngliches Recht des Volkes zur Mitsprache im Staat, stammt aus der Staatstheorie der Aufklärung und der Revolution. Weil das Volk der Souverän ist, hat es die *Pflicht* und das *Recht* an der Staatswillensbildung mitzuwirken. Es handelte sich 1869 eigentlich nur darum, ob das Volk durch Volksabstimmungen über Gesetze und Finanzsachen selbst entscheiden, oder ob die Entscheidung bei der Versammlung der Volksvertreter bleiben solle. Das prinzipielle Recht des Volkes auf die Staatswillensbildung war unbestritten.

Die Ämterbefragungen im alten Bern dagegen sind ein Akt kluger Staatslenkung der Obrigkeit in schwieriger Zeit, sind eine den Untertanen gewährte Gunst und Gnade und wurden von den Gemeinden von Stadt und Land auch als solche gesehen. So tönt es in vielen Antwortschreiben: sie danken für die Gnade und das Zutrauen der Obrigkeit, sie anfragen zu wollen; sie wären zwar zu dumm und zu wenig unterrichtet, als dass sie die Angelegenheit richtig beurteilen könnten; alle Weisheit und Einsicht ruhe ja bei

ihrer Obrigkeit, und wenn sie nun gehorsam ihre Meinung darlegen, sei es nur, weil man es ihnen befohlen habe, und sie bitten die Obrigkeit, ihrer freien (oft sehr freien und ungeschminkten) Meinungsäusserung wegen ihnen nicht zürnen zu wollen. Wie diese Gnade zur Meinungsäusserung und Mitberatung den Untertanen geschenkt wurde, so verschwand sie in ruhigeren Zeiten auch wieder, obwohl sie im Könizbrief von 1513 und im bernischen Kappelerbrief von 1531 gesetzlich festgelegt worden war.

Nach der modernen Staatsauffassung ist das Volk und in ihm der einzelne Bürger souverän (J. J. Rousseau: *Contrat social, Livre I, Chap. VII* «Le souverain n'étant formé que des particuliers qui le composent...»). Der Staatswille («volonté générale» bei Rousseau) bildet sich aus der Summe der Einzelwillen. Daher heisst der gesetzschaaffende Akt Volksabstimmung, Volksbefragung, und M. v. Stürler tut Unrecht, wenn er seine Arbeit über die Ämterbefragungen «die Volksanfragen im alten Bern» betitelt. Es wurde ja wohl oft in den Ämtern «von Mann zu Mann» die Meinung erkundet; doch fertigte das Amt eine einzige Antwort an die Regierung ab. Wahrscheinlich ermittelte man in Bern aus den Antworten der verschiedenen Ämter eine mehrheitliche Haltung des gesamten Untertanenlandes zu den gestellten Fragen, wie auch der grosse Rat «nur im Allgemeinen um seine Meinung befragt wurde», während einzig die Mitglieder des kleinen Rates individuelle Stimme hatten (Tillier II 457). Im Korporationenstaat des Mittelalters hatte der Einzelne nur innerhalb und durch seine Korporation bestimmenden Einfluss.

Das Referendum tritt unter bestimmten, gesetzlich festgelegten Bedingungen in Funktion. Die alte Obrigkeit aber veranlasst eine Ämterbefragung (wenigstens bis 1513), wenn und wann es ihr gut scheint, wenn sie die Verantwortung für eine Entscheidung nicht allein tragen will, oder wenn sie es der Stimmung des Volkes wegen für geraten hält. Daher kann die Ämterbefragung die verschiedensten Staatsangelegenheiten betreffen: Kriegseintritt, Friedensschluss, Bündnisabschluss, interkantonale Streitigkeiten, Reislaufverbote, Pensionenverbote, Festlegung von Strafen gegen Übertreter solcher Verbote, Begnadigungen, Steuererhöhungen, Preissteuerung, Geldwert-Festlegung und Handelsmonopole. Auch nach dem Könizbrief von 1513, der die Ämterbefragung gesetzlich vorschrieb für Bündnisse mit Hilfspflicht, schränkte die Obrigkeit die Befragungen durchaus nicht auf diesen Fall ein.

Ein Volksentscheid im Referendumsfall ist ein Akt der Gesetzgebung und daher absolut bindend für die Regierung. Die Regierung des alten Bern dagegen holt sich durch eine Ämterbefragung lediglich den Rat ihrer Untertanen und sondiert ihre Stimmung, ohne dass sie dadurch irgendwie (wenigstens nicht gesetzlich) in der Beschlussfassung gebunden wäre, und es ist bloss ein Ausdruck ihres staatsmännischen Taktes und Könnens, wenn sie tatsächlich meist der Stimme der Mehrheit von Stadt und Land folgte. Souverän ist im alten Bern eben die Stadt, die mit ihrem Geld und Blut sich ihr Untertanengebiet erworben hat, und in ihr mehr und mehr die Räte, während die Bürgergemeinde schon früh an politischer Bedeutung zurücktritt (vgl. Tillier II 456).

Ä m t e r b e f r a g u n g u n d « F ü r t r a g »

Allem Anschein nach ist die Einrichtung der Ämterbefragung aus dem «Fürtrag» hervorgegangen (K. Dändliker im Jahrb. f. Schw. Gesch. Bd. 21 S. 57 ff.). Der Fürtrag ist Berichterstattung und Darlegung der Massnahmen, die die Regierung *ergriffen hat*, mit der Absicht der Regierung, sich dazu die Zustimmung und Unterstützung des Volkes zu sichern. Von der Berichterstattung zur Befragung ist dann nur ein kleiner Schritt, besonders wenn solche Mitteilungen ans Volk durch Ratsboten vor der Versammlung der Wehrfähigen eines Amtes geschah. Dieses Mittel der Staatsleitung geht denn auch in Bern immer neben den Befragungen her, sei es auf schriftlichem Wege oder durch Vortrag der Ratsboten oder selten durch Berufung von Boten von Stadt und Land nach Bern, so dass man sich oft aus den Quellen schwer für eine Zuordnung zu Befragung oder Fürtrag entscheiden kann. Die Hauptunterschiede sind folgende: 1. enthält der Fürtrag meist eine Darlegung schon erfolgter Beschlüsse oder Massnahmen; 2. enthalten die Instruktionen der fürtragenden Ratsboten oder die Fürtrag-Briefe keine Aufforderung an die Ämter zur Meinungsäusserung (was natürlich nicht hinderte, dass der Ratsbote in Bern über die Stimmung und Meinung des Volkes Auskunft geben konnte); 3. kann der Fürtrag nur an einzelne Ämter oder Landesteile gerichtet sein und behandelt also nur Angelegenheiten, die diese beschränkten Gebiete und ihre Verhältnisse betrifft (z. B. Ankenvorkauf im Oberland, Unruhen im Aargau 1513). Aus diesen Gründen habe ich den Fürtrag nicht in diese Arbeit einbezogen und halte mich streng nur an die Befragungen.

Die Arten der Ämterbefragung

So starr und unfehlbar ein Referendum funktionieren soll, so anpassungsfähig zeigt sich die Ämterbefragung. Man kann drei verschiedene Arten und Möglichkeiten der Befragung erkennen, von denen die Obrigkeit (meist Rät und Burger; «coram toto consilio et burgensibus» 1499 März 9.) jeweilen die zum gegebenen Fall geeignete wählte.

Zu Zeiten höchster äusserer und innerer Spannung berief die Obrigkeit Boten von Stadt und Land zur Mitberatung. Meist wird im Schreiben der Obrigkeit nicht ausgesagt, wie diese Boten bestimmt werden sollen und wie viele Abgeordnete aus jedem Amt man wünsche. Das war wohl nach alter Gewohnheit festgelegt. Einzig am 24. Dezember 1513 werden aus jedem Amt zwei Boten erfordert. Für die vier Kirchspiele wird am 15. September 1495 bestimmt, dass jeder Freiweibel (!) mit einem von ihm bestimmten Mann in Bern erscheinen solle. Die Zeit der Zusammenkunft der Abgeordneten wird genau festgelegt: sie haben sich am... abends in der Herberge in der Stadt und am nächsten Morgen zur Ratszeit vor Räten und Burgern einzufinden. Nach den Eintragungen in den Ratsmanualen brachte jede Delegation den Inhalt ihrer Instruktion vor, worauf dann wohl Räte und Burger unter sich berieten und einen endgültigen Beschluss fassten. Nur in den aufgeregteten Tagen nach dem Könizkrieg (1513 Juni 29., damals kamen Boten aus der Landschaft ohne Berufung durch die Regierung nach Bern; 1513 Juli 23., Juli 28., Oktober 12. und 13.) beeinflusste diese Abgeordnetenversammlung *direkt* die Staatsleitung (vgl. Abschiede von Klein und Gross Räten mit den Boten von Stadt und Land) und vielleicht auch 1499 Ende August oder anfangs September, als die Obrigkeit es für gut fand, die Zustimmung der Untertanen zu den Präliminarien des Basler Friedens eilends ihren Gesandten am Friedenkongress mitzuteilen. Ich vermute, dass es einzig 1513 anlässlich der langen Tagung der Boten von Stadt und Land (20. bis 28. Juli) vorkam, dass auch die Boten zur Abstimmung zugelassen wurden (Anshelm III 455: «ward von kleinem und grossem rat und fürnemlich von boten von stat und land abgemêret und gesprochen» alle Verräter zu strafen); wohl deshalb hielt es Anshelm für ausserordentlich und erzählenswert; denn die Regierung liess sich wahrscheinlich ungern dreinreden und hatte im Laufe der Ämterbefragungspraxis schlechte Erfahrung mit dieser direkten Methode gemacht. So schreibt Anshelm schon zum Jahre 1509 (Anshelm III

193), Bern habe es vorgezogen Ratsboten aufs Land zu schicken, «wol bedacht weger ze sin, ire rät hinuszesenden, dan ire untertanen harin zue räten zemachen, so dann selten on nachteil einer oberkeit zue samen kommen, gwonlich alwegen ira etwas abziehen, partī und irrung anrichten oder stärken». Tatsächlich erscheinen 1495—1513 inkl. (in 18 Jahren) 16 Befragungen dieses ersten Typus, während ich für 1513—1522 (in 8 Jahren) nurmehr vier finden konnte.

Am schwierigsten vom Fürtrag zu scheiden ist der zweite Typus der Befragung. Durch einen knappen Brief liess die Obrigkeit «was mans namens und von vierzechen jaren alt ist» in den Ämtern auf einen bestimmten Tag (wahrscheinlich auf die alte Dingstätte) durch den Vogt zusammenberufen. Jedem zum Fürtrag bestimmten Ratsboten wurden verschiedene Ämter zugeteilt (1509 Februar 10. auch Grasburg), wo er mit den Untertanen «diser seltzamen löuf-fen halb underrede» zu halten hatte. Über die zur Sprache zu bringenden Fragen wurde ihm eine Instruktion mitgegeben, welche die Stellung der Regierung darlegte. Der Ratsbote trug dann diese den Stimmfähigen des versammelten Amtes vor und liess zur Ermittlung der Meinung «von Mann zu Mann» fragen oder gewöhnlich abmehren oder die Anhänger des Regierungsvorschlages auf die eine und die Gegner auf die andere Seite treten. Meist verlangte die Obrigkeit eine bindende schriftliche Antwort; nur 1509 Oktober 22. scheinen die zurückgekehrten Ratsboten mündlichen Bericht erstattet zu haben. Diese zweite Methode der Befragung hat alle Vorteile der ersten: direkter Kontakt mit den Untertanen, Möglichkeit der beiderseitigen freien und ausführlichen Aussprache; und keine der Nachteile des ersten Typus, die Anshelm zu 1509 erwähnt. Wohl der Kostspieligkeit dieser Befragungsart wegen fanden 1495 bis 1522 nur neun solcher Ratsbotschaften aufs Land statt, während dagegen die dritte, die schriftliche Methode, im gleichen Zeitraum 24mal angewendet wurde.

Am klarsten tritt uns die *schriftliche* Ämterbefragung entgegen. Die Obrigkeit legt in einem meist umfangreichen Briefe die fragliche Angelegenheit dar, indem sie sorgsam das Pro und Kontra, wie es sich den Räten zeigte, erzählt. Oft tönt im Wortlaut des obrigkeitlichen Schreibens die Neigung der bernischen Räte zu der oder jener Lösung deutlich durch. Am Schlusse folgt dann der «ernstliche beuelch» (an den ungenannten Vogt) die Gemeinde zu besammeln, ihr diesen Brief vorzulesen, gemeinsam darüber zu beraten und auf einen bestimmten Tag die Antwort schriftlich nach

Bern zu schicken, damit die Regierung sich «darumb darnach dester bas wisse zue halten». Bei eiligeren Angelegenheiten verlangt die Regierung schriftliche Antwort «by diserm darumb allein gesandten boten» durch den sie das Befragungsschreiben den Ämtern zukommen lässt. Viele der Antwortschreiben sind in den sogenannten «Unnützen Papieren» erhalten und liefern uns oft guten Einblick in Stimmung und Anschauungsweise jener Zeit. Manche Antworten sind sehr kurz, viele lang und eingehend, manche voll von Höflichkeitsphrasen, andere knapp, bissig, die Gelegenheit «z'Bode z'rede» ausnützend. Die wichtigsten Stellen und eine Zusammenfassung der einzelnen Antworten gebe ich im dritten Teil, zum Teil wörtlich in der «träfen» Form der Briefe selbst. Diese Antworten wurden den Räten und Burgern verlesen, welche die Sache dann berieten und darüber Beschluss fassten, wie wenn Abgeordnete des Landes dabei gewesen wären. Daher heisst es in der Instruktion vom 3. Mai 1496 an die bernischen Tagsatzungsgesandten: «... wüssend ir zue sagen, wie sich dann min herren und ir landschaft vereinbart haben...» — Die vier Landgerichte erfuhren in mancher Hinsicht, der Ausburger wegen, eine andere Behandlung als die übrigen Untertanengebiete. Mehrere Male wurden Ratsboten zu ihnen geschickt, während die Obrigkeit die übrigen Ämter nur schriftlich um ihre Meinung befragte (1514 April 27., Juli 19. und November 21., 1521 September 5.). Jedesmal handelte es sich um wichtige aussenpolitische Angelegenheiten (Friede mit Frankreich, Bündnis mit Papst, Kaiser und Söldnergewährung an Frankreich), wozu gerade die Meinung der nächsten Gebiete wichtig war, da diese leicht hätten die Stadt bedrohen können, wenn sie nicht einverstanden waren. Zur Behandlung der vier Kirchspiele kann ich nichts aussagen, da ich zu wenige Unterlagen habe. Doch darf man vermuten, dass sie ähnlich wie die Landgerichte behandelt wurden. — Während beim Fürtrag auch Aigle und Neuveville (Ra. Ma. 1509 Juli 31.) ihre Ratsboten erhielten, konnte ich für die schriftliche Befragung eine Beteiligung von Grasburg, vom 6. November 1519 (obwohl es gemeinsam mit Freiburg regiert wurde), und Saanens, das seit 1403 mit Bern verbündet war, feststellen (1495 September 25., 1496 März 28., 1513 März 21., 1514 April 27., 1515 März 10.).

Die Ämterbefragungen im alten Bern waren keine bernische Sonderheit, sondern gleiche oder ähnliche politische und wirtschaftliche Zustände in den eidgenössischen Städteorten hatten ähnliche innenpolitische Folgen. So gab es «Berichterstattungen und Anfragen der Zürcher Regierung an die Landschaft», deren erste Spuren aus der Zeit des alten Zürichkrieges stammen, und deren wichtigste Entwicklungsstufen die Waldmannschen Spruchbriefe von 1489 und die Kappelerbriefe von 1532 sind. Auch Luzern scheint nach S. Segesser («Rechtsgeschichte der Stadt und Republik Luzern» II 224, 225) Ämterbefragungen gekannt zu haben. Möglicherweise gab es diese Institution auch in Freiburg. Wenigstens deutet darauf hin, dass Bern 1501 August 17. und 1509 Februar 10. Freiburg von einer bernischen Ämterbefragung und einem Fürtrag benachrichtigte. Die bernische Regierung rät sogar Solothurn 1513 Juli 9. auch Abgeordnete seiner Landschaft zur Beratung beizuziehen. Es scheint aber nach dem bis jetzt vorliegenden Material, dass die Ämterbefragungen in Bern *besonders häufig* durchgeführt worden waren. Im Gegensatz zu Zürich, das die Befragungen nur in aussenpolitischen Angelegenheiten kannte, wurden sie von Bern mit Erfolg auch bei Fragen der Innenpolitik angewendet. Nirgends aber fand ich eine Spur, dass in Bern auch die Bürgergemeinde ihre Stimme abgab (in Zürich wurde auch in der Konstaffel und in den Zünften Stellung zu den Fragen genommen); das hat seinen Grund darin, dass Berns Bürgergemeinde nicht demokratisch-zünftisch organisiert war.

Die bernischen Ämterbefragungen 1495—1522

B e g r ü n d u n g d e r z e i t l i c h e n A b g r e n z u n g

Der Ausschnitt aus der bernischen Geschichte und aus der Reihe der Ämterbefragungen, den ich hier bearbeite, mag zunächst willkürlich erscheinen. Das kann in gewissem Sinne gelten für das Jahr 1495. Wenn man aber die Liste der Befragungen von 1449—1495 bei M. v. Stürler überblickt, sieht man, dass es sich dabei hauptsächlich um innenpolitische oder innerschweizerische Fragen handelt. Von 13 Befragungen von 1449 an betreffen nur drei den Burgunderkrieg. Mit 1495 aber tritt die grosse Politik in den Vordergrund. Im Mittelpunkt steht der Kampf zwischen Frankreich und Habsburg und der Wettlauf dieser Mächte um die Schweizer Söldner. Bündnisbegehren, Friedensschlüsse, Kapitulate und Heereszüge füllen nun die Ämterbefragungen und ziehen Reislauf- und Pensionenhändel im Innern nach sich. 1499 finden vier Befragungen zum Schwabenkrieg und zum Frieden von Basel statt, die aber deutlich erkennen lassen, dass trotz der Wichtigkeit, die wir heute dieser entscheidenden Auseinandersetzung zwischen dem Reich und der Eidgenossenschaft beimessen, die eidgenössischen Knechte besonders gegen Ende des Krieges nur widerwillig und mit halbem Herzen dabei waren. Eindeutig ist die Berechtigung eines Abschnittes beim Jahre 1522. Die Befragungen dieses Jahres drehen sich um den unglücklichen Bicoccazug. Der Schwerpunkt des Interesses scheint also noch ganz beim italienischen Kampfplatz zu liegen. Das nächste Ausschreiben von 1524 leitet die Reihe von Befragungen der Reformation ein. M. v. Stürler formuliert die Frage vom April 1524 so: «Will man bei dem Mandate der freien Predigt von 1523, aber auch dem Verbot der Priesterehe, des Fleischessens in den Fasten, etc. verbleiben?»

C h a r a k t e r i s i e r u n g d e r g e s c h i c h t l i c h e n S i t u a t i o n

Die Eigenart der Zeit nach den Burgunderkriegen bis zum Ewigen Frieden mit Frankreich (wohl auch bis zur Reformation) erklärt Gagliardi: «Im Leben des Einzelnen wie bei Völkern und Staaten finden sich Zeiten der Gefahr, die in tiefgreifendem Zu-

sammenraffen der gesamten Lebenskraft die fast unvermittelte Überleitung bilden von Perioden innerer Erstarkung zu ungeahnter Machtentfaltung nach aussen» (Anteil der Schweizer an den italienischen Kriegen, S. 7). Mit dem Sieg über Karl den Kühnen traten die Eidgenossen zum erstenmal richtig aus einer verhältnismässigen Abgeschiedenheit aktiv und bestimmend in das System von erstarkenden Nationalstaaten hinein. Wie sich rings um die Schweiz alles politische Geschehen um den grossen europäischen Gegensatz Habsburg—Frankreich gruppierte, wäre für die Eidgenossenschaft als neuer Kriegsgrossmacht eine klare, einheitliche, zielbewusste Politik von Nöten gewesen, die entweder den Weg einer saubereren Parteinahme oder einer ebenso sauberen neutralen Haltung eingeschlagen hätte. Solch eine Politik des einheitlichen aktiven Eingreifens oder einer angemessenen Distanzierung würde aber eine einheitliche Leitung vorausgesetzt haben, wie sie die umgebenden Staaten besasssen. Der Eidgenossenschaft fehlte zu jener Zeit sowohl ein solches leitendes Organ, wie auch ein überragender Kopf. Nur Bern trieb eine verhältnismässig gradlinige und bewusste Politik und besass Leute in seiner Regierung, die noch am ehesten gesamteidgenössisch dachten. Dem Geist und der Struktur der Eidgenossenschaft nach war sowohl eine aktive, klare Grossmachtpolitik, als auch ein klares Beiseitestehen unmöglich. Dazu kam, dass das geesteigerte Selbstbewusstsein des Landvolkes, das in bisher nicht gekanntem Ausmass zum Kriegsdienst herangezogen wurde und herbeieilte, durch seine Neigungen, Abneigungen und Stimmungen die Staatsleitung wesentlich beeinflusste und in den Länderorten geradezu bestimmte. Gagliardi bezeichnet deshalb die Politik der Länder und überhaupt der Eidgenossen als «sprunghaft, unvermittelt». So wurden wohl grosse Schlachten siegreich durchgekämpft, aber meist verstanden die Eidgenossen weder militärisch noch politisch ihre grossartigen Siege auszunützen. Der Besitz des Tessins und der Ewige Friede mit Frankreich von 1516 konnten niemals die gewaltigen Kraftanstrengungen und Erfolge, den Verlust Tausender auf den italienischen Kampfplätzen aufwiegen. Die italienischen Feldzüge bedeuteten eine ungeheure Kraftvergeudung. Gagliardi sagt (S. 16): «Alle Schranken staatlicher Ordnung überflutend, riss Kriegslust und Gewinnsucht die unüberwindlichen Söhne der Berge mit sich fort».

Dies war dann eben die Kehrseite dieser so ruhmreichen Periode unserer Geschichte, unserer Renaissance. Das Übel des Reislaufes stammte übrigens nicht erst aus der Zeit der Burgunder-

kriege. Glutz-Blozheim («Geschichte der Eidgenossen vom Tode des Bürgermeisters Waldmann bis zum Ewigen Frieden mit Frankreich», Zürich 1816, S. 16, Anm. 1) nennt ein solothurnisches Mandat gegen Aufwiegler vom 31. März 1439. Wenn sich auch der Reislauf zuerst wohltätig auswirkte als Ableitung des Bevölkerungsüberschusses und der unerwünschten, unruhigen Elemente, so wurde er doch, als er weiter um sich griff, zur eigentlichen Plage und zusammen mit dem Pensionenwesen führte er das Land zum wirtschaftlichen und sittlichen Zerfall, und es brauchte die grosse Gestalt Zwinglis und die geistige Erschütterung seiner Reformation, um die Eidgenossenschaft vor einem Abgrund zu retten.

Die einzelnen Ämterbefragungen

Dies war also der Hintergrund zu den Ämterbefragungen meines Zeitabschnittes. Es lag wohl im freien Ermessen der Regierung, solche Befragungen zu veranstalten; aber, wie der Könizaufstand von 1513 zeigte, handelte sie doch unter dem Zwang der Volksstimmung. So kommt es, dass diese Ämterbefragungen nicht immer die politisch wichtigsten Fragen der betreffenden Jahre zum Inhalt haben, und dass oft recht nebenschlächtliche Dinge darin erscheinen, denen nur gerade die Volksstimme die vorübergehende Bedeutung gab.

Ich erlaube mir nun, die Ämterbefragungen nicht chronologisch, sondern nach ihrem Inhalt gruppiert zu besprechen.

Übersicht

(Die Daten sind die der Beschlussfassung zur Ämterbefragung, wenn bekannt, oder sonst des Schreibens der Regierung.)

Datum	Typ.	Inhalt
<i>Schwabenkrieg</i>		
1499 März 9.	I	Bündnis mit Frankreich.
Juni 18.	I	Fragen der Kriegsdisziplin, Mahnung der Bündner und Solothurner.
Juli 8.	I	Widerrufene Ämterbefragung wegen eines Heerzuges (Dornach).
Ende Aug.	I	Präliminarien des Basler Friedens.

Datum	Typ.	Inhalt
<i>Württembergische Frage</i>		
1519 März 6.	I	Zug gegen den Herzog von Württemberg, der Knechte aufgewiegt hatte.
Nov. 16.	III	Hilfsgesuch des Herzogs zur Rückerobierung seines Herzogtums.
1520 Aug. 31.	III	Begnadigung des Württembergfahrers Ludwig von Diessbach.
1521 Febr. 22.	III	Begnadigung des Württembergfahrers Hans Rudolf Hetzel.
<i>Kapitulat mit Mailand und abgewiesenes französisches Bündnisbegehrten</i>		
1495 Juli 3.	II	Werbung der antifranzösischen Liga, bes. Mailands und Frankreichs; widerrufen.
Sept. 15.	I	Bündnisanbietung Mailands und Frankreichs.
1496 März 28.	III	Frankreich und die Eidgenossen drängen Bern zur Annahme, Papst und Kaiser mahnen ab.
<i>Streit der innern Orte mit Ludwig XII. um Lugano, Locarno und Bellinzona; Soldansprecher</i>		
1501 Aug. 16.	I	Soldansprecher (an Frankreich) wollen mit den innern Orten nach Mailand ziehen, um sich so Recht zu verschaffen.
Sept. 12.	III	Zug der innern Orte gegen Mailand (franz.).
<i>Krieg der Eidgenossen gegen Frankreich im Bündnis mit Papst und Mailand</i>		
1512 Apr. 23.	I	Pavierzug.
1513 März 21.	III	Friedensangebot Frankreichs, Antwort für die Tagsatzung.
<i>Friede mit Frankreich und Bündniswerbungen des Papstes, des Kaisers, Spaniens und Frankreichs</i>		
1513 Dez. 24.	I	Bündnis mit Papst, Pensionen und Geschenke, Geld von Dijon, Präsident von Dijon.
Dez. 30.	III	Antworten der Landschaft zu den Fragen vom 24. Dez.

Datum	Typ.	Inhalt
1514 Febr. 1. Apr. 27. Juli 19. Nov. 21.	III	Bewilligung einer Friedensvermittlung des Papstes und Bündnis mit dem Kaiser.
	III	Friede und Bündnis mit Frankreich.
	III	Bündnis mit dem Papst und England.
	III	Bündnis mit dem Papst, dem Kaiser und Spanien.
1515 Okt. 9.	III	Entsetzung der eidg. Besatzungen in mailänd. Schlössern oder Friedensverhandlungen mit Frankreich in Genf.
1516 Apr. 28. Juli 30.	III	Bestrafung von Offizieren, die vor Friedensschluss zum König nach Mailand zogen.
	II	Friede, oder Friede und Bündnis mit Frankr.
<i>Bündnis mit Frankreich</i>		
1520 März 19. Mai 8.	III	Bündnis mit Frankreich.
	III	Bereinigte Artikel zum franz. Bündnis.
<i>Bicocca</i>		
1521 Sept. 5.	III	Bestrafung von Reisläufern, die ohne Urlaub heimkehrten; Änderung von Artikeln im franz. Bündnis: Werbung nur mit Erlaubnis der Tagsatzung und Wahl der Hauptleute durch sie.
1522 Apr. 23. Mai 17.	II	Gerede über den Bicoccazug, dass die Regierung an der Niederlage schuld sei.
	I	Neue Aushebungen zur Rache für Bicocca.
<i>Bemühungen um Reislauf und Pensionen vor 1513</i>		
1500 Apr. 3.	I	Abstellung des Reislaufens und der Pensionen (Versprechen keine Bündnisse mit Hilfspflicht abzuschliessen).
1501 Mai 6.	I	Aburteilung von 12 Reisläufern.
1502 März 7.	II	Soll man bei der Pensionenordnung bleiben?
1505 Okt. 8.	III	Soll man das franz. Bündnis von 1499 halten und bei franz. Pensionen wieder nehmen?
1509 Okt. 22.	II	Massnahmen gegen Aufwiegler, Reislaufstrafen.

Datum	Typ.	Inhalt
<i>Furno-Handel</i>		
1508 Apr. 28.	II	Pensions- und Reislaufordnung für die ganze Eidgenossenschaft, Furno-Handel.
1511 Apr. 27.	I	Furno-Handel.
<i>Könizkrieg und Dijonzug</i>		
1513 Juni 29.	I	Bestrafung der Gefangenen der franz. Partei und Liquidierung des Könizhandels.
Juli 6.	I	Bestrafung oder Begnadigung von Gefangenen.
Juli 13.	I	Endgültige Aburteilung der Gefangenen und Aufstellung des Könizbriefes.
Okt. 5.	I	Unruhen von Grasburgern in Murten gegen Vorkäufer.
Okt. 21.	II	Bern lässt sich seine Bündnispolitik mit dem Papst (1510) und Mailand (1512) gegen Verleumder bestätigen.
Dez. 24.	I	vgl. unter Friede mit Frankreich, Bündnis
Dez. 30.	III	mit Papst usw.
1514 Aug. 14.	III	Freilassung des Präsidenten von Dijon.
1515 März 10.	III	Verteilung des Geldes aus dem Frieden von Dijon.
1516 Febr. 10.	I	Begnadigung von 4 Vennern, und was mit den Geldgeschenken an die bern. Gesandten beim Friedensschluss mit Frankr. zu tun sei.
1517 Sept. 11.	III	Begnadigung des Hans Rud. Hetzel.
<i>Reislauf und Pensionen nach 1513</i>		
1517 Juli 13.	III	Soll man die Pensionenordnung neu beschwören?
1518 Jan. 29.	III	Begnadigung von Leuten aus Unterseen, die die Regierung geshmäht haben.
März 6.	I	Reislaufen und Strafen.
<i>Wirtschaftliche Befragungen</i>		
1502 Sept. 16.	III	Abwertung des 4-kreuzerwerten Plaphart.
1518 Okt. 20.	III	Wiederinkraftsetzung des Vorkaufverbotes, das 1513 abgeschafft worden war.

Datum	Typ.	Inhalt
<i>Interkantonales</i>		
1513 Dez. 13.	I	Reihenfolge der Feldzeichen von Freiburg und Solothurn, wenn sie mit Bern im Felde stehen.

Ä m t e r b e f r a g u n g e n z u m S c h w a b e n k r i e g

War es Karl VIII., König von Frankreich, 1495 nicht gelungen, auch Bern in ein Bündnis einzuschliessen, so waren jetzt 1499 für Ludwig XII. im ersten Kriegsmonat des Schwabenkrieges, den Bern trotz aller Bemühungen nicht hatte verhindern können, die Aussichten besser; denn das Bündnis mit Frankreich versprach militärische und finanzielle Hilfe und somit eine schnellere, siegreiche Beendigung des Konfliktes, an dem besonders die bernische Landbevölkerung nur unwillig teilnahm. Bern befragte daher zuerst seine Untertanen, während die Tagsatzungsboten der andern Orte, bevollmächtigt, schon am 16. März das Bündnis mit Ludwig XII. abschlossen. Das bernische Schreiben vom 9. März an die Ämter gibt deutlich zu verstehen, dass Bern ein Bündnis mit Hilfsversprechen vermeiden möchte, wie es seiner bisherigen Politik entspreche, und dass es ein gegenseitiges Neutralitätsversprechen vorzöge. Da aber «angesechen gantzer Eidgnoschaft gmein und schwere kriegsnot» Hilfe durch Frankreich nicht zu verachten sei, könnte sich die Regierung zu einem Defensivbündnis zum Schutze des französischen Königreiches mit einer festgelegten Anzahl eidgenössischer Knechte verstehen. Boten von Luzern, Uri, Zug, Freiburg, Solothurn erschienen zur Tagung der Regierung mit den Boten von Stadt und Land und haben diese wohl entscheidend beeinflusst, so dass am 21. März die Abgeordneten des Landes sich für das Bündnis aussprachen mit der Bedingung, dass nur eine bestimmte Zahl Knechte gewährt werde und die heimlichen (französischen) Pensionen abgestellt würden. Die Räte fügten noch bei, dass Schwyz und Unterwalden auch einbegriffen sein müssten und Bern die alte Pension wieder erhielte.

Wie ungern die bernische Landbevölkerung diesen Defensivkrieg gegen das Reich mitmachte, und wie zermürbend er sich auf die Moral auswirkte, zeigen deutlich die Artikel, die den Boten von Stadt und Land zur Beratung am 27. Juni vorgelegt wurden: Es werde der Regierung vorgeworfen, unnötig Truppen aufzubieten;

die Hauptleute melden aus dem Felde Ungehorsam der Knechte und beklagen sich, dass viele ohne Urlaub heimlaufen; die Regierung tadeln, dass die Ämter nicht vollständige Kontingente schicken, dass «alt übelmogend personen, och ettlich vil zue jung usgeschickt» würden, dass die gebotenen «Zusätze» nicht vollzählig und durch die Ämter schlecht mit Zehrung versehen worden wären, wofür die Regierung Verweise von den andern Orten erhalten habe. Als Krönung dieser Klagen verlangt die Obrigkeit dringend, dass die (einträglichere) Reisläuferei nach Frankreich abgestellt werde. Dies während eines *nationalen* Krieges! Haupttraktandum aber war die Geleitsgewährung für eine mailändische Gesandtschaft, die eine Vermittlung zwischen dem Kaiser und den Eidgenossen in die Wege leiten wollte. Die Antworten der Boten von Stadt und Land lauteten natürlich bei der oben skizzierten Kriegslauheit zustimmend. Auf den 13. Juli waren die Abgeordneten des Landes wieder nach Bern befohlen «eines Heerzugs halb». Die Tagung wurde aber widerrufen, da die Tagsatzung Bern zur Abwehr eines feindlichen Heeres, das von Basel anrückte, Vollmachten gab (Dornach).

Als die Präliminarien des Friedens von Basel (25. August) der Obrigkeit durch ihre Boten in Basel mitgeteilt wurden, fand man es geraten, diese den Boten von Stadt und Land vorzulegen, welche, der Stimmung des Bernervolkes Rechnung tragend, einem Friedensschluss auf Grund dieser Artikel zustimmten. Die Obrigkeit berichtete daher eilends ihrer Gesandtschaft den Willen des Volkes, um ein neues drohendes Ausbrechen der Feindseligkeiten der thurgauischen Gerichtsbarkeit wegen zu verhüten.

Ämterbefragung zum Württemberger Konflikt

Herzog Ulrich von Württemberg, 1499 noch Gegner der Eidgenossen, war im Namen des Reiches mit ihnen nach Dijon gezogen, und seither waren die Eidgenossen immer wieder in württembergischen Angelegenheiten beteiligt gewesen. 1519 verband sich nun das Schicksal Württembergs mit der bevorstehenden Wahl eines Kaisers, so dass die Eidgenossen auch hier als militärische Grossmacht eingriffen. Herzog Ulrich, der Parteidänger des französischen Königs Franz I. im Kampf gegen Habsburg um die Kaiserkrone, hatte sich durch einen Überfall auf Reutlingen (Reichsstadt und schwäbische Bundesstadt) mit dem schwäbischen Bund (Habsburgische Partei) verfeindet. 12 000 Eidgenossen liefen dem Herzog zu, ungeachtet der neutralen Haltung der Tagsatzung und des Reis-

laufverbotes Berns. Führer der bernischen Knechte waren Ludwig von Diesbach und der berüchtigte H. R. Hetzel. Die Eidgenossen, Gegner einer französischen Kandidatur auf den Kaiserthron, mahn-ten trotz ihrer Sympathie für den Herzog ihre Knechte heim. Da die Mahnung der Tagsatzung zuerst kein Gehör fand, fragte Bern am 6. März 1519 seine Ämter an, was zu tun sei. Die Antworten müssen scharf ausgefallen sein; denn Bern, seine Reichstreue und Stellung als Reichsstadt hervorhebend, beschloss, kriegerisch gegen den Herzog vorzugehen, wenn dieser ihre Knechte nicht entlasse. Der endlich erfolgte Abzug der eidgenössischen Reisläufer beein-flusste Württembergs Schicksal und auch die Frage der Kaiserwahl. Die unwillig heimgekehrten Aufwiegler und Anführer wurden strenge bestraft. Dem verbannten Ludwig v. Diesbach wurde erst im September 1520 und H. R. Hetzel erst im März 1521 auf Bitten von Verwandten durch Entscheid der Ämter das Land wieder er-laubt. Württemberg wurde vom Schwäbischen Bund erobert, und Herzog Ulrich flüchtete in die Schweiz, wo er, nach einem gescheiterten Versuch, sich sein Land zu erhalten, bei den Eidgenossen um Hilfe warb. Bern, das einen Krieg mit dem Reich und eine daraus-folgende Unterbindung seiner Korn- und Salzzufuhr aus dem Reich befürchtete, und durch einen Entscheid seiner Ämter von Ende November 1519 in seiner ablehnenden Haltung bestärkt, erlaubte dem Herzogen nicht einmal das Betreten bernischen Bodens. Auch die übrigen Eidgenossen lehnten fast allgemein eine *kriegerische* Hilfe ab. Ihre Diplomatie vermochte aber nicht, dem Herzog sein Land zurückzugewinnen und damit den eidgenössischen Einfluss in Süddeutschland zu erhalten. Württemberg fiel durch einen Vertrag unter die Verwaltung Oesterreichs.

Ä m t e r b e f r a g u n g e n z u m K a p i t u l a t m i t M a i l a n d 1 4 9 6

Deutlicher als in den Ämterbefragungen im Schwabenkrieg und Württemberger Handel tritt hier die zunehmende Verwicklung der Eidgenossen ins Getriebe der europäischen Politik zu Tage. Einzig Bern versuchte, seiner Politik eine bestimmte Richtung zu geben. Im Sommer 1495 häuften sich die Werbungen um die Kriegsmacht der Eidgenossenschaft. Der Papst, der Kaiser, Spanien, Venedig, Ludwig Sforza (Moro) und Charles von Orléans rangen um Bünd-nisse. Die Mehrheit der Eidgenossen neigte zuletzt, dank des fran-zösischen Goldes, einem Bündnis mit Frankreich zu. Die eidgenös-

sischen Knechte liefen schon vor dem Bündnisabschluss zu Tausenden in französische Dienste. Auch in Bern konnte man trotz schärfster Verbote (Todesstrafe, Verbannung) nicht verhindern, dass «ein erber zal dem küng von frankreich und andern» zuzogen. Eine Ämterbefragung auf den 12. Juli 1495 der Bündnisse wegen wurde widerrufen, da noch kein genügender Bescheid von den Tagsatzungsboten in Luzern eingelaufen war. Auf den 23. September endlich erschienen bevollmächtigte Boten von Stadt und Land in Bern, denen die Regierung die Situation darlegte und betonte, dass ein Bündnis mit Frankreich sie in einen «tödlichen» Krieg mit dem deutschen Reich verwickeln würde, das auf der Seite Mailands stand. Die Boten von Stadt und Land stimmten der Politik der Regierung zu, sich nicht mit Frankreich zu verbinden «sachen halb, so uns noch unser eidgnossen gantz nützt berüerern», und mit dem Reich in gutem Einverständnis zu bleiben.

Wie wenig sicher aber Bern trotz dieses «einhellen» Beschlusses seiner Untertanen war, erweist sich darin, dass am 28. März 1496 eine neue schriftliche Ämterbefragung stattfand zur selben Frage eines Bündnisses mit Frankreich. Die Weigerung Berns zum Beitritt hatte grossen Unwillen besonders unter den Länderorten erregt, wogegen der Papst und der Kaiser mit Bann und Acht drohten, wenn Bern beiträte. Die Antworten lauten fast einmütig, die Obrigkeit solle sich im Rahmen der Bünde mit den Eidgenossen vertragen, damit es nicht zum Bruderkrieg komme; dem Papst und dem Reich wolle man halten, was man schuldig sei, und man begehre, aller Herren (also Frankreichs) und ihrer Pensionen müssig zu gehen. Als Konsequenz dieser Haltung schloss dann Bern zusammen mit Schwyz und Obwalden ein Kapitulat mit Mailand ohne Hilfsversprechen!

Ä m t e r b e f r a g u n g e n z u m S t r e i t d e r i n n e r n O r t e u n d A n s p r e c h e r m i t L u d w i g X I I .

Der Schwabenkrieg hatte verhindert, dass dem Herzog Ludwig Sforza sein Kapitulat mit Bern, Schwyz und Unterwalden zugute kam. Ludwig XII. eroberte, jedesmal mit starker Hilfe von Schweizer Söldnern, das Herzogtum Mailand im Jahre 1499 und wieder 1500. Die eidgenössischen Knechte strömten zu Tausenden in französische Dienste, und Tagsatzung und Regierungen kämpften machtlos dagegen an. Allein, als der König (damals noch Herzog von Orléans) seinem Versprechen von 1495, den Eidgenossen als Beloh-

nung für die Hilfe bei der Eroberung Mailands Bellinzona, Lugano und Locarno zu überlassen, nicht nachkam und grosse Soldrückstände noch vom Neapelzug nicht bezahlen wollte, schlug die Stimmung besonders der innern Orte um. Der Mehrheit der Tagsatzung, die einen Krieg mit Frankreich befürchtete, gelang es trotz aller Bemühungen nicht, die innern Orte von einem Zuge gegen Mailand abzubringen (1503). Die Regierungen, die sich von diesem Unternehmen distanzierten, bemühten ihrerseits sich meist vergebens, die Scharen der Ansprecher von einem Rachezug zurückzuhalten. In diesen Zusammenhang gehören die beiden Befragungen vom 16. August und 12. September 1501. Die bernische Regierung einigte sich mit den Boten von Stadt und Land, in der Sache der Ansprecher keine Gewalt zu gebrauchen und ruhig zu bleiben und versprach, ihnen mit diplomatischen Mitteln zu helfen. Da diese diplomatischen Mittel (Schiedsgericht) zu keiner Befriedigung führten, stürmten im späten August 1501 etwa 3500 Ansprecher plündernd bis Lugano. Ob Bern seine Leute mitziehen liess, ist fraglich; doch konnte ich keine Angaben dazu finden.

Dieser Raubzug in den Tessin schien sich allmählich zu einem richtigen Krieg gegen Frankreich zu entwickeln. Uri, Schwyz und Unterwalden machten Miene, einen Feldzug nach dem Tessin zu tun, und nur das rechtzeitige Einlenken Ludwigs XII., der in Neapel Schwierigkeiten hatte, hinderte sie daran. Die bernische Obrigkeit, durch Uri, Schwyz und Unterwalden gemahnt, fragte am 12. September 1501 ja schon ihre Ämter an, ob weitere Orte zu mahnen seien, und riet, sich gerüstet zu halten. Antworten dazu sind keine erhalten. Erst der Zug der drei innern Orte nach Lugano von 1503 und der Vertrag von Arona brachte den Erfolg, welcher die umstrittenen Gebiete endgültig den drei Orten sicherte.

Ä m t e r b e f r a g u n g e n z u m K r i e g d e r E i d g e n o s s e n i m B ü n d n i s m i t d e m P a p s t u n d M a i l a n d g e g e n F r a n k r e i c h

1509 erlosch das französische Bündnis. Abfällige Äusserungen des Königs gegen die Eidgenossen, Bevorzugung der deutschen Landsknechte, ihrer Rivalen, und schlechte Bedingungen eines neuen Bündnisangebotes hatten solch eine feindliche Stimmung gegen Frankreich hervorgerufen, dass die Eidgenossen das französische Bündnis fallen liessen und 1510 mit dem Papste paktierten. 1512 nun hatte sich der Kaiser von Ludwig XII. abgewandt;

England erklärte Frankreich den Krieg, und der Papst mahnte die Eidgenossen um Hilfe. In dieser Situation erliess Bern, «wo der König noch immer unter den angesehensten Staatsmännern mächtige Freunde zählte» (Tillier III 60), eine Frage an die Ämter, ob Bern sich einem Zug der Eidgenossen gegen Ludwig XII. anschliessen solle. Das Schreiben erwähnt, dass Bern sich alle Mühe gegeben habe, einen Krieg abzuwenden, dass es den Zug missbillige, und dass der Sold dieser Tagsatzungstruppen mit einem Gulden ungenügend sei (Gagliardi in «Novarra und Dijon»: gewöhnlicher Monatssold eines Schweizer Söldners betrug 4 bis $4\frac{1}{2}$ Gulden). Antworten sind keine erhalten; doch scheint der Entscheid des Volkes eher gegen einen Auszug gelautet zu haben, da die Regierung sich im Schreiben, das den Auszug befiehlt (Tagsatzungsbeschluss vom 6. Mai), entschuldigt, alles versucht zu haben, um den Krieg zu vermeiden.

In grossartigem Siegeslauf eroberten dann die Eidgenossen Mailand, übergaben es Maximilian Sforza, mit dem sie ein Kapitulat abschlossen, und übernahmen den Schutz Mailands. Doch auch Frankreich suchte wieder mit den Eidgenossen anzuknüpfen und begehrte die festen Plätze, die es noch in Händen hatte, für einige Jahre zu behalten und wieder eidgenössische Knechte in seinen Sold zu nehmen; dagegen würde Frankreich eine Summe an die Kriegskosten und einen Teil der Soldrückstände zahlen. Bern teilte, am 21. März 1513, diese französischen Friedensbedingungen seinem Volke mit und verholtete ihm nicht, dass ein Friede mit Frankreich einen Krieg mit Papst und Kaiser nach sich ziehen könnte, und dass man so Frankreich freie Hand gegen Mailand gäbe. Die Antworten lauten eindeutig gegen ein Soldbündnis mit Frankreich und verlangen als erste Friedensbedingung die Herausgabe der noch besetzten Schlösser; so lautet auch die Antwort Berns auf der Tagsatzung. Viele der Antworten der Ämter werfen ein helles Licht auf die Ansichten des gemeinen Mannes. So schreibt Brugg, dass des Königs Absicht ja doch nur sei, «gemein eidgnoschaft von einem krieg in den andern und grösfern zue wickeln»; oder Seftigen bemerkt, dass aus einem Bündnis mit Frankreich «uns nütt guots draus folgit, denn wittwen und weisen, und wa ein bidermann ein sun erzielt, bringt er in um mit sim gelt»; oder Aarau meint spitzig: «Bitten über gnaden..., üch von den frantzosen mit keinem gelt noch anders iren schieffen listen nit bewegen lassen wollend», und mehrere Ämter empfehlen sich schon zum voraus für die Verteilung der Soldrückstände.

Ämterbefragungen zum Frieden mit Frankreich und Bündniswerbungen des Papstes, des Kaisers, Spaniens und Frankreichs

Eine Einigung mit Frankreich der mailändischen Schlosser wegen kam zwar nicht zustande; aber die französischen Besetzungen zogen im November 1513 ab aus Mangel an Lebensmitteln. Auch zu einem Frieden mit Frankreich kam es nicht, da die Eidgenossen hartnäckig am Vertrag von Dijon festhielten, den Ludwig XII. ebenso hartnäckig verweigerte anzuerkennen. Die bernischen Untertanen vernahmen im Befragungsschreiben vom 29. April 1514 die neuen französischen Friedensartikel, deren Annahme sie entrüstet zurückwiesen als «schantlich und schädlich». Brugg schreibt: «sölich gesuoch können uns nit anders bedunknen, dann ein gespött, ewig dienstbarkeit und s-chlavery uff üwer gnaden und gemein eidgnossem zue laden.»

Dagegen machte der Papst grosse Anstrengungen, um das Bündnis mit den Eidgenossen rechtzeitig zu erneuern, das 1510 auf fünf Jahre abgeschlossen worden war. Zu vier Malen ist es Gegenstand von Ämterbefragungen, meist in Verbindung mit Bündnisbegehren des Kaisers und Spaniens. Am 30. Dezember 1513 taucht es zuerst auf. Da damals die Boten von Stadt und Land keine Instruktionen dazu hatten, erfuhr Bern erst auf den 15. Januar 1514 den Willen seiner Untertanen. Auf der Tagsatzung zu Zürich (1514 Januar 9.) forderte es deswegen Aufschub der Entscheidung, weil es (gemäß dem Artikel des Könizbriefes) nicht ohne die Zustimmung von Stadt und Land handeln wollte. Die meisten Antworten lauten ungünstig für ein Bündnis. Aarburg erklärt geradeheraus: «eine vereinung anzenämen zuo beschützen der heilig kilch und auch nit witter». Die meisten wollen der Kirche leisten, was man ihr schuldig sei, sonst aber, gehorsam der Pensionen- und Reislaufordnung, aller Herren müssig gehen. Nur Trachselwald und Huttwil sehen richtig, dass die Eidgenossen das Bündnis eingehen müssen, «umb dass der hertzog von meyland dester bas gerüewot mög blipen», und dass jetzt ein Abseitsstehen unmöglich mehr sei.

Der einzige gangbare Weg zur Sicherung der durch die eidgenössischen Siege geschaffenen Situation in Italien war ein Friede der Eidgenossen mit Frankreich, um dessen Vermittlung sich der Papst bewarb. Auch dies legte Bern am 1. Februar 1514 seinen Ämtern vor und begehrte gleichzeitig zu wissen, wie sie sich zu einem Bündnis mit dem Kaiser stellten. Bern empfahl das Bündnis mit dem

Kaiser, weil es sah, dass die Eidgenossen allein Mailand nicht halten und dass sie, auf sich allein angewiesen, plötzlich einer Koalition des Kaisers und Frankreichs gegenüberstehen könnten, wie es Venedig ergangen war. Es fanden sich keine Antworten von Stadt und Land; aus den Instruktionen an die bernischen Tagsatzungsabgeordneten kann man schliessen, dass die Regierung zu beiden Fragen günstigen Bescheid erhalten habe.

Aus den Worten der Ämterbefragung vom 19. Juli 1514 spricht die gleiche Sorge wegen einer Isolierung der Eidgenossenschaft und um die gleiche Sicherheit Mailands, wenn Bern seine Ämter einlädt, über die Artikel eines Bündnisses mit dem Papst und England zu beraten. Die zwei einzigen erhaltenen Antworten von Interlaken und Obersimmental lauten ablehnend. Doch muss sich nach der Eintragung im Ratsmanual die Mehrheit für die Bündnisse entschieden haben, mit der Bedingung allerdings, dass Hilfe nur zum Schutze des Kirchenstaates gewährt werde.

Unermüdlich wiederholte auch der Kaiser seine Werbungen. Am 21. November 1514 benachrichtigte Bern seine Untertanen über ein Bündnis, das den Kaiser, Spanien, den Papst und den Herzog von Mailand und die Eidgenossen umfassen sollte, «alles zuo beschirmung des hertzogthuombes mailand und derselben landschaft italien und deshalb wider den küng von frankenrich», also ein klares Offensivbündnis. Einzig die unentschiedene Antwort von Obersimmental ist erhalten. Die bernischen Tagsatzungsabgeordneten erhielten die Weisung, dem Abschluss dieser Bündnisse, zuerst des päpstlichen, dann der andern, zuzustimmen. Das persönliche Eingreifen des Kardinals von Sitten, der überraschende Friede Englands mit Frankreich und die drohenden Rüstungen Frankreichs mögen entscheidend zum Abschluss des Bündnisses mit dem Papst am 9. Dezember 1514 und mit dem Kaiser und Spanien am 18. Februar 1515 getrieben haben.

Nach der Niederlage von Marignano, «als die Aussichten auf die Wiedereroberung Mailands immer schwächer wurden, als die Treulosigkeit der Ligisten, des Papstes wie des Kaisers und der Spanier, immer deutlicher zu Tage trat und endlich kein Zweifel über die völlige Isolierung der Eidgenossenschaft mehr übrig bleiben konnte, gewann die immer in erster Linie durch die drei Städte Bern, Freiburg und Solothurn vertretene Friedenspartei die Oberhand (Dierauer II 549/550, 1920). Allein Uri, Schwyz und Unterwalden gaben ihre Hoffnung nicht auf und drängten, die eidgenössischen Besitzungen der Schlösser Bellinzona, Lugano, Locarno und

Domodossola zu verstärken, während Franz I. bereits seine Einwilligung zu Friedensverhandlungen in Genf gegeben hatte. Die Frage einer Unterstützung der innern Orte bildet den Inhalt der Ämterbefragung vom 9. Oktober 1515. Antworten sind keine erhalten; doch lassen die unentwegten Bemühungen Berns um den Frieden vermuten, dass die Ämter dieses Vorgehen billigten und dass sie sich gegen eine Hilfe an die drei Orte aussprachen.

Mit dem Friedensentwurf von Genf waren alle Orte einverstanden. Über der Frage eines Bündnisses aber entstand eine gefährliche Zweiung unter den Orten. Uri, Schwyz, Zürich, Basel und Schaffhausen wollten nichts von einem Bündnis wissen und gewährten dem Kaiser Truppenwerbungen für einen Zug gegen Mailand. Die übrigen acht Orte empfingen in Bern ihren Anteil aus einer Rate der französischen Geldleistungen, die im Genfer Vertrag festgelegt worden waren, und Frankreich erlaubte sich deshalb, besonders im Bernbiet durch seine bernischen Gewährsmänner zu werben. Bald zogen zirka 10 000 Mann in französischem Sold gegen Mailand. Vergebens mahnte die Regierung sie heim; die Offiziere verschlugen den Knechten die Mahnbriefe, und erst als die Knechte selbst anfingen heimzulaufen, kehrten auch die Hauptleute zurück. Über diesen Zug entstand in den innern Orten grosser Unwille, da nur mit Mühe ein Zusammenstoss von zwei Heeren eidgenössischer Knechte vermieden worden war. Zur Bestrafung der endlich heimgekehrten Hauptleute, Venner und «Lütiner» erkundete die Regierung die Meinung ihrer Untertanen, nicht wie hart, sondern ob überhaupt zu strafen sei! Die Antwortschreiben verlangen aber strenge Bestrafung, da allbekannt war, dass der Aufbruch aus der Stadt geschehen war, und sie machen Vorwürfe, dass die Regierung es nicht verhindert habe. Sternenberg meint, dass «min herren zum teil das hinloufen zum küng gewusst» haben. Wenn man die kleinen Übeltäter strafe, müsse man nun auch die grossen, meinen andere. Die Schuldigen mussten Urfehde schwören und sollten sich vor Gericht verantworten. Doch noch Ende August 1516 war nichts in der Sache geschehen.

Obwohl nach langem Verhandeln der König in den drei strittigen Artikeln des Bündnisses nachgegeben hatte, nämlich auf die Hilfspflicht verzichtet, freigestellt, die Schlösser Lugano und Locarno zu behalten oder ihm zu verkaufen, und den Kaiser in den Frieden einzuschliessen, waren die genannten fünf Orte nicht zum Einlenken zu bewegen. Um endlich einen Ausweg zu finden, befragte Bern Stadt und Land am 10. August 1516, «es sye die ver-

einung, den friden oder beide zuo halten oder abzueschlachen und eins nüwen kriegs zuo warten». Da aber alle genug des Krieges und des Bruderzwistes hatten, lauteten wohl alle Antworten wie die wenigen erhaltenen zugunsten des Friedens und gegen die Vereinung. Lenzburg sagt treffend, dass das französische Bündnis «zuo vermîden künftigen fleisch und bluot verkouf wol abzuostellen wäre» und rät, die Schlösser von Lugano und Locarno zu behalten in der richtigen Einsicht», dass dise in künftigem hader ein schlüssel einer eidgnoschaft mag sîn». So liess Bern und die andern sieben Orte das Bündnis fallen, und am 29. November 1516 wurde die «ewige Richtung» mit Frankreich abgeschlossen.

Ä m t e r b e f r a g u n g e n z u m B ü n d n i s m i t F r a n k r e i c h

Franz I. erneuerte unermüdlich seine Werbungen um ein Bündnis, ohne welches der Friede von 1516 für ihn unvollständig blieb. 1520 waren die Verhandlungen so weit gediehen, dass die Obrigkeit am 21. März die Ämter um ihre Meinung fragte und dabei erklärte, dass es am besten wäre, aller Herren müssig zu gehen; doch einzig, indem man sich «an ein ort hänke», könne man verhindern, dass die eidgenössischen Soldknechte sich unter verschiedenen Fahnen feindlich gegenüberständen. Ohne einen solchen Ausweg sei es unmöglich, die Leute zu Hause zu behalten. Natürlich würden nach alter Gewohnheit Kirche und Reich vorbehalten. Allein Stadt und Land waren einem Bündnis nicht geneigt und wollten lieber ihr Land «hüeten und gaumen». In diesem Bündnis, redete man im Lande, sei es doch nur «um der tütschen franzosen seckel ze tuend» (Anshelm erzählt, dass 7000 Kronen an die Räte flossen, abgesehen von heimlichen Gaben). Aber alle Antworten mahnen, nur gemeinsam mit den Eidgenossen zu handeln. Nach Schwinkhards Chronik (S. 231) stimmte Bern trotz der ablehnenden Haltung seines Volkes auf der Tagsatzung vom 15. April 1520 dem Bündnis zu.

Am 8. Mai 1520 unterbreitete Bern die bereinigten Bündnisartikel seinen Ämtern und betont im Frageschreiben, dass auf alle Fälle die Kirche, das Reich und alle Verbündeten vorbehalten werden. Die vorhandenen Antworten wiederholen den Wunsch des Landes, aller Herren müssig zu gehen; doch möchte man sich nicht von den Eidgenossen sondern. Die obrigkeitliche Interpretation dieser Antworten lautete für eine Annahme dieses Bündnisses. Am 5. Mai

1521 wurde es durch alle Orte, die Zugewandten Stadt und Abtei St. Gallen, Wallis, Biel, Rottweil, Mühlhausen und Oberer Bund, aber ohne Zürich, abgeschlossen.

A m t e r b e f r a g u n g e n u m d i e S c h l a c h t v o n B i c o c c a

Kaum war das Bündnis abgeschlossen, liess der König durch seine bewährten Schweizer Hauptleute werben, und Scharen eidgenössischer Knechte zogen Mailand zu, ohne dass die Tagsatzung angefragt worden wäre. Sofort bemängelten die Regierungen den Artikel des Bündnisses, welcher dem König die freie Werbung und die Wahl der eidgenössischen Hauptleute in seinem Dienste zugestand; denn die Orte hätten gern auch hier ihren Einfluss geltend gemacht und wahrscheinlich Geld daraus geschlagen. Da in Italien jetzt wieder im päpstlichen und französischen Heer Schweizer gegen Schweizer standen, hatten die Regierungen ihre Leute heimgemahnt. Viele Berner aber waren schon vorher aus dem französischen Heer davon- und heimgelaufen, was zu Vorwürfen von Seiten der Eidgenossen Anlass gab. Diese Sorgen waren der Inhalt der Ämterbefragung vom 15. September 1521, deren Antworten nicht erhalten sind. Doch erhellt einiges aus den Instruktionen vom 23. September zur Tagsatzung von Luzern: die bernischen Deserteure sollen gestraft werden, und ein Antrag auf Änderung des Artikels die Hauptleute betreffend soll gestellt werden.

Die Niederlage der Schlacht von Bicocca (27. April 1522) und die grossen Verluste im eidgenössischen Heer wurden in der Schweiz schwer empfunden. Allenthalben auf dem Lande schlug die Stimmung um gegen fremde Kriegsdienste und Pensionen und machte die Regierung für diese Niederlage verantwortlich, weil sie das französische Bündnis abgeschlossen hatte. Wie aus der Instruktion an die Ratsboten zu den Gemeinden von Stadt und Land hervorgeht, war die Lage für die Obrigkeit fast ebenso bedrohlich wie im Könizkrieg. Drohungen wurden laut, «har für die stat bern ziechen». Die Instruktion vom 25. Mai für die Tagsatzungsboten redet von einer Verschwörung unter den heimkehrenden Truppen, welche die Pensionen-Empfänger «zuo tod erstächen» wollten, und von Unruhen in Uri, Schwyz und andern Orten. Bern, durch Luzern gemahnt, kam einem Sturm zuvor, indem es anfangs Mai durch Ratsboten den Seinen erklärte, dass sie ja ihre Zustimmung zum französischen Bündnis gegeben hätten, dass die Dringlichkeit der Werbung nicht erlaubt hätte, die Ämter darüber anzufragen, und

dass dieser Zug in französischen Kosten eine Besetzung der tessinischen festen Plätze in eigenen Kosten erspart habe.

Schon am 9. Mai ersuchte Franz I. die Tagsatzung um neue 6000 Söldner, um die Niederlage von Bicocca zu rächen. Bern, seiner Untertanen nicht sicher, berief auf den 28. Mai Boten von Stadt und Land und verlangte von ihnen klare Antwort, «es sye dem küng die knecht zue gäben, oder abzueschlachen». Ein Zug nach Mailand im Solde Frankreichs hätte den Vorteil, dass dadurch ein militärischer Schutz des Tessins in eidgenössischen Kosten überflüssig würde. Die Antworten der Ämter lassen deutlich erkennen, wie willkürlich die Deutung der Ämterantworten vom 14. Mai 1520 durch die Regierung war; denn nicht nur wird ein neuer Zug in die Lombardei verworfen, sondern man verlangt einstimmig die Kündigung des Bündnisses (und damit verbunden die Abschaffung der Pensionen). Nur ein Aufgebot zum Schutze des Tessins wird gebilligt. Seftigen argumentiert sogar gegen die Italienpolitik, dass man «nit wüsse, ob man recht habe oder nit», also schon ein ethischer Gesichtspunkt, der Reformationsdenken erkennen lässt. Tief in die sittliche Zerrüttung lassen die Bemerkungen verschiedener Ämter blicken, welche die Regierung ermahnen müssen, Kirchdiebe, Räuber und Gotteslästerer zu strafen. Auch der wirtschaftliche Zerfall kommt zur Sprache, indem mehrere Ämter verlangen, scharf gegen die Aufwiegler vorzugehen, damit nicht jeder Dienstknecht, Schaf- oder Geishirt aus dem Dienst laufe. Wenn da nicht für Abhilfe gesorgt werde, beklagt sich Erlach, «müesten ire acker zue studen werden». Doch bessern Rat wissen alle nicht, als mit der Mehrheit der Orte zu handeln. Die Instruktion für die Tagsatzungsboten befiehlt denn auch, mit dem Mehrteil der Orte zu gehen. Wenn aber die ausstehenden Solde bezahlt würden, sollten sie für die französische Werbung stimmen.

Ä m t e r b e f r a g u n g e n u m R e i s l a u f u n d P e n s i o n e n v o r 1 5 1 3

Neben den Problemen der grossen Politik liefen immer auch die Sorgen des Reislaufes und der Pensionen einher. Enttäuschungen in der Aussenpolitik riefen fast gesetzmässig auf der Tagsatzung und in den Orten Bemühungen, dem Übel des Reislaufes und der Pensionen zu steuern. Es blieb aber meist bei guten Vorsätzen und Vorschlägen, und wenn es auch 1503 zu einer eidgenössischen Lösung im «Badener Verkommnis» kam, so hielt der schöne Auf-

schwung nicht lange vor. «Ein Ort nach dem andern fiel in den nächsten Jahren trotz allen Gegenanstrengungen einer Minderheit von dem Verkommnis ab, und als am 4. Juli 1508 die Tagsatzung den Beschluss fasste, die Sache dem Belieben jedes einzelnen Ortes zu überlassen, da war das Schicksal des Pensionenbriefes besiegt» (Dierauer II 471, 1920). Zu jener Minderheit gehörte auch Bern, das sich immer schon für eine Zusammenfassung der eidgenössischen Kraft zu eidgenössischen Zwecken eingesetzt hatte. Immer wieder machte Bern Anstösse zur einzigen guten Lösung des Reislauf- und Pensionenproblems im eidgenössischen Verband.

Als im Frühling 1500 in Italien ein Zusammenstoß von Schweizer Söldnern in französischen und mailändischen Diensten zu befürchten war, legte die bernische Obrigkeit ihren Ämtern eine Reislauf- und Pensionen-Ordnung zur Genehmigung vor. Im Schreiben vom 3. April 1500, das die Boten von Stadt und Land zusammenrief, finden sich schon alle später so viel gebrauchten Argumente gegen den Reislauf: das Land verliert Leute und Arbeitskräfte; schweres Blutvergiessen ist zu befürchten, wenn Eidgenossen einander geraten, was einen Bruderkrieg zur Folge haben kann, «uss dem allem unser aller zerstörung und abgang möchte erwachsen». Auch über die Abstellung der Pensionen und über Strafbestimmungen soll beraten werden. Die Antworten der Boten stimmten einhellig zu, und es wurde beschlossen «und auch den boten von stetten und lendern zuugesagt»:

1. keine Bündnisse mit Hilfsverpflichtung einzugehen,
2. die heimlichen Pensionen abzuschaffen,
3. Haupteute und Aufwiegler des letzten Reiszuges zu strafen.

In Ausführung dieser Beschlüsse wurden zehn Mitglieder des Rates aus ihrem Amt verstossen (Tillier II 444).

Als 1501 zwölf Reisläufer gefangen worden waren, ging Bern mit ihnen scharf ins Gericht, und obwohl viele Ämter Gnade empfahlen («wöllte man denn d'straf an den nidren anheben, so müeste mans an den hohen beharren»), wurden drei davon enthauptet und neun mit Urfehde entlassen. Thun wies in seiner Antwort richtig darauf hin, dass jede solche nur kantonale Regelung eines eidgenössischen Mißstandes zum Scheitern verurteilt sei.

Schon 1502 wurden auf dem Lande Stimmen gegen die Reislauf- und Pensionenordnung laut, da Bern auf Grund der Ordnung sich weigerte, die französische Pension anzunehmen und sich deshalb auch nicht zur Bewilligung von Werbungen verpflichtet fühlte.

Offenbar stammten diese Vorwürfe aus dem Lager der französischen Partei. Die Antworten auf die Frage, ob man die Ordnung halten und weiterhin die Pension ausschlagen solle, bestärkten zustimmend die Regierung in ihrer standhaften Haltung, während doch der Beibrief des Badener Verkommnisses bestimmte, dass das französische Bündnis nicht vom Pensionenartikel berührt würde.

Wenn die Ämter 1502 die Regierung bei der Aufrechterhaltung der Reislaufordnung unterstützten, scheint der Einfluss der Eidgenossen, des Bischofs von Lausanne (er entband das Bernervolk von seinem Eid) und wohl auch der französischen Partei im Herbst 1505 Volk und Regierung zum Einlenken bewogen zu haben, so dass Bern nun wieder die französische Pension nahm und Werbungen zuliess. 1508 stellte die Tagsatzung das Einhalten des Badener Verkommnisses den Orten anheim, so dass dem alten Übel wieder Tür und Tor geöffnet war. Anfangs Mai 1508 und Ende Oktober 1509 veranstaltete Bern wieder Ämterbefragungen über die Innehaltung der Landesordnung, über die Anwendung der dort stipulierten Strafen und über eine eidgenössische Regelung des Reislauf- und Pensionenunwesens. Beide Male äusserten sich die Ämter im Sinne der Ordnung, was nicht hinderte, dass alles im gleichen Geleise weiterging.

Ä m t e r b e f r a g u n g e n z u m F u r n o - H a n d e l

Schon in der Befragung vom Mai 1508 tauchte die «Irrung mit Savoyen» auf, der sogenannte Furno-Handel. Bern und Freiburg erpressten nämlich mit einer gefälschten Testamentsurkunde, die ihnen Joh. von Furno, der ehemalige Schreiber des verstorbenen Herzogs Karl von Savoyen, übergeben hatte, 125 000 rheinische Gulden. 1510 wies Furno Zürich, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Glarus und Solothurn noch eine gefälschte Vergabungsurkunde des Herzogs von Savoyen vor. Obwohl Savoyen auf einem Schiedsgericht den Schwindel aufdeckte, standen die innern Orte von ihrer Forderung nicht ab, und fast wäre es zu einem Krieg gekommen, wenn nicht Freiburg und besonders Bern kräftig dazwischengetreten wären und, den Zorn der goldgierigen innern Orte auf sich ladend, sich für eine friedliche Schlichtung eingesetzt hätten. Die Besorgnis eines «schwären landkrieges» teilte Bern am 5. Mai 1511 seinen Ämtern zur Beratung mit (der Kaiser und der König von Frankreich setzten sich für Savoyen ein), deren Antworten wohl im Sinne einer Verständigung ausfielen.

Ämterbefragungen zum Käuzkrieg und zum Zug nach Dijon

So charakterisiert Gagliardi die innern Zustände jener Zeit: «Wie die gesellschaftlichen Sitten in Aufwand und Festlichkeiten jedes gewohnte Mass überbieten, zügeloser Genuss und glanzvolles Auftreten die Voraussetzung der Existenz geworden sind, so greift die Ausartung des Kraftgefühls auch über in das Verhältnis im Ganzen: die friedlich-regelmässige Arbeit erhält ihre Missachtung; die Kriegsfahrt mit ihren Gefahren, die Nahrung, die sie dem männlichen Mut und Abenteuersinn gewährt, Sold und Beute erfüllen die Vorstellung der Jugend.» «... der Werber, Pensionenempfänger wie der einzelne Knecht, der Söldnerhauptmann und der Agent überlassen sich ihren Trieben». «... das Gemeinwohl und der sittliche Instinkt (werden) von der Selbstsucht jeden Augenblick missachtet... Parteikampf, Bestechlichkeit und Tumult (regieren) das Staatswesen». (Gagliardi: Novarra u. Dijon, S. 8/9, 1907).

Wenn dieser «Trieb zum Gigantischen» seine imponierende Grösse hat, so hatte er doch verheerende Auswirkungen auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse. Der wirtschaftliche Zerfall infolge der vielen Kriege, die dem einzelnen Landbewohner nur schaden konnten, eine soziale Spannung, aus dem Gegensatz des armen Söldners und des sich bereichernden Söldnerführers immer neu erwachsend, eine politische Unzufriedenheit, welche die Macht der Stadt gegenüber den Gemeinden und Ämtern wachsen sah (Glutz-Blozheim, S. 331) und endlich der Einblick in die Korruption der Obrigkeit, als deren Meisterstück der Zug H. R. Hetzels, des Sohnes des Altvenners Kaspar Hetzel, und anderer mit 2000 Knechten zu Ludwig XII., während das Heer der Eidgenossenschaft gegen ihn im Felde stand, all dies erregte eine schwelende Gereiztheit und Aufruhrstimmung, die sich im Käuzkrieg tumultarisch entlud. Alle staatliche Autorität war nun in Frage gestellt. Die Revolte verlangte ihre Opfer, und die bernischen Gerichte konnten sich dem Drucke der Volksstimmung nicht entziehen.

Die Nervosität und Unsicherheit der bernischen Obrigkeit äussert sich unter anderm in den Ämterbefragungen der zweiten Hälfte des Jahres 1513. Nicht weniger als sieben Befragungen entfallen auf diese Zeit. Kaum war es gelungen, die Bauernrotten aus der Stadt zu schaffen, sammelten sich neue Scharen aus weiter weg gelegenen Ämtern um die Stadt. Mit Abgeordneten der Ämter, ohne

Berufung durch Bern zusammengetreten, wurde am 2. Juli ein Abschied gemacht, der wenigstens die Ruhe wieder herstellen sollte, indem er vor allem Bestrafung der französischen Partei versprach.

Am 6. Juli berief Bern Boten von Stadt und Land, mit deren Hilfe über die gefangenen Verräter und Bestochenen beraten wurde, und Obersimmental wird im Abschied zugestanden, keine Bündnisse abzuschliessen ohne Zustimmung von Stadt und Land. Aber erst nach achttägiger Sitzung mit den Boten von Stadt und Land kam am 28. Juli der endgültige Abschied zustande, der neben Straffestsetzungen gegen französische Parteigänger besonders die Bestimmung enthält, kein Bündnis mit Hilfsversprechen ohne «bî-wesen und rat» der Botschaften von Stadt und Land einzugehen, womit die Institution der Ämterbefragungen für diesen wichtigsten Fall gesetzlich festgelegt war (vgl. Anfänge dazu im Reislaufbrief 10. April 1500 und analoge Bestimmung der Kappelerbriefe). Wirtschaftliche Zugeständnisse: «Freier Kauf und Verkauf, Butter-, Salz- und Korntausch, Änderung des Gewichts, Änderung oder Rücknahme erlassener Verordnungen» (Gagliardi: Novarra und Dijon, S. 213) und politische Zugeständnisse: Erteilung und Erneuerung von Freiheiten und Privilegien folgten (vgl. Ämterbefragung vom 5. Oktober 1513, Nr. 23, Abschn. 6). Lange ging es jedoch, bis die Bauern zur Ruhe kamen und geordnete Rechtsverhältnisse herrschten. Anfangs Oktober 1513 richteten Leute aus dem Schwarzenburg in Murten grossen Schaden an, angeblich einiger Vorkäufer wegen. Auch gingen in alter Weise Gerüchte um, die Regierung hätte vom Papst und Mailand ausstehenden Sold erhalten und wolle ihn nicht verteilen. Bern berief sofort die Boten von Stadt und Land und erledigte mit Hilfe Freiburgs die Angelegenheit gütlich.

Wühlereien der französischen Partei, die nun ihre Gegner der Bestechlichkeit beim Abschluss der Bündnisse mit dem Papst (1510) und Mailand (1512) bezichtigte, beschäftigten die Gemüter. Die Obrigkeit sah sich am 21. Oktober 1513 genötigt, deswegen Ratsboten aufs Land zu schicken, um die Politik Berns gegenüber dem Papst und Mailand zu erklären und sich nachträglich bestätigen zu lassen. So wenig aber war wieder Gehorsam, Rechtlichkeit und Ruhe hergestellt, dass Bern in der Instruktion den Untertanen sagen musste, nach diesen Erläuterungen könne niemand mehr Ursache haben «si (die Regierung) zu überziehen oder gegen inen einich gewalt für zuuenämen». Demütig anerbieten sie sich, jederzeit Red und Antwort zu stehen und Fehlbare zu strafen. Leider sind hiezu keine Antworten erhalten.

Eines Gerüchtes wegen musste Bern die Boten von Stadt und Land am 24. Dezember wieder einberufen. Man hatte herumgeboten, dass die Eidgenossen vor Dijon 50 000 Kronen empfangen hätten und einige Orte ihren Knechten davon ausgezahlt hätten, ein Gerücht, das die Tagsatzung in Bern als ganz unwahr enthüllte.

Bern aber fürchtete neuen Aufruhr wie im Juli. Den Boten wurde dann eine ganze Liste von Punkten mitgegeben, über welche die Ämter zu «sitzen» hatten. Die wichtigste Frage betraf die Erneuerung des päpstlichen Bündnisses, das ich weiter oben besprochen habe. Alle andern Artikel zeugen von der Unsicherheit der Regierung, die nun jede Kleinigkeit vor die Ämter brachte und sich vor eigenen Entscheidungen scheute. Wie konnte auch die Frage, ob «sondrige Pensionen» und Fürstengeschenke an bernische Gesandte in den Stadt-Seckel zu legen seien, anders beantwortet werden als mit ja? Zur Frage, ob man jungen Bernern erlauben wolle, mit einem Stipendium des Herzogs von Mailand auf der Hochschule Pavia zu studieren, finden sich einige aufschlussreiche Antworten. Die meisten lauten allerdings ablehnend. Erlach aber meint, dass solche gelehrte Leute «zue nutz und êre» der Eidgenossenschaft gereichten. Sternenberg dagegen argwöhnt, es wäre zu befürchten, dass «über nacht kriegslüt und frömbder herren hoptlüt uss inen erzogen werde».

In diese gleiche unruhige Atmosphäre gehört die traurige Geschichte des Humbert de Villeneuve, Präsident von Dijon, der von Bernern und Freiburgern in Genf gefangen genommen und von Genf an Bern ausgeliefert worden war, weil man glaubte, dass er zu den Vorgängen vor Dijon wichtige Aussagen machen könnte. Die Ämter hatten seine Befragung an der Folter verlangt. Bern fragte auch die Tagsatzung mehrmals an, was mit ihm zu tun sei. Als endlich die Geiseln von Dijon gegen Lösegeld in Zürich freigelassen wurden, wandte sich Bern an seine Ämter, um den Präsidenten mit deren Einverständnis auch gegen Lösegeld loszuwerden; denn die Untersuchung hatte nichts ergeben. Er wurde am 22. September 1514 als «alter und kranker» Mann freigelassen.

Um nicht neue Unruhe im Lande zu wecken, erkundigte sich Bern am 14. März 1515 bei seinen Ämtern, wie das Geld, das die Eidgenossen vor Dijon als Abschlagszahlung erhalten hatten, unter die Teilnehmer am Dijonzug zu teilen sei. Die Frage war darum heikel, weil neben den 2700 Aufgebotenen (Tillier III 96) nach Anshelm noch 4000 Freiwillige mitgelaufen waren. Die allgemeine Ansicht der Ämter ist, dass man die Freiwilligen mustern und dann unter Aufgebo-

tene und kriegstüchtige Freie gleich verteilen solle. Eine solche Musterung schien wirklich angezeigt; denn die Briefe der Ämter zählen unter den Freiwilligen, die bei einer Teilung nicht zu berücksichtigen seien, Kinder, Knaben, davongelaufene Dienstknechte, Lahme, Krumme, Fremde, «walchen», Beutemacher und solche, die nur zeitweise sich beim Heere befunden hätten. Muss man sich da über die Disziplinlosigkeit im Heere vor Dijon wundern, wo so eine gemischte Gesellschaft zusammensass? Wenn man den Aussagen von Erlach, Grasburg und Lenzburg glauben darf, wurden die Freien vor Dijon dem regulären Hauptmann eidlich unterstellt und mussten ihre eigenen Feldzeichen «underschlachen». Nach vielem Hin und Her wurde den Ämtern das Geld nach Ausgezogenen zugeteilt, und diese Ämter sollten unter alle Kriegstüchtigen teilen.

Letzte Nachwehen des Könizkrieges sind die Begnadigungs gesuche der vier Altvenner Gilg Schöni, Niklaus von Grafenried, Rud. Baumgartner und Peter Dittlinger, die 1513 aus dem Amte verstoßen worden waren und H. R. Hetzels, der 1513 verbannt worden war. Da bei ihrer Bestrafung die Boten von Stadt und Land beteiligt gewesen waren, fühlte sich Bern jetzt verpflichtet, die Untertanen zu deren Begnadigung raten zu lassen (1516 Febr. 10. und 1517 Sept. 11.). Für H. R. Hetzel setzten sich übrigens Verwandte und Freunde, worunter der Schultheiss Jakob von Wattenwyl, in einem Schreiben an Stadt und Land ein. Alle wurden begnadigt.

Ä m t e r b e f r a g u n g e n z u R e i s l a u f u n d P e n s i o n e n n a c h 1 5 1 3

Bern hatte mit der Abschaffung der geheimen, «sonderen» Pensionen Ernst gemacht und sie bis Ostern 1516 beschworen. Da die andern Eidgenossen aber die Pensionen ruhig annahmen und über die «bessern» Berner spotteten, hatte die bernische Obrigkeit beschlossen, die Pensionenordnung auch nicht mehr zu beschwören, es sei denn gemeinsam mit den andern Orten. Die Haltung der Ämter zu diesem Vorgehen scheint zustimmend gewesen zu sein.

Am 11. März 1518 musste wiederum mit Boten von Stadt und Land über die Reisläuferei beraten werden, und der Beschluss der Regierung geht dahin, die Reisläufer aus dem französischen, angeblichen Türkenzug zurückzumahnen, und ihnen Milderung der Geldstrafe zuzugestehen im Falle einer sofortigen Heimkehr. Eine Ämterbefragung vom 29. Januar 1518 aber zeigt, dass die Unruhe der

grossen Italienkriege und ihres innern Nachspiels im Könizkrieg immer noch nachzitterte. Die Obrigkeit hatte zwei Leute von Untersen zu bestrafen, welche die Städte Bern, Freiburg und Solothurn des Verrates bei Marignano bezichtigt hatten, nachdem es kurz vorher aus Zofingen ähnlich getötet hatte. Die Regierung sass jetzt offenbar wieder gut im Sattel, so dass sie diese zwei Verleumder zum Tode verurteilte. Auf Bitte vieler Ämter hin, die um ihre Ansicht angefragt worden waren, wurden sie aber mit Urfehde freigelassen, wie es auch mit den Zofingern geschehen war.

Ämterbefragungen wirtschaftlichen Inhaltes

In der Zeit von 1495 bis 1522 fallen nur zwei Befragungen, die wirtschaftliche Probleme enthalten. Die grossen äussern Ereignisse hielten das Volk in Atem. Nur 1502 am 16. September holte Bern die Meinung seiner Ämter ein über die Festlegung des Wertes des «vier crützerwerdigen Blapharts», was damals von einiger Wichtigkeit war, weil in Bern infolge von Hagel Teuerung herrschte und es Bern nicht gleich sein konnte, ob zur Einfuhr von Lebensmitteln sein Geld in den umliegenden Gebieten weniger galt.

1513 aber traten mit den sozialen Forderungen auch wirtschaftliche in den Vordergrund. So hatte die Regierung freien Kauf und Verkauf zugestehen müssen, d. h. Abschaffung der Vorkaufsverbote. 1518 liefen aber Klagen gegen Vorkäufer ein, und Bern fragte die Ämter an, ob der Vorkauf wieder abzustellen sei. Es scheint, dass das Vorkaufsverbot für die wichtigsten Lebensmittel (Korn, Fleisch, Wein) wieder eingeführt wurde.

Interkantonales

Der Zeit und der Stimmung nach gehört die Ämterbefragung vom 13. Dezember 1513 zum Könizkrieg; sie gehört jedoch inhaltlich zu den Mailänder Feldzügen. Ludwig Schwinkhart erzählt, zum Jahre 1512 (S. 72), über den Anfang des Zwistes:

«In dem als nun die Eydgossen zu Baffy lagend (nach dem 14. Juni), erhub sich ein grosser stoss zwüschen denen von Friburg und denen von Solothurn von wegen deren von Bern, us ursachen, die von Solothurn giengendt näben denen von Bern uf der rächten sidten und die von Friburg uf der linken sidten. Nun vermeinten die von Fryburg, der standt gehorte jnen zu. Darwider warend die von Solothurn und sprachend, der standt gehorte jnen, wann sy hättend den ee erworben dann die von Fri-

burg. Dagegen sprachend aber die von Fryburg, sy während die, die den standt erworben hätten jn dem burgrächt, das zwüschen denen von Bern und jnen ufgerichtt wäre. Sämliche und andere wort tädtend die zwo Stett dar, und vermeintend do, yeder party sölte der standt beliben, und satzten das denen von Bern heym. Aber die von Bern wolten sich der sach nit jn dem väldt annämen und entbotten das heym gan Bern jren obern. Also verschrieben die von Bern widerumb, dass es also beliben sölt, als sy dann mit einander uszogen werend jn das fälde bys zu anderen tagen.»

Die Verhandlungen darüber müssen sich weiter über das Jahr 1512 und 1513 hingezogen haben. Bern hatte erfolglos zu vermitteln versucht, weshalb es sich in der Unsicherheit des Herbstes 1513 an die Ämter um Rat wandte. Antworten sind keine erhalten. Vielleicht wiesen sie Bern an, die Schlichtung den andern Orten auf der Tagsatzung zu überlassen.

Material zu den einzelnen Befragungen

Statt den Besprechungen der einzelnen Befragungen grosse Fussnoten beizugeben, gebe ich hier in chronologischer Reihenfolge das Material jeder Befragung bei. Diese Anordnung hat meines Erachtens den Vorteil, dass die Darstellung der Zusammenhänge nicht gestört wird, und dass das Material, übersichtlich geordnet, in grösserem Umfange beigezogen werden kann. Wo ich charakteristischen und «träfen» Ausdruck in den Quellen fand, führe ich ihn so weit als möglich (nicht diplomatisch genau) an.

Ziffer 1 gibt entweder das *Datum der Beschlussfassung* zur Befragung oder des Schreibens der Regierung.

- » 2 gibt das *Datum der Einberufung* der Boten in die Stadt oder der Ämter zur Dingstätte (selten Termin der schriftlichen Antwort).
- » 3 gibt den *Typus der Befragung*:
 - I Boten in die Stadt,
 - II Ratsboten in die Ämter,
 - III Schriftliche Befragung.
- » 4 gibt, wenn möglich, den *Inhalt der Befragung* oder indirekte Hinweise auf eine Befragung.
- » 5 gibt die *Antworten der Ämter* (meist auszugsweise).
- » 6 gibt womöglich den *Entscheid der Regierung*.

Die Erklärung der Abkürzungen siehe hinten bei der Aufzählung der Quellen.

Befragung Nr. I:

Bündniswerbung der antifranzösischen Liga.

1. 1495 Juli 3. Ra. Ma., D. M. H43 Juli 4.
2. 1495 Juli 12., Ra. Ma. Juli 3. und D. M. H43 Juli 4.
3. Typus II.
4. D. M. H43, 1495 Juli 4.: Werbung des Papstes, des Kaisers, Spaniens, Venedigs, Ludwig Sforzas (Moro) mit günstigem Kapitulatanerbieten, und Louis von Orléans. Parteiung der Eidgenossen (eidg. Absch. Bd. 3 Abt. I Nr. 508). Frage, ob das Kapitulat an-

zunehmen sei. Die Befragung wird widerrufen (Ra. Ma. Juli 10., D. M. H45), da kein genügender Bescheid von der Tagsatzung in Luzern vorlag (eidg. Absch. Bd. 3 Abt. I Nr. 511, 1495 Juli 9.). Der Widerruf ist gerichtet an: Hasli, Unterseen, Ober- und Niedersimmental, Frutigen, Aeschi, Thun, Burgdorf, Trachselwald, Huttwil, Wangen, Aarwangen, Lenzburg; aus Ra.Ma. 1495 Juli 10. geht der Widerruf auch «ins Oberland und ins Ergöw allenthalben». «So sye doch ir anwalt noch nit von dem tag von Luzern kommen und deshalb mîn herren nit eigentlich wüssen, was uss disen löuffen welle werden.» Mahnung sich zu rüsten und nirgendshin zu ziehen. «Was dan nach dem tag von Luzern (sich) begibt, werden mîn herren si wüssen lassen.»

Befragung Nr. 2:

Bündnisanbietung Mailands und Frankreichs.

1. 1495 September 15., Ra. Ma., D. M. H64 und H66.
2. 1495 Sept. 23., D. M. H64 und 66 (Blatteinschub).
3. Typus I.
4. D. M. H64 und 66: Werbungen des Königs von Frankreich gegen Mailand und Anerbieten eines vorteilhaften Kapitulates durch den Herzog von Mailand (Zollfreiheit, Geleit, Pensionen, keine Hilfsverpflichtung, ewig; die eidgenössischen Forderungen sollen auf dem Rechtswege erledigt werden). Doch Regierung gegen französisches Soldbündnis, da das römische Reich auf Seiten Mailands stand, was die Eidgenossen in einen «todlichen» Krieg verwickeln könnte «sachen halb so uns, noch unser eidgnossen ganz nützit brüeren und dero wir wol müessig gan mögend». Trotz Bemühungen Berns haben sich die eidgenössischen Knechte erhoben und ziehen «mit houptlügen und offnen venlinen dem küng zuo hilf»; «das alles... von unsfern altvordern nit gebrucht sind, dann gelt und guot zuonemmen, und die, so uns nützit ubels begeren zuo ze fuogen, zuo überzüchen». Bern will Frieden und Ruhe wahren und sich «frömder herren kriegssachen nützit annemen», deshalb «einheller beschluss» des Volkes zur Unterstützung der Regierungspolitik erfordert. Die Regierung verlangt Boten «mit vollem Gewalt zuo handeln, zuo ratschlagen und zuo beschliessen». «so verr an uns ist, wellen wir der gerechtigkeit bistand tuon, und uns von derselben dehein guot noch gelt be-

wegen lassen, in hoffnung dadurch gegen gott glück und belohnung und von der welt ruom, lob und er zuo erfolgen.»

Strafen an Leib und Gut gegen Reisläufer.

D. M. H61: gerichtet an die Freiweibel, zu diesem Tag (Sept. 23.) mit einem Mann aus jedem Kirchspiel der Landgerichte zu erscheinen. Das Schreiben ist gerichtet an: Zollikofen, Konolfingen, Seftigen, Sternenberg, Vechigen, Bolligen, Gempelen (!), Stettlen.

5. Ra. Ma. 1495 Sept. 24: Rat, Burger und Boten von Stadt und Land sind versammelt. «Mîn herren haben den iren von statt und land zuo erkennen geben, was si dann bishar zwüschen dem römschen küng, ouch dem küng von frankrich und herzogen von meyland von vereinungen und ander sachen halb gehandlet und besunders, wie si dann fürgenommen haben, sich der frömbden herren kriegssachen nütztit anzuonämen, sunders frid und ruew ze haben...» «Uff das haben dieselben von statt und land sich zuosammen bedacht und einhellenklichen geantwurt, ... uff irem fürnämen ze beliben, und also uff frid und ruew ze stellen und der frömbden herren sachen müessig ze gan...» Val. Anshelm II 22: «Deshalb gwaltigem muotwillen fürlouf oder widerstand ze tuon, beriet si (die Stadt Bern) sich mit Zürich, Friburg und Solaturn, und ouch mit den iren von stat und land, uf den 24. tag september versamt. Hielt da für als ir anligen und fürnemen, so ira diser untrüwen loeffen halb zetuen oder zelas-sen begegnet. Ward ira ir fürnemen von stat und land bestät und lib und guot zuogesagt, und ouch vom römschen küng hilf und schirm zuogeschrieben.»
6. Ra. Ma. 1495 Sept. 25., D. M. H72: «Wes dann mîn herren eins worden sind gestern der reisgelöufen halb.» Schreiben an Saanen, «bi diserm botten» seine Meinung zu berichten «so ir nu die (seid), so all zit mit uns gezogen». Genauere Bedingungen des Kapitulates mit Mailand: «Zolls und gleits frîung in dem ganzen herzogtuomb», dazu jedem Ort eine Jahrespension von 500 Dukaten und keine Hilfspflicht der Eidgenossen. Bern fürchtet Krieg gegen die italienische Liga, wenn es das französische Bündnis annehme.

Befragung Nr. 3:

Frankreich und die Eidgenossen drängen zum Bündnis, Papst und Kaiser warnen davor.

1. 1496 März 28., Ra. Ma. (in Stett und Länder und bes. gan Sanen.)
2. 1496 April 5., D. M. H123/124.
3. Typus III. Lenzburg schickt die Antwort mit einer Botschaft wegen Schultheiss Uelin Zender und einem Unter-vogt, daher Antwort im Ra. Ma. April 6.
4. D. M. H127/128 und 123/124, beide sine Dato. Gerichtet an die Landgerichte. Anerbieten des Königs von Frankreich den aus-stehenden Sold zu zahlen und die alte Vereinung mit König Ludwig XI. selig zu erneuern. Drohungen des Papstes und des römischen Königs gegen ein Bündnis mit Frankreich (Bann und Acht). «So ist zuo besorgen, dass die selben houpter gegen inen (gegen die Eidgenossen) zuo ungnad bewegt, also dass si in Bann und Acht kommen, für benig und abgescheiden gelider der hei-lichen cristenlichen kilchen gehalten und deshalb an seel, er, lib und guot beswerdt möchten werden.» Bei Ablehnung des fran-zösischen Bündnisses «so sind si gegen etlichen iren eidgnossen, die sich zuo solicher vereinung neigen, eins merklichen unwilling erwarten».

Ra. Ma. 1496 April 5. Boten von Luzern, Freiburg und Solothurn ermahnen Bern, unter Vorbehalt des Kaisers und Papstes und mit der Bedingung, dass der König keine Söldner wegföhre ohne Bewilligung der Eidgenossen, in die französische Vereinung zu treten, und sich nicht von ihnen zu sondern. Der Rat antwortet, nur mit Einverständnis derer von Stadt und Land handeln zu können, deren Antworten er «alltag» erwarte.

5. Erlach, 1496 April 4., U. P. III 115, hat einhellig beschlossen, beider Könige müssig zu gehen, «damit wir unser armuot mit frid und ruow besitzen mögen». Doch setzen sie es Bern anheim, da «von den gnaden Gottes alle er, wisheit und fromkeit bi üwern gnaden ist».

Burgdorf, 1496 April 4., U. P. III 46, will bei dem Beschluss vom 24. September 1495 «mitsampt unsrer und all ander der iren botschaften biwesen, nechst abgeredt» bleiben und sich «der frankrichischen vereinung keins wegs underziehen, beladen noch annemen».

Aarberg, 1496 April 4., U. P. II 10, Vogt, Burgermeister, Räte und versammelte Grafschaft wollen bei den Beschlüssen vom 24. September 1495 bleiben und «der ussren herrschaften... und

irer pension müessig zuo gan», doch begehrten sie, «unser lieben, trüwen eidgnossen... in liebe und fründschaft zuo haben».

Büren, 1496 April 3., U. P. III 5, setzen es heim.

Aarwangen, 1496 April 4., U. P. II 95, setzen es heim.

Frutigen, 1496 April 4., U. P. IV 4. Venner und Landleute finden es «gar unzimlichen sin, ein undertan sin obern herren zuo raten», doch wollen sie einhellig, dass man «beider küngen müessig gange, die pündniss und vereinung, so üwer gnaden mit üwern eidgnossen hat, was die wîsend» und was ihnen gegenüber zu tun sei, setzen sie ihnen heim.

Aeschi, 1496 April 3., U. P. IV 22. Es wäre «uns ganz unlidlich in ban und acht ze kommen» und begehrten, dass die Räte sich «des küngs von frankrich... ganz nüt wellent beladen».

Interlaken, 1496 April 5., U. P. IV 47. Ludwig Voss, Probst, und das Capitel «zuo Inderlappen» schreiben im Namen ihrer Gotteshaus- und Herrschaftsleute, ihr Rat sei, «vil mē unserm aller heiligosten vatter und herren dem papst und unserm aller durchlüchtigosten fürsten und herren des römschen richs von eren und cristenlicher gehorsamkeit wegen, denn dem franzoseschem küng umb gelz und solz willen» zu huldigen sei. «Und ob zuo dem ersten nit jederman villicht in sölicher meinung ist, so trösten wir uns doch, alle erbarkeit werde sich bi langem dar zuo beraten.»

Unterseen, 1496 Apr. 4., U. P. IV 86, begehrt samt *Unspunnen* «dass wir möchten beliben gelider der heiligen kilchen und des römschen richs».

Nidau, 1496 April 4., U. P. IV 147. Burgermeister und Rat zu Nidau wollen beim Beschluss vom 24. September 1495 bleiben, «aber was man unserm aller helligsten vatter dem papst si schuldig, das well man im trülich halten, des gelich dem kaiser». Auch gegenüber den Eidgenossen wollen sie sich nach Laut der Bundesbriefe freundlich verhalten. Doch «von dem küng von frankenrich... dass man sin müessiggang und sins gelich» und alle Pensionen abschaffe.

Obersimmental, 1496 April 4., U. P. V 139, bittet, «dass ir und die üwern mit unser eidgnossen in lieb und fründschaft sin und beliben mögend» und dazu «des costen, müeg und arbeit nüt

liessen verdriessen, so wit dass das nüt wider unsren heiligen vatter den bapst, och unsren gnedigesten herren den römschen küng... und wider das unser selheil sin mög».

Niedersimmental, 1496 April 4., U. P. V 181. Tschachtlan, Vener und die Landleute sind «zuo rat worden, dass wir all fro sind, dass die alt vereinung gegen dem küng von frankrich haruss ist, und wellen wir hinfür des küngs von frankenrich gar und ganz müessig gan, und och aller anderer frömder herren, sunder unser alt gewunnen lantschaften behalten und behan..., doch alles, dass wir unserm allerheiligsten vatter dem babst och... keiserlicher Mayestat schuldig und verbunden sind von rechts wegen söllend und wellend wir gehorsam sin».

Thun, 1496 April 5., U. P. VI 5. Stadt und Freigericht wollen sich als treue, fromme «Berner» erweisen und nach Umfrage «von man zuo man» raten sie, es wie am 24. Sept. 1495 zu halten: «aller herren... und irs gelts und ir vereinung abzuostellen und müessig ze gand und unser eitgnossen in hulden zuo halten», Pensionen und Dienstgelder abzustellen, da sie «üwer gnaden und die üwern nit wol erschossen».

Trachselwald, 1496 April 4., U. P. VI 109. Vogt und Landleute möchten beider Könige müssig gehen und dem Reich geben, was man «von alter gewonheit» schuldig ist. Doch wäre es, dass alle oder der Mehrteil der Eidgenossen «einich vereinung... mit dem küng von frankrich annämen», sie mit «gemeinen eidgnossen einmüetig sien», da sie einen Bruderkrieg besorgen und «wir als eins teils anstösser (Luzern) umb unser arme hüttlin und das unser dadurch möchten kommen». Übrigens bestünde das Bündnis mit Ludwig XI. weiter, «wo sin jetziger sun, küng zuo frankrich, dieselbe püntnus nit abgesagt hette», auch sei schon damals das Reich und der Papst vorbehalten gewesen. Es sei aber vorsichtiger mit den Eidgenossen zu gehen; denn «sölltend dann vilicht ein oder beid küng oder ander hienach eins werden, so möchte man inen dester bas ein widerstand tuon».

Huttwil, 1496 April 4., U. P. VI 165, setzt es heim.

Wangen, 1496 April 4., U. P. VI 180. Will beim Beschluss vom 24. Sept. 1495 bleiben, und dass man «beider küngen, och des herzog von meyland und aller herren halb müessig gange», und dem Papst und Kaiser gebe, was man ihnen schuldig sei. «Doch

ist unser aller jung und alt, arm und rich will, dass ir des küngs von frankrich ganz und gar müessig ganget.»

Bipp, 1496 April 6., U. P. VI 210. Nach Umfrage von Mann zu Mann bitten sie, «dass ir uns nit witer verpflichtind, denn ir mit uns verbunden sind», und so zu handeln, «damit ir und wir mit üwern Eidgnossen bi pund und guoter harkomenheit beliben mugend». Setzen aber alles heim.

Aarau, 1496 April 2., U. P. VII 3. Setzen es heim, doch möchten sie nicht durch Bann und Acht an Seele, Leib, Ehre und Gütern Schaden nehmen.

Aarburg, 1496 April 4., U. P. VII 19. Will dem Reich und dem Papst «in allen zimlichen, billichen sachen» gehorsam sein, des Königs von Frankreich müssig gehen, Mieten und Gaben abststellen und die alten Bündnisse halten.

Brugg, 1496 April 3., U. P. VII 79. Die durch den jetzigen französischen König vorgeschlagene Vereinung hat schlechtere Bedingungen als die mit seinem Vater gegen Burgund getroffenen Abmachungen. Sie raten deshalb, «disen gesuoch zuo enthalten und zuo deheinem beschluss zuo füeren, sin königliche maiestät were dann mit den römschen höubtern zuovor an betragen». Würde man ihm jetzt Hilfe gewähren, so führte das zu einem landskrieg», wozu sie nicht gerüstet sind, und wo es vielleicht wie früher bei Novarra zur Belagerung käme, die «mächtiger entschüttung bedörfen».

Zofingen, 1496 April 4., U. P. VII 174, setzen es heim.

Lenzburg, 1496 April 6., Ra. Ma. April 6. Setzt es heim, doch will es, wenn auch alle Eidgenossen zum König von Frankreich neigen, seiner müssig gehen und dem Papst, dem Kaiser und den Eidgenossen soll man leisten, was man schuldig ist.

6. Bern. Absch. D S. 271 (1496 April 29., Hinweis im Ra. Ma.): «Instructio uff den tag gan Zürich angesechen uff zinstag nach dem maitag (3. Mai) zuo leisten.» Als Antwort an den Papst und den römischen König «wüssend ir zuo sagen, wie dann min herren und ir landschaft vereinbart haben, sich als gehorsam, getrüw undertan der heiligen kilchen und des heiligen richs zuo erzöugen, und den selben beiden höubtern alles das ze tuond, so si dann us schuldiger pflicht verbunden sind und deshalb dismal

des küngs von frankenrich und siner begerten vereinung müesig zuo gand, sich und die iren damit der beswerden, so dann zuo andern tagen fürgehalten sind worden, zuo entladen». Falls die andern Eidgenossen etwas anderes beschliessen, «so wellend üch von der sach füegen und nit in gegenwärtigkeit sin, so den berüerten legaten und künglichen boten antwurt geben wirt», sondern diesen die bernische Instruktion gesondert eröffnen.

D. M. H138, 1496 Apr. 29, Mahnung gegen den Reislauf nach Frankreich mit Hinweis auf die einhellenigen Schreiben der Landschaft «uns vor bansbeswärden zuo behüeten und deshalb die frankrichische vereinung abgeschlagen».

Befragung Nr. 4:

Bündnis mit Frankreich.

1. 1499 März 9., Ra. Ma., D. M. J357.
2. 1499 März 18., Ra. Ma.; D. M. J358/59 auf März 21. angesetzt.
3. Typus I.
4. Ra. Ma. 1499 März 9: «der frankrichischen vereinung halb».

D. M. J 357, 1499 März 9. Das Schreiben vom 9. März ist wahrscheinlich nur durch den Kleinen Rat erlassen worden; Inhalt: Freundschaft und Vereinung mit Frankreich unter den früheren Bedingungen. (Die Eidgenossen, wenn nicht in eigene Kriege verwickelt, geben Frankreich Knechte, soviel ihm zulaufen oder eine bestimmte Zahl... Frankreich gibt im Falle eines eidgenössischen Krieges Kriegsleute, Geld und jährliche Pensionen.) Doch «bishar unser meinung gewesen ist, uns gegen deheinen fürsten und herren so wit zuo verpflichten, dass wir demselben die unsren zuo hilf sollen zuosenden». Zusätze zu diesem Schreiben in D. M. J 358/359 vom 10. März, gegeben «coram toto Consilio et Burgensibus». Die Regierung möchte auf dringendes Ersuchen der Eidgenossen hin das Bündnis mit Frankreich empfehlen, doch so, dass sie «zuo deheimer hilf verbunden, und doch zuo beider sit verpflicht wären, nit wider ein ander ze tuond, wie denn das mit dem herzogen von mailand och beschechen ist». Wenn diese Bedingung nicht angenommen würde, so schlägt Bern vor, «dass dem küng... bistand zuo beschirmung sins küngrichs und nit witer, und sollichs mit einer geordneten zal, dann uns zuo verpflichten, dem küng zuo helfen, ander küngrich und herrschaften, land und lüt dergestalt zuo gewinnen, und damit

die unsren zuo verlieren und unser land zuo erösen, wil uns swer sin bedunkn».

Ra. Ma. 1499 März 19.: Boten von Luzern, Uri, Zug, Freiburg und Solothurn werben um Berns Beitritt. Beeinflussung der bernischen Landesabgeordneten?

5. **Ra. Ma. 1499 März 21.:** «Miner herren von statt und land botschaften haben ir antwort geben und namlichen, dass si min herren bitten, sich von iren eidgnossen nit zue sündern, sunder mit inen in die vereinung zuo gand von frankenrich... Demnach ob solichs zue fürgang käme, dass die hilf geordnet und nit einen jeden zuo gelassen wurd zuo loufen. Ouch die heimlichen pensionen hin und ab zetuend mit andern eidgnossen.»
6. **Ra. Ma. 1499 März 21.:** «Haben min herren einhaliklich geraten und beschlossen, irn eidgnossen zue zesagen, mit inen in die frankenrichische vereinung zuo gand, doch also, dass si min herren ir eren halb zum besten versechen, und dass die von switz und underwalden mit inen vergriffen werdend und och darin kommen.

Ra. Ma. 1499 März 22. Dieser Beschluss durch Burgerversammlung genehmigt.

Val. Anshelm II 145: «Also uf ir heimbringen (die Tagsatzungsboten Rud. von Erlach, Rud. von Scharnachtal und Verner Hettzel) beschreib ein stat Bern der iren von stat und land botschaften, mit irem wissen und willen hierin ze handlen. Uf welchen bestimmten tag — was der 21. Merz — erschinend och egenannter orten boten, trungenlich begerende, dass ein lobliche stat Bern, angesehen gantzer Eidgnoschaft gmein und schwere kriegsnot, sich nit welle vom merteil der eidgnossen sündern, sunder gmeiner Eidgnoschaft zuo guot, hilf und einung, zuo inen in angenomne des möchtigen küngs von frankreich vereinung ston. Und so das beschäch, werde an Swytz und Underwalden nüt erwinden. Also, nach gehabtem rat und einhelliger verwilligung, in betrachtung diss schweren kriegs, nam ein stat Bern dise pündnüss och an.» Bedingung: Eintritt von Schwyz und Unterwalden, Zahlung der alten Pension von 6000 Pfd. und Verbot der heimlichen Pensionen.

Befragung Nr. 5:

Fragen der militärischen Disziplin; Mahnung der Bündner und Solothurner.

1. 1499 Juni 18., Ra. Ma., D. M. J 187.
 2. 1499 Juni 27., Ra. Ma., D. M. J 187.
 3. Typus I.
 4. Ra. Ma. 1499 Juni 18.: «In stett und länder von der büchsen-schützen wegen und des schillings, sich darin guotwillig zuo er-zöugen und zum minsten den halbteil zuo zalen und darumb bi irn boten antwurt zuo geben. In stett und länder ir botschaften uf mittwuch nach Johannes hier zuo haben.»
 D. M. J 187: Regierung klagt wegen Undisziplin im Felde. Mahnung der sieben Orte, «inen und denen Curwalchen zuo hilf, in das Oberland (Sargans, Werdenberg) zuo züchen». Auch Solothurn mahnt, einen Rachezug zu unternehmen für den Schaden, den es durch die Feinde erlitten habe. Es sei auch «allerley red und unwillens, des sich die unsern in statt und land solicher reiszüg halb lassen merken, also dass die unordenlich und anders dann us notturft und schuldiger pflicht fürgenommen werden». (Die Mahnung der Bündner erfolgte auf der Tagsatzung vom 10. und 12. Juni 1499.)
- Ra. Ma. 1499 Juni 25.: Den Landboten soll vorgehalten werden:
- a) Ungehorsam gegen Hauptleute, Heimlaufen ohne Urlaub.
 - b) Vorwürfe an Regierung, ohne Not Truppen einzuberufen und wieder heim zu lassen (Bern war gemahnt worden durch Solothurn und Münster).
 - c) Der auferlegten Anzahl Knechte wird «abgebrochen» und «alt, übelmogend personen, auch etlich vil ze jung usgeschickt».
 - d) Auch für die Zusätze wurde die aufgebotene Zahl nicht eingehalten und schlecht mit Zehrung versehen, «dadurch min herren von andern der eidgnoschaft allerlei red und verwisens müssen hören».
 - e) Mahnung der Bündner und Solothurner; Zusätze.
 - f) Besoldung der Armbruster und Handbüchser.
 - g) Ersetzung der Halbarten und Kreuzdegen durch Spiesse, Mordbiele und Kurzschwert.
 - h) Zusatz von 500 Mann nach Schenkenberg, warum?
 - i) Abstellung der Reisläuferei nach Frankreich.
- Ra. Ma. 1499 Juni 26. «Den landboten morgen anzubringen des abscheids von Luzern wegen (Juni 23.: eidg. Absch. Bd. 3 Abt. I Nr. 653 b: Der König von Frankreich sucht auf jede Weise eine

Friedensvermittlung durch den Herzog von Mailand zwischen dem Kaiser und den Eidgenossen zu verhindern und fordert Söldner gegen Mailand und will im Frieden einbegriffen sein.)

5. Ra. Ma. 1499 Juni 27.: «Es sind versamnet rät und burger von der botschaften von statt und land und ward mit inen von disen löufen vil geredt. — Es ward geraten dem mailändischen boten geleit zuo geben und darzue ein botschaft entgegen zue schicken.»
6. Val. Anshelm II S. 211: Bern kommt zuerst dem mahnenden Solothurn zu Hilfe, später den Bündnern mit 300 Mann unter Ludwig von Büren. Dass. S. 213: Ins Schwaderloh schicken sie deshalb statt 300 nur 100 Mann unter Hans Kauchtaler. «Und also mit reisen und zuosätzen so fast beladen, dass die iren in stat und land wider si vil unwillen und unreden üebten. Der und andrer bresten halb, si, als wis und fürsichtig, ein botschaft von allen iren herrschaften uf den 27. tag Junii berüeft, und hielt inen dis folgend artikel für: ... Dem allem vorzesin und einer loblichen Stadt Bern êr und lob ze behalten, so sîe eines êrsamen rats hochernstliche ermanung an si, nach geschworener pflicht dran ze sin, dass sömlich unghorsame, unwill und unred abgestellt, und die schädlichen gebresten gebessert werdit, und sicher dafür hältit, dass ein êrsamer rat und burger nach all irem vermögen, nit on merklich ursach, och nit one guete vorbetrachtung, in disen schweren loefen handlid. Wöllid och, wie frommen obren, so söllid si, wie frommen undertanen wol gebürt und zuo stat, alwegen tuon».»

Befragung Nr. 6:

Widerrufene Befragung eines Heerzugs wegen.

1. 1499 Juli 8., Ra. Ma.
 2. 1499 Juli 13. Ra. Ma. Juli 8.
 3. Typus I.
 4. D. M. H 196, 1499 Juli 11. Widerruf einer Besammlung von Landesboten «eines heerzugs halb anschlag ze tuond». Nach Ra. Ma. 1499 Juli 12. sind die Burger versammelt «des heerzugs wägen». (Schlacht von Dorncah 1499 Juli 22.)
- Eidg. Absch. Bd. 3 Abt. I. Nr. 656, 1499 Juli 9. Kein eidgenössischer Auszug beschlossen. Doch Abschnitt t): «Bern hat eilends

geschrieben, es sei ihm gewisse Kundschaft worden, dass... ein grosser Zug gegen Basel rücke, weshalb notwendig sei, sich auf dieser Seite vorzusehen. Da gleichzeitig Zürich zu eilendem Zug ins Schwaderloch mahnt, soll jeder Bote heimbringen, dass man auch gegen den Feind, der von unten herauf kommt, Vorsorge treffe.» Also wohl Vollmachten für Bern zur Abwehr!

Befragung Nr. 7:

Präliminarien des Basler Friedens.

1. Ende August.
2. 1499 September 9. Ra. Ma. «von der botschaft von stat und land».
3. Typus I.
- 4.
5. u. 6. D. M. J 248, 1499 September 9. Eilschreiben an die bernischen Boten in Basel. Die Regierung hat «gehört, das anbringen der unsern von stat und land uf unser schrift und fürhalten, diser kriegshändel halb beschächen, und an dem allem vermerkt, si allgemeinlich der gestellten fridsartiklen (Präliminarien von Basel, 1499 August 25.) benüegig und also frids und ruowen uf das höchst begirig und doch der meinung sin, wo das nit möcht erfolget werden, alldann uns von dem mehrteil nit zuo sundern, und darzuo, ob es zue krieg wurde kommen, alldann mit zimlicher macht und die inen dann zuo erliden sîe zue züchen, mit bitt und beger, uns darin zum besten zuo gebruchen, und zuo erfolgen sollichs fridens an uns nützit erwinden zuo lassen».
- Ra. Ma. 1499 September 11.: «an min herren die boten gemeiner eidgnossen zuo Basel, was dann miner herren landlüt zuo dem friden reden, und wo es zum krieg komme, dass si dann begeren, si bescheidenlich zuo halten. Dann si sollich züg und zuosatz nit mogen erliden...»
- D. M. J 249, sine dato (wohl zu Ra. Ma. 1499 September 11.). An die bernischen Boten in Basel als Antwort auf ihr und der Tagssatzung Schreiben. «So vil sich der handel zuo krieg und unfridlichen gestalten zücht, daran nit gefallen gehept.» Man solle sich begnügen und sich «nit überheben» trotz des Kriegsglücks. «Und ist nit ân, wir haben dieser tagen den unsern allenthalb von stat und land die artikel uf nächstgehaltinem tag zuo Basel, des an-

gesechnen fridens halb vergriffen, zuogesandt und jetz durch aller botschaften, so vor unserm grossen rat erschinen sind, verstanden sunder gefallen, so si an solichen artiklen gehept, und haben uns daruf gebeten und angerüeft, daran zuo sind, damit die zuo fürgang und si also zuo frid und ruow mogen kommen.» Sie hoffen, man werde sich des Landgerichtes Thurgau wegen einigen können und willigen in einen Zug nach Gottlieben nicht ein, da sie Kriegseintritt Burgunds fürchten.

Befragung Nr. 8:

Abstellung des Reislaufens und der Pensionen.

1. 1500 April 3., Ra. Ma., D. M. J 313/314.
2. 1500 April 10., Ra. Ma., D. M. J 313/314.
3. Typus I.
4. D. M. J 313/314, 1500 April 3.: Da Mahnungen gegen das Reislaufen nichts genützt haben, soll ein Beschluss von Stadt und Land diesem Übel abhelfen, wodurch «derselben (der Eidgenossen) landschaften an lüt nit wenig werden veröst, dann ir mögen bedenken, nachdem gmein unser eidgnoschaft knecht in gleichmächtiger gestalt, beide, dem küng von frankenrich und herzogen von mailand zuogezogen sind, und auch täglichs zuozüchen, wo die aneinander sollen kommen, zuo was schad und bluotvergiessen sölichs langen, wir geswigen». Dies könnte einen intereidgenössischen Streit zur Folge haben «also, dass wir besorgen, dass zuo letst us dem allem unser aller zerstörung und abgang möchte erwachsen». Bern hat deshalb bereits bewirkt, dass Bot-schaften zum König und Herzog abgingen, «derselben kriegs-ufruer abzuostellen». Über Abstellung des Reislaufes, über Strafen dagegen und eventuell über die Abstellung der Pensionen soll geredet werden.
5. Ra. Ma. 1500 April 10.: «Es wurden gehört die botschaften von stat und land von jedem ort insunders. Und sagten die von Thun, ir rat zue sin, all pension abzuestellen, auch die unordenlichen gelöuf zue verminden. Und wie auch min herren die straf ansehen, lassen si beliben. Zuo glicher wis haben die andern des merteils auch geredt.»
6. Ra. Ma. 1500 April 10. Brief an die Boten in der Lombardei «Zuo frid und ruow allen möglichen fliss an zuo kerent, und ob

das nit möchte sin, miner herren knecht harheim zuo manen.
... Haben min herren einhelenklich beschlossen und auch den
boten von stetten und lendern zuo gesagt»:

- a) keine Bündnisse mit Hilfsverpflichtung einzugehen,
- b) die heimlichen Pensionen abzuschaffen,
- c) Haupteute und Aufwiegler, die am letzten Reiszug beteiligt gewesen, werden bestraft und Inhaber von Ämtern werden entsetzt und, wenn sie heimkehren, ebenfalls bestraft.

Val. Anshelm II 306: «Aber ein fürsichtige stat Bern, so die fürnemlich angebracht hat (Ordnung gegen Pensionen, Mieten und Geschenke, auf der Tagsatzung zu Zürich), nam und beschloss mit gmeinem rat ir stat und land, uf fritag vorm Palmtag (Apr. 10.) versampt, ze halten und ze handhaben».

Befragung Nr. 9:

Aburteilung von zwölf Reisläufern.

1. 1501 Mai 6., Ra. Ma., D. M. K 138/139.
2. 1501 Mai 10., Ra. Ma., D. M. K 138/139.
3. Typus I.
4. D. M. K 138/139, 1501 Mai 6. Trotz der aufgestellten und beschworenen Ordnung gegen Reislaufen und Pensionen wollten einige Leute fortziehen und sind gefangen worden. Zum Rechtsstag über diese zwölf werden die Boten von Stadt und Land herberufen mit Instruktion, «was beschwärd, unkomlikeit, mangel und gebresten gmeiner unser lantschaft sölicher reisgelöufen halb zuostat, und was ir und wir dawider angesechen und an die heiligen gesworn haben».
5. Ra. Ma. 1501 Mai 11.: «Und darzuo gemein burger mit der glogen versamnet von der botschaften von stetten und lendern.» Es folgen die Antworten von: Thun, Burgdorf, Zofingen, Aarau, Brugg, Lenzburg, Schenkenberg, Hasli, Ober- und Niedersimmenthal, Frutigen, Aeschi, Interlaken, Unterseen, Aarburg, Büren, Nidau, Laupen, Aarberg, Erlach, Aarwangen, Wangen, Spiez, Grasburg, Trachselwald, Seftigen, Sternenberg, Konolfingen, Zollikofen. Alle lauten im wesentlichen, bei der beschworenen Ordnung zu bleiben, die Aufwiegler zu strafen, doch eher den Knechten Gnade willfahren zu lassen, wie die andern Eidgenossen ihren Reisläufern verziehen haben.

6. Val. Anshelm II 338/339: «So hat auch ein fridsam stat Bern gross arbeit und ernst gehäpt in ir stat und land, der reisglöufen halb, geschworne satzung und eid ze halten und ze hanthaben; deshalb dis jars zweimal von allen iren herrschaften und lantsässen botten beschriben, und namlich von ersten uf den 11. tag meyen 12 gefangen reiser zuo strafen. Da wurden die nün mit urfecht usgelassen, und drig enthoptet, mit sömlichen meinungen, dass etlich meinten, man müesse zuo hanthabung ir satzung und eid ie anheben strafen. Harzuo sagten etlich ander: wollte man denn d'straf an den nidren anheben, so müesste man's auch an den hohen beharren, oder es wurde unwillen und unruow gebären. Und wiewol dise satzung auch nachmals ward oft wirs ubertreten, so ward doch niemands me hierum am leben gestraft... Es ward auch in obgemeltem rat beschlossen, bi geswörner ordnung zeblichen, und aller hingelöfnen lib und guot anzegriften.»

Befragung Nr. 10:

Soldforderungen an Frankreich.

1. 1501 August 16., Ra. Ma., D. M. K 166.
2. 1501 August 23., Ra. Ma., D. M. K 166.
3. Typus I.
4. D. M. K 166, 1501 August 16.: «Ansprecher küng von frankreich» (Soldrückstände von Neapel und Novara). Da der König die Sache nicht schiedsgerichtlich will austragen lassen (Eidg. Absch. Band 3 Abt. II Nr. 65, 1501 Juli 26.), verlangen die Ansprecher, gestützt auf ein Dekret der Tagsatzung zu Luzern, zusammen mit den Ansprechern der andern Orte sich durch einen Zug gegen Mailand Genugtuung und Entschädigung verschaffen zu dürfen. Zu bedenken dagegen ist einerseits die Ordnung gegen die Reisläuferei und vielleicht ein daraus erwachsender Krieg mit Frankreich, anderseits, wenn Bern die Knechte im Gegensatz zu den andern Orten nicht ziehen lässt, könnte Unwille und Widerwärtigkeit (von seiten der Knechte und der Eidgenossen) entstehen. Doch soll mit einem Entscheid gewartet werden bis zur Beendigung der Tagsatzung in Zürich (1501 August 17.). D. M. K 167. Die Berufung der Boten von Stadt und Land zu dieser Sache wird Freiburg auf Begehr seines Seckelmeisters mitgeteilt (August 17.).

5. Ra. Ma. 1501 August 23: «Die antworten der boten von stat und land.» Antworten von: Thun, Burgdorf, Zofingen, Aarau, Lenzburg, Hasli, Ober- und Niedersimmental, Frutigen, Aeschi, Spiez, Sternenberg, Trachselwald und Huttwil, Wangen, Büren, Interlaken, Unterseen, Erlach, Laupen, Aarburg, Schenkenberg, Seftigen, Aarberg, Zollikofen, Bipp. Allgemein: Aufrechterhaltung der Reislaufordnung, Vermeiden eines Krieges, doch Hilfe an die Knechte (diplomatische Mittel). «Wangen meinten min herren sollten sich der ansprecher nütztit annemen, und (dass) man vor krieg sîe, es wäre dann, dass gemein eidgnossen einhell wurden, und besunders dass der küng sag, wer den herzogen verraten hab.»
- Val. Anshelm II S. 339: «Item, hienach uf S. Bartolomäus abend (1501 August 24.), ward aber mit stat und land von der ansprecher wegen versamt beschlossen, bi gmelter ordnung ze beharren, den ansprecheren kriegs ab ze ston, aber mit fridlichen mitlen ze helfen.»
6. Eidg. Absch. Bd. 3 Abt. II Nr. 67 d: Zürich, Luzern, Zug und Glarus schicken deswegen Ratsboten zum König von Frankreich, die am 1. Sept. von Bern abreisen.

Befragung Nr. 11:

Zug der innern Orte gegen Mailand der Soldforderungen an Frankreich wegen.

1. 1501 Sept. 12., Ra. Ma., D. M. K 184/185.
 2. «Bi disem boten schriftliche antwurt» D. M. K 184/185.
 3. Typus III.
 4. Ra. Ma. 1501 Sept. 12: «Ouch in stet und lender gerüst zuo sind, und darzuo si der sach zuo berichten und daruf antwurt zuo geben.»
- D. M. K 184/185, 1501 Sept. 12. Da die Botschaften an die Eidgenossen (innere Orte) und die Gesandtschaft zum französischen König keine Erfolge hatten und Uri, Schwyz und Unterwalden mit ihrem Banner gegen Frankreich auszuziehen sich anschicken und zu getreuem Aufsehen mahnen, rät die Regierung, sich zu rüsten und frägt an, ob weitere eidgenössische Orte zu mahnen seien.
5. u. 6. Keine Antworten erhalten. Entscheid unbekannt.

Befragung Nr. 12:

Soll man bei der Pensionsordnung bleiben?

1. 1502 März 7., Ra. Ma., D. M. K 253.
2. 1502 13. bis 18. März.
3. Typus II.
4. Ra. Ma. März 7. 1502: «Haben min herren rät und burger ein-hälenklich geraten, bi der ordnung der pension und der reis-gelöuf wie die vormals angesechen und in stat und land an die heiligen gesworn ist zuo beliben und darumb botschaften in alle ort miner herren landschaft zuo schicken und mit inen darus zuo reden, und besunder sich zu erkunden, was irs willens sin welle, damit sich min herren demnach wüssen zuo halten.» Bern. Absch. H S. 564/566, sine dato. Instruktion für Ratsboten: Die Untertanen sind anzufragen über Beibehaltung der Pensionsordnung, da Reden umgehen, «wie dann dieselben min herren dem küng von frankrich brief und sigel nit halten, und sich von andern iren eidgnossen sündern». Diese Vorwürfe seien unwahr, «dann dieselben ir eidgnossen sîen die, so harin den anzug (zur Pensionsordnung) zuo gehaltnen tagen getan, und so si min herren in die sach gebracht haben, sîen si demnach darvon gefallen». Die Pensionsordnung soll auf Ostern neu beschworen werden, weshalb die Anfrage.
5. Burgdorf, U. P. III 47, 1502 März 14. Ratsbote Junker Anton Spilmann, des Rates. Man soll sich nicht von den Eidgenossen trennen. «Der pension und des jahrgelts halb, so dann ein küng zuo frankrich nach lut und inhalt etlicher verschribung jerlich jedem Ort der Eidgnoschaft gibt», setzen sie heim.

Aarberg, U. P. II 12, 1502 März 13. Will die Mahnung gegen Pensionen, Kriegsgeläuf und Aufwiegler befolgen.

Büren, U. P. III 6, 1502 März 16. Ratsbote Lienhart Schaller, «jetz geleitzherr». Wollen bei der Pensionsordnung bleiben, wie sie beschworen ist. Doch wenn die Regierung die Pensionen mit den andern Eidgenossen «mit guot glimpf und êr» nehmen will, dann nur zuhanden des Stadtseckels, und Geheimpensionen sollen weiter verboten bleiben.

Wangen und Aarwangen, U. P. VI 96, 1502 März 13. Ratsbote Venner Caspar Wiler. Wollen bei der beschworenen Ordnung blei-

ben. Doch «üwer gnaden welle beliben bi unsern lieben eidgnos-sen in aller zimlichkeit».

Erlach, U. P. III 117, 1502 März 14. Setzen es heim. Doch wollen sie mit ihrer Obrigkeit zur Ordnung stehen und bitten, «üch zuo färlich wider ein eidgnoschaft nüt ze setzen». Doch statt Rats-boten aufs Land zu senden, wäre es «billicher, dass si (Boten vom Land) zuo üwren gnaden ritten und gan söllten». Wünschen offenbar das für die Regierung unbequeme direkte Verhandeln (Typus I).

Frutigen, U. P. IV 5, 1502 März 15. Haben das «mündlich, auch schriftlich anpringen» der Pensionsordnung und des Bündnisses mit Frankreich «zuem teil» verstanden. «Demnach üwer gnad die obberüerten vereinung gegen dem küng von frankrich angenommen, und dieselbe nach inhalt, brief und sigel, deshalb geben, zue halten versprochen und zugesagt hat, dass si alldann söllicher angenommen vereinung in der gestalt mit andern iren lieben eidgnossen sölle halten und sich von derselben, noch auch iren eidgnossen dheins wegs zue sundern, noch zue hinterhalten, und also in kraft derselben, die pension und jargelt, in solicher vereinung bestimpt, wie ander ir eidgnossen auch ze nemen und dasselb zue handen üwer gnaden stat Bern seckel... offenlich zue empfachen.» Jedoch sollen heimliche, private Pensionen weiter verboten sein. Ebenso soll die Anzahl Knechte laut Bündnis in Ordnung, mit dem Fähnchen und auf Befehl der Regierung ziehen, «witter niemands».

Aeschi, U. P. IV 23, 1502 März 16. Wollen bei der Pensionenordnung bleiben. Wenn aber die andern Eidgenossen Pensionen und Jahrgelder nehmen, soll Bern es auch tun. Auf alle Fälle sich nicht von den Eidgenossen sondern.

Interlaken, U. P. IV 48, 1502 März 14. Ratsbote Venner Achshalm. Probst Christian und seine Gotteshausleute erklären, «aller pension müessig z'gan» und das Reislaufverbot beizubehalten, «doch ob ir etwas verbunden sigend dem küng von Frankenrich, mit andern... eidgnossen demselben nachzukommen». Vor allem aber «die bünd, si sigend alt oder nüw, die vor und na ufgricht sind, in einer gmeinen loblichen eidgnoschaft, darin üwer stat und gebiet auch bgriffen ist, in williger fründschaft trüwlichen z'halten». Pensions- und Reisverbote seien aufgestellt worden,

«die unrüwigen herzen, die unstandhaftigen gmüet etlicher der üwren und unsren ze miltren».

Unterseen und Unspunnen, U. P. IV 87, 1502 März 15. Wollen die geschworene Ordnung helfen wahren.

Nidau, U. P. IV 150, 1502 März 15. Wollen «derselbigen pensionen ganz luter müessig gan», wenn möglich zusammen mit den Eidgenossen. Wenn die Regierung «not angieng, es wär mit tel- len oder mit andern sachen», wollen sie sich auf ihre Seite stellen.

Hasli, U. P. V 1, 1502 März 13. Da die Regierung verlangt, «un- sers rats darzu... in gschrift lassen erschinen», so ist ihre Mei- nung, «dass wir nach unser erkanntnus nit bessers noch notdürf- tigers wüssen zuo finden, denn derselben ornung trüwlich und ernstlich zuo geleben», es sei denn, dass sie mit den Eidgenossen Besseres beschlossen.

Obersimmental, U. P. V 140, 1502 März 13. Setzen es heim, doch soll man sich nicht von den Eidgenossen sondern.

Niedersimmental, U. P. V 182, 1502 März 14. Raten «mit den pensionen, och aller fürsten und herren müessig ze gand».

Spiez, U. P. V 223, 1502 März 16. Der Mehrteil will, was be- schworen wurde, halten und bittet, «ir wellend mit unsern... eid- gnossen... mit glimpf und eren allweg eis beliben».

Trachselwald, U. P. VI 111, 1502 März 14. Ratsbote Anthoni Spilmann. Wollen die Ordnung beibehalten, «dann wir och bi den ersten über seliche ding abzuostellen geschrigen haben».

Aarau, U. P. VII 4, 1502 März 16. Ratsbote Herr Fendrich Wi- ler. Wollen bei der Ordnung bleiben, vorbehalten Änderung zu- sammen mit den andern Eidgenossen.

Aarburg, U. P. VII 20, 1502 März 15. Ratsbote Venner Wiler. Raten, bei der Ordnung zu bleiben, doch zu ändern wie es ihnen und den Eidgenossen gut scheint.

Brugg, U. P. VII 81, 1502 März 18. Ratsbote Venner Caspar Wi- ler. Stadt Brugg und beide Gemeinden der Herrschaft Schenken- berg und das obere Amt «in den Eygen» wollen die Ordnung ge- gen «pensionen, dienstgelt und schenkinen... noch hinfür streng

halten». Doch dabei mit den Eidgenossen und Frankreich in Freundschaft leben.

Bipp, U. P. VI 211, sine dato. Will bei der geschworenen Ordnung bleiben, «gaben, meiten, pensionen abzestellen».

Zofingen, U. P. VII 175, 1502 März 17. Ratsbote Venner Wiler. Wollen bei der Ordnung bleiben. «In allen gebührlichen sachen» mit den Eidgenossen gehen.

Lenzburg, U. P. VII 106, 1502 März 17. Ratsbote Venner Wiler. Wollen, «dass die ordnung... ane abgang gefestnot und unverbrochenlich gehalten werde, dann wir hoffen, das uns allen nutzlich... auch den pünden der eidgnoschaft unschädlich sîe».

6. Ra. Ma. 1502 März 24. Die Antworten sollen im Rate am Ostermontag verhört werden.

Ra. Ma. 1502 März 28. (Ostermontag, Ämterbesetzungen): «so-dann die satzung der pensionen und reisgelöuf uf nächst verschinen ostern angesechen und auch in stat und land versworn, sind dieselben min herren abermals mit rat derselben der iren von stat, herrschaften und landen, so minen herren ir meinungen schriftlichen zuugesendt haben, einhelenklich eins worden, die selbe satzung fürer als bisher ungeendert beliben zuo lassen und die zuo halten und der gemeinen und auch sundrigen pensionen müessig zuo gand.»

Befragung Nr. 13:

Abwertung der vier Kreuzer wertigen Plaphart.

1. 1502 Sept. 16, Ra. Ma., D. M. K 310.
2. «bi diserm boten... zuo berichten», D. M. K 310.
3. Typus III.
4. Ra. Ma. 1502 Sept. 16. «In stet und länder von der münz wegen, was ihrs gefallen sîe, die uf oder ab zuo setzen, als im missifenbuoch stat.»

D. M. K 310, 1502 Sept. 16. «Widerwärtige meinung, so der vier crüzerwerdigen Blapphart halb, genannt die Bätzen, vorhanden sien. Also, dass unser anstösser und umbsassen nüt minder dann sechzechen derselben für einen guldin nämen, und aber die unsern sich mit fünfzechen in glicher gestalt lassen be-

zahlen.» Da so alle Waren sich verteuern, frägt die Regierung an, ob überhaupt der Bätzen abzuwerten sei.

5. Keine Antwort erhalten.
6. Ra. Ma. 1502 Oktober 3. «Es ward geraten von der münz und bätzen wegen, die lassen zuo beliben in jetzigem wert» (also ein Gulden = 15 Blaphart).

Befragung Nr. 14:

Soll man das franz. Bündnis von 1499 halten und die franz. Pensionen wieder nehmen?

1. 1505 Okt. 8 (Landgerichte Okt. 17.), Ra. Ma. «Es sind versamnet gewesen gemein burger mit der glocken von wegen mins gnädigen herrn von Losann und der beider stet Friburg und Solothurn botschaften, die dann dieselben min herren gebeten haben, mit andern eidgnossen in die vereinung mit frankenrich zuo gand, und die gefallnen pension zu nămen... So wit, dass min herren der merteil abgeredt, die wil die ordnung der pension mit den iren von stat und land gesworn und vollzogen haben, alldann inen sōlich anbringen zuo ze schriben und daruf irs willens und gefallens schriftliche antwurt zuo vernămen und dannach aber ze tuond und zuo beschliessen als sich wird gebüren.»

D. M. L 112, 1505 Okt. 10.

2. Ca. 1505 Okt. 16. (nach den Antworten).
3. Typus III.
4. D. M. L 112, 1505 Okt. 10. Botschaften des Bischofs von Lausanne und Freiburg und Solothurn bitten Bern, bei der Vereinung mit Frankreich «die bestimmpte jarzial us zuo beliben, das gelt wie ander unser eidgnossen in den gemeinen seckel zuo nămen und uns von inen ungesundert zuo halten». Das Geld hatte Bern fünf Jahre lang nicht bezogen. Dagegen ist «die gemeine landsordnung zuo abstellung der pension und reisgelöuf... nit übel erschossen».
5. Interlaken, U. P. IV 49, 1505 Okt. 17. Chuonrad von Wingarten, Probst, und seine Gotteshausleute begehren, «durch üch sömlichen loblichen beschluss (Pensionenordnung) gehalten ze werden», da die Verhältnisse, die dazu geführt hatten, keine Änderung erfahren haben.

Bipp, U. P. VI 213, 1505 Okt. 16. Wollen bei der Ordnung bleiben.

Lenzburg, U. P. VII 107, 1505 Okt. 16. setzen es heim.

Zofingen, U. P. VII 176, 1505 Okt. 16. Die bernische Regierung war die erste, die eine solche Ordnung zu ihrer Ehre aufstellte und durchzusetzen vermochte. «In bedäck der glücksäligkeit darus erwachsen» haben sie einhellig beschlossen, «söllich ordnung... als bishar festenklich halten und dabi bliben».

Sternenberg, Ra. Ma. 1505 Okt. 31. «Die us dem landsgericht Sternenberg haben ir antwurt uf miner herren schriben geben: namlich bi der ordnung zuo abstellung der pension zuo belieben.»

6. Ra. Ma. 1505 Nov. 14. «Nach verhören der schriftlichen antwurten von stat und land haben min herren rät und burger abgeredt und beschlossen, das gelt von dem küng von frankrich zuo nämen und die vereinung die jarzal us zuo halten. Doch mit solichen fürworten, ob der küng hilf beger und notdurft sin wurde, dass im alldann ein geordnete zal jung, erlich und möglich geben und die mit houptlüt und andern anwalten versechen, wie si das in iren eigen kriegen och bruchen. Dabi so wellen si im mit solicher hilf nit witer schuldig sin. dann zuo handhabung und beschirmung des künigrichs von frankrich und herzogtums mailand und wider die, so solich küngrich und herzogtumb fräventlich überziechen, anfallen und schädigen welten, also dass si andrer usländiger krieg und reisen sollen gerüewiget und verwagen sin und beliben.»

Ra. Ma. 1505 Nov. 24. Der Bischof von Lausanne und Freiburg und Solothurn wollen Beitritt Berns ohne Bedingungen. «Das-selb och beschach, doch mit einem schlachten, bescheidnen mer, dann gar vil nit ufhoben, die an der sach dehein gefallen hatten.» (Die Regierung hat sofort mit Reisläuferei zu tun, vgl. Ermahnung vom 6. Dez. 1505, D. M. L 124.)

Anmerkung: Nach diesen Quellen scheint die Regierung gegen den Willen der Ämter gehandelt zu haben, oder nach nochmali- ger Anfrage, die verloren ist, deren Antworten aber günstiger lauteten. Dies könnte den grossen Zeitraum zwischen Befragung (Datum der vorhandenen Antworten) und der Behandlung im Rat erklären (1505 zirka Okt. 17. bis 1505 Nov. 14.).

Befragung Nr. 15:

Pensionen- und Reislaufordnung für die ganze Eidgenossenschaft; Furno-Handel.

1. 1508 April 28., Ra. Ma.
2. 1508 Mai 1. (Sternenberg), Mai 3. (3 Landgerichte) Ra. Ma.
3. Typus II.
4. Ra. Ma. 1508 April 28. «In stet und länder von disen swären löufen und besunder, was miner herren ansechen und meinung ist. Und besunders zuo melden die vorberedten abscheid, der drî länder fürnämen, auch wo si an ein ander sollten kommen. Desglichen die sach von savoy..., desglichen das angrifen zuo der hingeloffnen güeter...»

Bern. Absch. K. S. 322/323, sine dato. «Instructio uf den landtag gan Sternenberg an min her Venner Caspar Hetzeln gestellt.» Trotz des Beschlusses der Tagsatzung von Zürich vom 13. April 1508 still zu sitzen, sind eidgenössische Knechte zum König von Frankreich und zum römischen König gezogen. «Wo die, so also den beiden küngen zuo ziechen an ein andern sollten kommen, was schadens, unwill und verwisens in die ewigkeit dadurch wurde entspringen. Min herren geschwigen, sollte ir lantschaft an lüten entplötzt und in solichem von jemand angriff und beschädigung uf si understanden werden, dass inen schwär sin wurde, dem mit widerstand zuo begegnen.» Solch «eigen geschäft» ist eben die Irrung mit dem Hause Savoyen (Furno-Handel). So «begeren si von inen, was harin irs willens und gefallens sîe, antwurt zuo vernämen».

5. u. 6. Ra. Ma. 1508 Mai 7. «Es wurden gehört die schriften von stat und land, und demnach geraten, ein botschaft uf disen tag zuo schicken (Zürich, 1508 Mai 10.) und dero zuo befelchen, die Ordnung der Pensionen, vormals ufgericht, wider anzuonämen. Doch also, dass die übrigen ort darin gangen, und darzuo die vereinung von frankrich die zit us werde gehalten, und man demnach aller fürsten und herren müessig gang».

Bern. Absch. K S. 325, 1508 Mai 10. Instruktion Berns zur Frage der Pensionenordnung: «Bern will dem küng von frankrich die vereinung halten, so lang die weret, und demnach, wo man gemeinlich sich vereinbart, aller fürsten und herren müessig ze

gand, wellend si dasselb auch tuon und jetz ja gesagt haben.
Doch dass es also fürgenommen und volstreckt werde, dass es
dabi on endrung blibe.»

Befragung Nr. 16:

Massnahmen gegen «Aufwiegler»; Reislaufstrafen.

1. Keine Ra. Ma.-Eintragung, keine Instruktionen.
2. vor 22. Okt. 1509.
3. Typus II.
- 4.
5. Ra. Ma. 1509 Okt. 22. «Es ist fürgenommen der handel von der ufwigler wägen. Und sind anfangs gehept die boten, so in stat und land gefertiget sind gewesen.
Im ergöw überall sind gehorsam, die reisstrafen zuo fürgang kommen zuo lassen. Doch dass es glichlich zuogang, in der stat als uf dem land. Aber der ufwigler halb ist dehein grund funden.

Zue Hasli, Undersewen, Thun wie im Ergöw, aber der ufwigler halb dehein grund funden, dann Oswald von Rotz, der hab zuo Hasli ufgewiglet.

Zue Sternenberg auch dehein ufwigler funden und begert nit durch die finger zue sechen und glichlich zue strafen.

Im Emmental auch gliche Meinung, die Ordnung zue halten und ein als den andern zue strafen. Der ufwigler halb dhein besundern gefunden, noch genempt; dann man wüsse, wer den knechten den eid und das gelt habe geben, die halten si für ufwigler.

Zue Arberg, Nidow, Erlach, Büren guoten willen funden. Doch dass es beharret und die ufwigler gestraft werden.»

6. Ra. Ma. 1509 Okt. 25. «Nach langen verhören des handels der ufwigler, und was dann die ufgenommen kundschaften von denen, so in väknis allenthalben gelegen sind, anzöugt, haben min herren, klein und gross rät, funden und sich och erlütert, dass junker Ludwig von Erlach, Hans von Diesbach, Brenzikofer, Rouber, Zander, Schürmeister, der walch von Wiblisburg, der müller von Frowenbrunnen und Saler als hoptlüt und ufwigler gehalten und geachtet und deshalb in stat und land allenthalb geschrieben sölle werden, uf dero und anderer, so si noch moch-

ten wüssen, lib und guot zuo achten und zuo stellen, und wo si das mögen beträten und ankommen, solichs zuo miner herren han- den zuo behalten und si des zuo berichten.»

Val. Anshelm nennt (III, S. 195/96): Ludwig von Erlach, Hans von Diesbach, Cristian Saler, Philip Rouber, Jakob Gander, Hans Brenzikofer, Michel Müller, Roudolf Weber und Wilhelm Schirmeister. «Ward alles mit gelt abgetragen.»

Befragung Nr. 17:

Furno-Handel.

1. 1511 April 27., Ra. Ma., D. M. M 271.

2. 1511 Mai 5., Ra. Ma., D. M. M 271.

3. Typus I.

4. Ra. Ma. 1511 April 27. Man soll das Land «miner herren anligens des safvoyschen handels (zuo) berichten».

D. M. M 271, 1511 Apr. 27. Es werden auf den 5. Mai 1511 Boten vom Land in die Stadt gefordert der «merklichen fordzung und zuesprüch unser lieben eidgnossen von den acht orten an den herzog von Savoy» wegen, da Bern besorgt, «darus einen schwären landkrieg, nit allein gegen dem hus Savoyen, sunder auch andern fürsten und herren, die sich der sach möchten annämen, zuo erwachsen». Das Schreiben ist gerichtet an: Brugg, Schenkenberg, Lenzburg, Aarau, Aarburg, Zofingen, Bipp, Wangen, Aarwangen, Burgdorf, Thun, Unterseen, Interlaken, Hasli, Spiez, Aeschi, Frutigen, Ober- und Niedersimmental, Huttwil, Trachselwald, Aarberg, Nidau, Erlach, Büren, Landshut, Wohlen, Jegensdorf, Sternenberg, Konolfingen.

5. Ra. Ma. 1511 Mai 5. «Und darzuo gemein burger von wegen der botschaften von stat und land.»

6. D. M. M 275, 1511 Mai 9. Bernisches Schreiben im Namen der drei Städte an die Tagsatzungsboten Rud. von Scharnachtal, Caspar Wiler und Venner Hetzel, die über ihre Botschaften bei den Landsgemeinden der drei Länder berichtet und Aufschub einer kriegerischen Aktion erwirkt haben. Die bernischen Gesandten erhalten den Auftrag sich der Sache anzunehmen, «dann ob der handel unser eigen», und sie sollen einen Mittelweg suchen, einen andern, späteren Tag zur Entscheidung der Frage zu erwir-

ken, damit die drei Städte Zeit haben, eine friedliche Vereinbarung in die Wege zu leiten. Sollte es zum Krieg kommen, müssten die Gesandten bewirken, dass die bernischen Pfandlande in der Waadt berücksichtigt werden. (Keine Erwähnung der soeben zu dieser Frage stattgefundenen Ämterbefragung.)

Befragung Nr. 18:

Pavierzug.

1. 1512 April 23., D. M. M 443/444.
2. 1512 April 27., D. M. M 443/444, Ra. Ma. April 28.
3. Typus I.
4. D. M. M 443/444, 1512 Apr. 23.: Trotz der bernischen Bemühungen um Frieden, hat die Mehrzahl der Eidgenossen der französischen Gesandtschaft das Geleit abgeschlagen und beabsichtigt «einen anschlag zue tuend unserm heiligen vatter, dem pabst, zue hilf und den nächsten durch das engendin im zue ze ziechen». Der Sold der Tagsatzungstruppen soll einen Gulden betragen. Die bernische Regierung hält den Zug jetzt für ungelegen und den Sold zu klein (Gagliardi «Novarra und Dijon»: der durchschnittliche Monatssold eines schweizerischen Söldners betrug 4 bis $4\frac{1}{2}$ Gulden, der Vertrag mit Mailand vom 29. Sept. 1513 setzt sogar $5\frac{1}{2}$ Gulden fest). Bern frägt seine Ämter an, was zu tun sei, da es sich auch nicht von den Eidgenossen sondern möchte.
5. Keine Antworten erhalten.
Ra. Ma. 1511 Apr. 28.: «Und darzuo gemein burger und die boten von stat und land.»
6. D. M. M 445, 1512 Apr. 29. Bern gebietet Rüstung und Auszug auf den 4. Mai, doch rechtfertigt es diese Massnahme dadurch, dass es auf der Tagsatzung in Zürich alles angewendet habe zur Verhinderung des Krieges. (Der eidgenössische Auszug erfolgte nach Tagsatzungsbeschluss auf den 6. Mai 1512.)

Befragung Nr. 19:

Friedensangebot Frankreichs.

1. 1513 März 21., Ra. Ma., D. M. N 117/118.
2. 1513 bis März 29., Ra. Ma., D. M. N 117/118.

3. Typus III.

4. D. M. N 117/118, 1513 März 21. Schreiben an die Ämter: Die Eidgenossen sind «uf ersuochen päbstlicher heilikeit (gestrichen: auch von schmähungen wägen ettlichen besundern orten beschächen)» in den Krieg gegen Frankreich getreten, haben dabei das Herzogtum Mailand erobert und sind mit dem Herzog «ein püntnis und einung mit vorbehalten ettlicher schloss und stet zue unser eidgnoschaft handen» eingegangen. Nun verlangte und erhielt eine französische Gesandtschaft Geleit in die Schweiz, um über einen Frieden zu verhandeln. Da aber auf der Tagsatzung zu Luzern (1513 März 15.) in diesem Handel «so unglich meinungen und verständnus werden angezöagt», wurde ein neuer Tag nach Luzern auf den 31. März angesetzt, und Bern verlangt für seine Stellungnahme die Ansicht seiner Ämter. Der König von Frankreich erbietet sich, eine Summe Geldes an die Kriegskosten und eine gebührliche Abschlagszahlung an die seit langem ausstehenden Solde den Eidgenossen zu übermachen, oder die Sache der Soldrückstände gerichtlich entscheiden zu lassen. Dagegen verlangt er «im zue gonen, die schloss, so er in der stat und im herzogtuomb mailand inn hat, noch ein zit lang fürer lassen und spisen zue lassen, desglichen dass er die unsern und ander unser eidgenossen knecht, doch mit unser aller wüssen und willen und nit wider die, gegen denen wir verpflicht sind, und zue beschirmung sins küngrichs in dienst und besoldung moge nämen». Vorteile dieses Friedens: die Eidgenossen könnten nicht isoliert werden durch einen Frieden Frankreichs mit der Liga. Nachteile: Dieser Friede gäbe Frankreich freie Hand gegen Mailand, das die Eidgenossen laut des Kapitulates schirmen müssen; Möglichkeit eines Konfliktes mit Kaiser und Papst, «in gestalt, so wir an einem ort friden machen, dass dagegen an andern orten krieg und widerwärtigkeit gefürchtot». Diese Darlegung geschieht so ausführlich, weil «bi üch... allerlei anzüg und widerwärtigen meinungen gebracht werden». Verbot zu Frankreich zu ziehen.
5. Büren, U. P. III 11, 1513 März 23. Setzen es heim, doch seien bestehende Bündnisse zu halten.
- Burgdorf, U. P. III 49, 1513 März 28. Wollen bei der Vereinung mit dem Papst, dem Kaiser und dem Herzog von Mailand bleiben. Friede mit Frankreich erst, wenn es Mailand ganz geräumt hat.

Aarberg, U. P. II 15, 1513 März 28. Setzen es heim.

Aarwangen, U. P. II 100, sine dato. Setzen es heim, doch will sie unbillig dünken, dass der König von Frankreich in Mailand, dem eidgenössischen Protektorat, «wetti offen hüser han... und die spisen».

Seftigen, U. P. I 97, sine dato. Dass der König im Besitz der Schlösser bleiben soll, «das uns spöttlich und frömd dunkt und gar nüt gfalt, och der vereinung halb mit im desglichen im gar abschlachend». Da man die Eidgenossen des Verrates am Vater des jetzigen Herzogs beschuldigt hat, «und wenn ein eidgnoschaft nachliess dem küng die schlösser, dunkt uns demglichen, dass disem herzog auch geschech». Man soll daher die Vereinung mit Papst, Kaiser und Herzog die bestimmte Zahl Jahre halten und des Königs Boten aus dem Lande weisen, da aus einem Bündnis mit ihm «uns nütz guots draus folgit, denn witwen und weisen, und wa ein biderman ein sun erziet, bringt er in um mit sim gelt». Auch hätten die Eidgenossen Frankreich nicht zu fürchten.

Erlach, U. P. III 120, 1513 März 28. Setzen es heim, doch neigen sie zum Frieden, sofern dieser nicht gegen die Verträge mit dem Papst, Kaiser und andere gerichtet ist.

Landshut, U. P. III 211, 1513 März 26. Der von Frankreich vorgeschlagene Friede wäre annehmbar, da ja Papst und Kaiser vorbehalten seien, ebenso «soll er billich den herzogen von mailand auch geruegen lassen». Die Schlösser mögen die Eidgenossen den Franzosen «ein zit, als lang üwer gnaden möchte betrachten» überlassen. Dies alles, weil «kein fürst uns so vil schaden mög bringen, als wenn der küng unser find sött sin».

Frutigen, U. P. IV 6, 1513 März 24. Wollen Frieden, «angesechen den merklichen costen und schaden an lüten und guot, so in den vergangnen kriegen beschechen». Doch den bisherigen Verpflichtungen ohne Schaden.

Aeschi, U. P. IV 24, 1513 März 24. Da nun der Eidgenossen «lob und êr wider gewunnen ist» (Verrat von Novarra), raten sie, der König solle das Herzogtum ganz räumen und den Herzog in Ruhe lassen. Frutigen hat überdies von zwei Zügen ausstehenden Sold; wenn der König zahlt, möchten sie, «dass den üwern bi uns iro teil erschiessen möcht». Doch solle Bern auf «frid und ruew stellen».

Interlaken, U. P. IV 50, 1513 März 26. Setzen es heim.

Unterseen, Ringgenberg, Unspunnen, U. P. IV 89, 1513 März 24. Unter Vorbehalt der bestehenden Vereinungen soll man Frieden schliessen.

Nidau, U. P. IV 151, 1513 März 28. Die Bedingungen zum Frieden mit Frankreich sollen sein: vollständige Räumung des Herzogtums, Zahlung der eidgenössischen Reis-Kosten, «dann vil us dem seckel ze kriegen, ist nit in unserm vermögen», Vorbehalt des Papstes und Kaisers. Dazu soll Bern sorgen, dass der Kosten wegen der Zug nach Burgund nicht zustande komme.

Hasli, U. P. V 2, 1513 März 24. Wollen weder Frieden noch Bündnis mit Frankreich.

Saanen, U. P. V 62, 1513 März 24. Wollen Frieden, wenn es der Ehre unbeschadet geschieht, und unter Rücksichtnahme auf die Gegner Frankreichs. Zur Verteilung der französischen Leistungen an Kriegskosten und ausstehenden Sold wollen sie sich ernstlich empfohlen haben.

Obersimmental, U. P. V 143, 1513 März 24. Raten einhellig, den Frieden mit Frankreich abzuschliessen, wenn die Schlösser geräumt werden. Unter dieser Bedingung wäre der Friede auch gegenüber Papst, Kaiser und Herzog von Mailand zu verantworten. Nur zusammen mit den Eidgenossen handeln.

Niedersimmental, U. P. V 183, 1513 März 23. Äussern Missfallen an der Gewährung des Geleitsrechtes für eine französische Botschaft, während noch Verhandlungen der eidgenössischen Botschaften mit dem Papst und Mailand anhangen. Lehnen einen Frieden mit Frankreich und Überlassen von mailändischen Schlössern an Frankreich ab, da Mailand schon an die Eidgenossen Territorium abgetreten habe und jährlich beträchtliche Summen zahlen müsse, als dessen Gegenleistung die Eidgenossen Mailands Schutz übernehmen. Dagegen soll man das Bündnis mit dem Papst, dem Kaiser und Venedig halten und keine Knechte an Frankreich liefern, die es wahrscheinlich gerade gegen diese Bundesgenossen brauchen könnte. «Wär unser meinung also, dass der küng von frankrich die schloss und bletz in dem herzogthuomb mailand rümte und sich des enzüch. Demnach so wellend wir guote nachburen sin... In anhangender sach im... in keinem weg kein knecht noch söldner jetzmal wellend vergönnen, darin wir in méri unruow und unfrid möchten kommen.»

Thun, U. P. VI 8, 1513 März 26. Stadt und Freigericht wollen Frieden und Vereinung annehmen unter Vorbehalt von Papst und Reich und empfehlen, die Vereinung mit dem Herzog zu halten.

Trachselwald und Huttwil, U. P. VI 166, 1513 März 28. «Diewil... der gemein man in stat und land mit merklicher türe beladen und im krieg zuo haben nit wol moglich ist», wollen sie den Frieden annehmen, doch ihre Verpflichtungen Mailand gegenüber halten, so dass «lob und êr nit versert» und «einich befleckung der êren oder verwisung nit fürzogen möchte werden».

Wangen, U. P. VI 182, 1513 März 26. Wollen Frieden, «dann wo der frid ist, da ist gott selber», doch Friede nur unter der Bedingung, dass der König das Herzogtum Mailand ganz räume. Dem Papst, dem Kaiser und dem Herzog von Mailand soll man halten, was man versprochen. Mit dem König aber soll man keine «vereinung noch püntnuss» eingehen und keine Knechte zulauen lassen, «damit ein biderman sin sun oder sinen knecht bi hus und bi dem sinen behalten möge».

Bipp, U. P. VI 214, 1513 März 26. Wollen halten, was man zusagt.

Aarau, U. P. VII 5, 1513 März 23. Ein Friede mit Frankreich wäre anzunehmen, doch ihm keine Hilfe zukommen lassen und kein Bündnis oder Vereinung mit ihm abschliessen, da solches den Bündnissen mit Papst und Kaiser zuwider wäre. «Bitten über gnaden hirmit flissklich, üch von den franzosen mit keinem gelt noch anders iren schiefen listen nit bewegen lassen wollend.»

Aarburg, U. P. VII 22, 1513 März 26. Bitten die Obrigkeit, sie bei Frieden und Ruhe zu erhalten und mit den Eidgenossen zu handeln. Doch setzen sie es heim.

Brugg, U. P. VII 82, 1513 März 25. Wollen Frieden, «diewil der frid ein testament ist Christi unsers herren..., guoter frid..., wann er nit ergers bringt..., getrüwen guoten friden, der nit unfriden us im lasse fliessen». Es sei Friede zu schliessen unter Vorbehalt der andern Verpflichtungen der Eidgenossen, «darin luter usbedingt..., wider die, ir lib, land, lüt und guot nütz mit gewalt zuo understan, och niemand zuo bewegen, anzuonämen, noch hinzuofüeren, sölich infäll zue üeben; dann nach unserm bedunken so ist des königs grund, gemein eignoschaft von einem krieg

in den andern und grössern zuo wicklen und zuo fueren». Wenn aber die Eidgenossen ihr Versprechen, das Herzogtum zu schirmen, brechen (was durch ein Bündnis mit Frankreich der Fall wäre), so hätten sie Bann, Acht und Landkrieg von aussen zu erwarten und in der Eidgenossenschaft selbst Zwietracht.

Lenzburg, Stadt, U. P. VII 111, 1513 März 26. Verlangen Räumung der mailändischen Schlösser vor jeder Verhandlung. Wollen einen Frieden, der nicht in Gegensatz zu den bestehenden Bündnissen sei.

Lenzburg, Grafschaft, U. P. VII 112, 1513 März 26. Erst wenn der König die Plätze geräumt hat, ist Friede zu schliessen, doch unbeschadet der bestehenden Bündnisse. Kein Bündnis mit Frankreich und keine Söldner.

Zofingen, U. P. VII 177, 1513 März 26. Wollen die soeben geschlossenen Vereinungen treu halten, doch des Königs von Frankreich, «dem wir doch nüt schuldig sind», müssig gehen.

Allgemeine Haltung der Ämter: Friede ja (Bedingung: Räumung der mailändischen Schlösser), Bündnis nein.

6. Ra. Ma. 1513 März 29. Osterwahlversammlung. «So wurden demnach gehört die schriften und antwurten von stat und land von des frankrichischen fridens wägen und ward daruf geraten, dass vor allen digen der küng die schloss in der stat und dem herzogtuom mailand rumen und solich in händen miner herren der eidgnossen geben, auch niemand an ir wüsswn und willen uf wiglen, noch in sold nämen sölle».

Bern. Absch..N 305 (= Eidg. Absch. Bd. 3 Abt. II Nr. 491) «Antwurten der 12 orten». Bern: «Si wollen die schlösser nit lassen spisen», auch keine Knechte werben lassen. Doch wenn die Schlösser geräumt und von den Eidgenossen besetzt sind, wollen sie unter Vorbehalt des Papstes, Kaisers und der andern Verbündeten in einen Frieden willigen. Wenn Frankreich dies nicht annimmt, mögen seine Gesandten heimreiten.

Befragung Nr. 20:

Liquidierung des Könizerhandels.

1. } 1513 Juni 29., Val. Anshelm III S. 450 ff.
2. }

3. Typus I (ohne Berufung durch die Regierung).

4., 5. u. 6. Nach dem ersten Köniz-Tumult hatte die Regierung Bestrafung der Verräter, Abstellung der Pensionen, gleiche Strafe wie für die Verräter auch für deren Fürbitter versprochen und mit den Eidgenossen einen Zug ins Delphinat geplant (D. M. N 175/176, 1513 Juni 26.).

Val. Anshelm III S. 450 ff.: Am 29. Juni 1513 neuer drohender Auflauf aus fast dem ganzen Land, besonders «beder sibental, Frutigen, Esche, Undersewen, Thun». «Nun so waren angends inen nachgevolget von iren lantsobren und êrberen etliche zuo ruownen geneigte boten. Hassle schreib, si hättit einer loblichen stat Bern oberkeit für ire lieb, gnädig und fromme schirmhern, denen si wollten mit lib und guot helfen recht erhalten und gwalt abstellen, auch die schuldigen selb lassen strafen. Mit der glichen befech schikt Arberg ire boten. Diese boten wurden ingelassen und uf S. Peter und Paulstag (29. Juni) für rat und burger berüeft und da inen in klagwis fürgehalten der überfall, fräfel und muotwill, durch ettlich in ir stat an dem Venner Hetzel begangen, mit pit und begêr, semlichem vorzuesin, recht zue hanhaben und gwalt abzestellen; habe dan jemant, wer der sîe, mishandlet, sölle mit recht nach verdienst gestraft werden. Und nach gehaltnen underred ward abgeredt und beschlossen, dass alle die, so von den franzosen das gleitgelt hättit empfangen, sölichs wider in der stat seckel söltit harusgeben; und ob durch Michel Glasern (Anm. : später enthauptet) sich erfunde, dass jemant das anders, dan mit guoter und êrberer gestalt hätte genommen, dieselben nach verdienst ze strafen; und so vil die berüert, so an dem verräterischen anschlag schuld möchtit haben, ab dero lib und guot ze richten und darin niemands begnaden, sunder die, so für si wurdit piten, in glicher pen und straf ze halten.» Da die Menge von Köniz nicht abzieht «on begêrten bscheid», kommt unter Vermittlung der Boten von Zürich, Luzern, Zug, Freiburg, Solothurn, Biel und Neuenstadt 1513 Juli 2. «zwischen einer loblichen stat Bern und iren landlütten» folgender Abscheid zu stande:

1. Bern verzeiht «us pit und gnaden» den Anführern des Landes, die jedoch das geplünderte und zerstörte Gut (ausgenommen Esswaren und Getränke) bezahlen müssen und keinen Aufruhr mehr machen sollen.

2. Die Gefangenen, die nachweisbar französisches Geld angenommen haben, sollen bestraft werden.
3. Bern kommt für die Kosten der «in und vor der stat ufgangnen zerung» auf (2000 Pfund).
4. Bern verspricht keine Rache am aufrührerischen Land zu nehmen und die Landleute versprechen keinen neuen Aufruhr zu machen.

Der Pensionenbrief wird verlesen und soll neu beschworen werden.

Ursache dieses Aufuhrs: Val. Anshelm III 442: «Wie der mären ufruor entstond, us der obren und räten zwitacht, kib und blast..., us heimschs gewalts und frömds gelts gitikeit fürnemlich erwachsen.»

Befragung Nr. 21:

Bestrafung oder Begnadigung von Gefangenen aus dem Könizkrieg.

1. 1513 Juli 6., D. M. N 174, D. M. N 175.
2. 1513 Juli 12., D. M. N 174.
3. Typus I (jedoch Landgerichte Typus II, da ihre Gemeinden nach D. M. N 175 auf den 10. Juli zusammenberufen werden).
4. D. M. N 174, 1513 Juli 6.: Boten von Stadt und Land sollen die Aussagen der Gefangenen aus dem Könizkrieg anhören und über deren Bestrafung beraten.

D. M. N 176/177, 1513 Juli 9.: Bern rät Solothurn ebenso zu verfahren, «des guoten vertruwens, sie werden an solichen unserm erlichen erbietten und fürnämen benüegen haben und sich witter gegen uns nit lassen bewegen», sonst wollten sie sich «selbs gewalts vorsind».

5. u. 6. Bern. Absch. N 451—454, 1513 Juli 13: «Abscheid gehalter tagleistung zuo Bern mit den ersamen botschaften von stat und land...»
 - a) Michel Glaser, Jörg Rifa, von Brünis, Niclas Huber bleiben gefangen bis die Untersuchungen den Rechtsgang erlauben.
 - b) Caspar Hetzel soll von Solothurn nach Bern zum Gericht übergeführt werden. Ebenso Hans Kuttler, Vogt zu Schenken-

berg, der «den genannten von stat und land botschaften zue rechten gehalten werden» soll. Die Auslieferung dieser beiden soll so geschehen, dass «in abfuerung... venner hetzels und hansen kuttlers inen dehein schmach noch schad begegne».

- c) Die Rechtfertigung Gilian Schönis des Neuenburger Handels wegen wird angehört. Doch soll die festgesetzte Strafe bleiben (französisches Geld in den Stadtseckel, Ausstossung aus den Ämtern).
- d) Die Altvenner Peter Dittlinger, Rudolf Baumgartner, Niclaus von Grafenried werden gleich wie Schöni bestraft. Sie sollen nur durch Beschluss von Klein- und Gross-Rat und den Botschaften von Stadt und Land wieder zu Ämtern zugelassen werden und wenn sich in der noch pendenten Untersuchung nichts weiter gegen sie ergibt.
- e) Wenn Boten von Stadt und Land wieder berufen werden, so sollen aus jeder Stadt, Herrschaft und jedem Langericht je zwei Mann mit Instruktionen für den Fall Hetzel und Kuttler erscheinen (Anm.: Einberufung vom Juli 13. auf Juli 20., vgl. Befragung 22).
- f) Kein neuer Aufruhr.
- g) Obersimmental in den Abscheid (angehängerter Artikel auf der Hinterseite des gleichen Blattes in gleicher Schrift): Ausländische Bündnisse mit Hilfsversprechen abzuschliessen nur mit der Boten von Stadt und Land Zustimmung.

Befragung Nr. 22:

Endgültige Aburteilung der Gefangenen aus dem Könizkrieg und Aufstellung des Könizbriefes.

1. 1513 Juli 13., D. M. N 182.
2. 1513 Juli 20.—28., D. M. N 182, D. M. N 189/190 (an Freiburg).
3. Typus I.
4. D. M. N 182, 1513 Juli 13. Berufung der Boten zum endgültigen Rechtstag über Venner Hetzel, Hans Kuttler und andere Gefangene.
5. u. 6. Val. Anshelm III 455/456. «Nachdem... die boten von stat und land ires willens und anmuotens halb verhört und vertragen waren uf den 23. tag Julii, ward von kleinem und grossem rat

und fürnemlich von boten von stat und land abgemēret und gesprochen, das alle die, so das franzesisch gelt hättit genommen, sölltit nach inhalt hernach ufgerichts abscheids gestraft werden, und dass Michel Glaser, als ein anträger der untrüwen gelts, ein ufwigler und hoptmann, und Antony Wyder von Saanen, ouch als ein ufwigler und hoptmann des franzesischen ufbruchs, söltit mit dem schwert vom leben zum tod gericht werden.»

Bern. Absch. N 463/473 und Val. Anshelm a. a. O.: «Abscheid der handlungen und strafen durch klein und gross rät zuo Bern, ouch den botschaften von stat und land volzogen.» «Nachdem nun ein wise stat Bern, in biwesen der iren von stat und landen botschaften bi 14 tagen (23. Juli—28. Juli, nur 8 Tage!) an en andern versamt, zuo vertrag irer unruow geflissen und ernstlich hat gehandlet, ist uf den 28. Julii» folgender Abscheid aufgerichtet worden, dessen wichtigstes Artikel der zweite ist: «Und damit miner herren ufrechter gueter will dester fürer gemerkt werde, erbieten sich die genannten mine herren, hinfür mit niemand kein pündnis, noch einung, darin dann hilf erfordret wurde, anzenemen anders, dan mit der iren von stat und land gmeiner botschaften biwesen, und derselben gehäpten rat.» (Gedruckt bei Tillier III S. 92—94.)

Befragung Nr. 23:

Unruhen von Grasburgern in Murten gegen Vorkäufer.

1. 1513 Oktober 5., Ra. Ma., D. M. N 212/213.
2. 1513 Oktober 12., Ra. Ma., D. M. N 212/213.
3. Typus I.
4. D. M. N 212/213, 1513 Oktober 5. Schreiben an Stadt und Land: Trotz der Abmachung mit den Boten von Stadt und Land, keine Gewalt anzuwenden, sind Leute von Grasburg und Schwarzenburg in Murten gegen angebliche Fürkäufer vorgegangen. Zur Beilegung dieses Streites wurde auch eine Botschaft der Stadt Freiburg erbeten. Auch werden Klagen über angebliche Nichtauszahlung von Sold aus dem Winterzug in die Lombardie und der Handel Ludwigs von Erlach zur Sprache kommen. Bern verspricht, seiner Landschaft den ihr zukommenden Teil am päpstlichen Sold und dem Dijon-Geld zukommen zu lassen.

D. M. N 213 verso, 1513 Oktober 7. Schreiben an die bernischen Tagsatzungsboten in Zürich, sie möchten mit diesem Reitboten

Bescheid geben, ob etwas in Sachen Sold des Papstes, Herzogs von Mailand und des französischen Königs geschehen sei, damit Bern es den Boten von Stadt und Land mitteilen könne.

5. Ra. Ma. 1513 Oktober 12. «Und darzuo gemein burger, auch die boten von stat und land. Und wart des ersten fürgenommen der von Murten und Grasburg handel und begerten die von Murten zuo vernämen die ursach, darumb si überzogen waren... So sagten die von Grasburg auch ir anligen und was si zuo sölchem fürnämen bewegt hat.
6. Und nach langem handel, ward in biwesen der stat Friburgbotschaft abgeredt: dass die von Grasburg und Schwarzenburg die zerung zuo Murten zalen, dass genommen guet wider bekeren, auch den hingefüerten win zalen und desglichen den zuegefügten schaden abzuotragen, auch danathin beider stet straf zuo erwarten und sollen die gewaltigen und anheber der sach an die heiligen sweren, den obbemelten wandel abwäg und bekerung ze tuend in der zit, so inen bestimbt soll werden; auch beider stetten den ritlon und si ander vor inen haben. Und ist das zil der bekerung gesatzt bis Martin; dabei behalten min herren inen vor, die anwiser zuo Murten oder fürkoufer daselbs, wo sich die erfunden, zuo strafen.» Den Altvennern Baumgarter und Dittlinger wird kein Straferlass gewährt (500 Gulden je). «Und doch dabei angesehen, dass die boten von stat und land hindersich an die iren bringen und daran sin, und verhelfen sollen, damit er (Dittlinger) sichern wandel üben und bruchen und sin gewerb und hantierung moge erstatten, auch sin kind dester fürer erziechen.» Kein Strafnachlass auch der Witwe Hetzel.

Ra. Ma. 1513 Oktober 13. «Und darzuo gemein burger, auch die boten von stat und land.» Bestätigung der Freiheiten von Thun und Zofingen und Aarau. Ra. Ma. 1513 Oktober 14. Bestätigung der Freiheiten von Brugg, Dezember 14. von Hasli.

Ludwig von Erlach muss die Pension, die er von Frankreich bezog, angeben und deren zwiefachen Betrag in den Stadtseckel zahlen und wird neu auf die Pensionen-Ordnung eingeschworen.

Befragung Nr. 24:

Bestätigung der Bündnispolitik Berns.

1. 1513 Oktober 21., Ra. Ma.

2. 1513 Oktober 30. bis November 6., Ra. Ma. Oktober 21., D. M.
N 216/217 Oktober 22.

3. Typus II.

4. D. M. N 216/217, 1513 Oktober 22. Schreiben zur Einberufung
der Ämter; Verteilung der Ämter auf die Ratsboten:

Augsburger: Hasli, Unterseen, Interlaken, Thun.

Krauchtaler: Ober- und Niedersimmental, Frutigen, Aeschi,
Spiez.

Roggli: Trachselwald, Hutwil, Burgdorf.

Schaller: Grasburg, Laupen.

Seckelmeister: Aarberg, Erlach, Nidau, Büren.

Steiger: Landshut, Wangen, Aarwangen, Bipp, Aarburg, Zo-
fingen.

Willading: Aarau, Lenzburg, Brugg, Schenkenberg.

Die vier Venner: die vier Landgerichte.

Ra. Ma. Oktober 22. «Ein instruction den boten in stat und land.»

Bern. Absch. N 546—552. Instruktion:

- a) Trotz Abmachung mit den Boten von Stadt und Land, sich ruhig zu verhalten und rechtlich vorzugehen (1513 Juni 26., Absch. D. M. N 175/176), hört man Drohungen gegen Hauptleute und Herren, die sich angeblich vom Papst, Kaiser und Herzog von Mailand haben bestechen lassen.
- b) Die päpstliche Vereinung sei die Regierung «anfangs nit willig gewesen» anzunehmen und hätte sie gerne «abgeschlagen oder zum minsten mit besseren und andren artikeln vergriffen». Bern konnte sich aber nicht von den übrigen Orten sondern.
- c) Nachdem Schwyz Frankreich den Krieg erklärt hatte, hatten die Eidgenossen Mailand erobert und Sforza als Herzogen eingesetzt und mit ihm einen Vertrag geschlossen, wonach er «etlich landschaft von demselben herzogtuomb» abzutreten, freies Geleit, Zollfreiheit und, nebst einer einmaligen Summe von 40 000 Dukaten, ewige Jahrespension zu geben hat. Die Eidgenossen verpflichten sich daegen «in bi dem herzogtuomb und doch uf sinen sold und kosten zuo behalten». Bern konnte den Beitritt in dieses Bündnis nicht wohl ausschlagen, weil ihm so jeder Anteil an den erworbenen Gebieten und der Pension entgangen wäre.

- d) Wenn den Räten bei Abschluss dieses Bündnisses «über das, so in der stat seckel gedienot hat, ein erung ist beschechen», so könne man dies ihnen nicht als Schuld anrechnen, da es ja von Freunden kam und nicht von Feinden und niemandem zum Nachteil gereiche.
- e) In der Frage des mailändischen, kaiserlichen, französischen Soldes habe man allen Fleiss angewendet.
- f) Nach diesen Erörterungen glaubt die Regierung nicht, «dass jemand ursach sölle haben, si zu überziechen oder gegen inen einich gewalt für-zuo-nämen». Sie anerbieten sich, jeden Fehl-baren zu strafen und ihnen jederzeit Red und Antwort zu stehen.
- g) Es ist eine Umfrage zu tun, ob man mit dem Vorgehen der Regierung einverstanden sei, «soverr aber irrung und uneinhälligkeit erfunden, so mogend ir die, so minen herren anhangen und sich gehorsam erzöigen, an ein ort heissen stan und dieselben von den widerwertigen sündern und dannat-hin einer erberkeit sagen, dass min herren si bi recht und vor gewalt nach allem irem vermogen understan werden zue beschirmen; dann si hinfür solicher uflöuf und unruow nit mer wellen erwarten».
- h) Neubeschwörung der Pensionenordnung, wo dies noch nicht geschehen ist.

5. Keine Antworten erhalten.

6. Nicht bekannt.

Befragung Nr. 25:

Reihenfolge der Feldzeichen von Freiburg und Solothurn.

1. 1513 Dezember 13., Ra. Ma.
- 2.
3. Typus I.
4. Ra. Ma. 1513 Dezember 13.: «In stat und land ir botschaften har-zuoschicken, mit minen herren des stands halb dero von Solo-thurn helfen zuo ratschlagen und zuo beschliessen.» Dieser Be-schluss wird auch Solothurn angezeigt. In Briefen an Solothurn und Freiburg vom 13. Oktober und 28. November (D. M. N 214,

D. M. N 227) wird der Vorschlag gemacht, die Sache schiedsgerichtlich und vor der Tagsatzung zu erledigen.

D. M. N 231, sine dato: Solothurnische Gesandte sind in Bern «der irrung und missverständnus zwüschen inen und unsern lieben mitburgern von Friburg hangend, des gangs und stands halb beider stetten zeichen, so die bi uns im feld sind, uns uf das höchst ermant..., si bi altem harkommen... (... ob den zweihundert jaren...) beliben zuo lassen».

5. Keine Antworten erhalten.

6. Bern. Absch. O 70—64: «Instructio zuo haltender tagleistung Zürich...» (Januar 6.). «Und ob der handel und span zwüschen beider stetten Friburg und Solothurn irs gangs halb anzogen wurde, wollend üch desselben nit vil beladen, sunder die ubrigen ort darin handlen lassen.»

Befragung Nr. 26:

Friede mit Frankreich, Bündniswerbung des Papstes, Pensionen, Geld von Dijon, Präsident von Dijon.

1. 1513 Dezember 24., D. M. N 239/240.
2. 1513 Dezember 30., D. M. N 239/240.
3. Typus I.
4. D. M. N 239/240, 1513 Dezember 24. Schreiben an die Ämter: ...
 - a) Der Präsident von Dijon wurde in Genf gefangen genommen «von etlichen den unsern», und nachdem die Auslieferung erlangt worden ist, wird er nun nach Bern geschafft.
 - b) Es läuft das Gerücht, dass von den 50 000 Kronen, vor Dijon empfangen, einige Orte den Teilnehmern des Dijon-Zuges zwei Monatssolde ausbezahlt hätten (Bern hat noch nichts von diesem Geld erhalten). Deswegen und des Präsidenten halb werden die Eidgenossen ihre Boten nach Bern schicken.
 - c) Es wird auch über das Gesuch des Papstes um Bündnis-Erneuerung (das alte Bündnis läuft bald ab) zu reden sein.

Stadt und Land sollen je zwei Boten senden «gemeiner unser eidgnosser boten zu hören und demnach in den sachen allen helfen zuo handlen...».

Ra. Ma., 1513 Dezember 23. «Gedenk an die boten von stat und land zuo bringen der kinden halb, so zuo fürsten und herren geschickt werden.»

5. Nicht erwähnt im Ra. Ma.
6. Bern. Absch. O 66—69. «Abscheid gehaltner tagleisung zuo Bern mit gemeinen botschaften von stat und land derselben stat Bern, 1513 Dezember 30., vollzogen.»
 - a) Zum päpstlichen Gesuch um Bündniserneuerung wollen sie zuerst die andern Eidgenossen hören und dann erst endgültigen Entschluss fassen, «wie min herren vormals angesehen und zuugesagt haben, sich hinfür zuo niemand zuo verpflichten, da hilf erfordrot wird, dann mit rat und wüssen der iren, bi demselben wellen min herren ungeendrot bliben». Zu diesem Punkt vergleiche Bern. Absch. O 70—74, Instruktion zur Tagsatzung in Zürich (1514 Januar 9.), 1514 Januar 6.: Bern sei es nicht möglich «sich uf dismal zuo erlütren» und begehrt Aufschub der Entscheidung, da «die notdurft miner herren erfordere, dis sach an die iren von stadt und land zuo bringen», deren Antworten noch nicht eingetroffen sind.
 - b) Privat-Pensionen sind abgestellt und in den Stadtseckel genommen.
 - c) Soll man den Kindern, die man zur Schulung zu Fürsten oder an Hochschulen geschickt hat, «zuo irem stand und libsnarung» von den Fürsten etwas ausrichten lassen?
 - d) Sollen Gaben der Fürsten oder Herren an die bernischen Gesandten in den Stadtseckel gegeben werden (wie andere Orte es tun)?
 - e) Die eidgenössischen Boten haben die Behauptung (eines Berners Hans Schindler), dass sie 50 000 Kronen vor Dijon empfangen und ohne Bern unter sich geteilt hätten, zurückgewiesen und als unrichtig bezeichnet. Dieser 50 000 Kronen wegen wohl war in Bern Unruhe entstanden, worauf sich Absatz b) im Eidg. Absch. Bd. 3 Abt. II Nr. 534 der Tagsatzung zu Bern vom 30. Dezember 1513 bezieht: «Dieser Tag war hauptsächlich aus dem Grunde angesetzt worden, weil in Bern etwas Unruhe vorhanden sein sollte; man hat aber daselbst alles in bester Ruhe und Einigkeit gefunden.» Vielleicht war dies der Grund der Einberufung der Boten von Stadt und Land.

- f) Soll der Präsident von Dijon «mit Worten», d. h. ohne Folter verhört werden?*

Die Boten sollen diese Fragen an die Gemeinden bringen und bis zum 15. Januar deren Antwort schriftlich einsenden.

Befragung Nr. 27:

Antworten der Landschaft zu den Fragen vom 24. Dezember 1513.

1. 1513 Dezember 30., Bern. Absch. O 66—69 (vgl. Befragung Nr. 26).
2. bis 1514 Januar 15., Bern. Absch. O 66—69.
3. Typus III.
4. Bern. Absch. O 66—69, 1513 Dezember 30.:
 - a) Soll man das Bündnis mit dem Papst erneuern und für die Dauer seines Lebens verlängern?
 - b) Soll man die Privat-Pensionen dem Stadtseckel zuwenden?
 - c) Soll man gestatten, dass die Kinder, die man zur Schulung zu Fürsten oder auf Hochschulen schickt, zu ihrem Lebensunterhalt von den Fürsten unterstützt werden?
 - d) Sollen Geschenke der Fürsten an bernische Gesandte dem Stadtseckel zukommen?
 - e) Soll man sich mit der Antwort der eidgenössischen Boten über das angeblich vor Dijon empfangene Geld, begnügen?
 - f) Wie soll mit dem Präsidenten von Dijon, jetzt in Bern gefangen, verfahren werden?
5. *Frutigen, U. P. IV 7, 1514 Jan. 14.* a) Wollen kein Bündnis mit dem Papst, doch wollten sie helfen, wo die Kirche in Gefahr wäre. b) Wollen bei der beschworenen Pensionenordnung bleiben, auch aus dem Grunde, «dass ir unser gnädigen herren samt und sunder von den üwren dester minder verargwant mögend werden». c) Ein Zuschuss mag mit Einwilligung des Rates geschehen. d) Geschenke sollen dem Rat zuhanden des Stadtseckels übergeben werden. e) Des Dijon-Geldes wegen wollen sie «still ligen». f) Der Präsident soll verhört werden auch mit dem Seil, damit man «ein grund der sach erfinden möcht» (angebliche Beischbung der eidgenössischen Hauptleute vor Dijon) und niemandem Unrecht geschehe... Die Regierung möchte bewirken,

dass die Landleute «allenthalb so schwerer frömder witter reisen entladen» werden.

Aeschi, U. P. IV 25, 1514 Jan. 8. *a)* Wollen bei der beschworenen Ordnung bleiben, *b)* und aller Fürsten und Herren müssig gehen und «uf guoten friden stellen». *c)* Kinder soll man auf eigene Kosten schulen lassen und kein Geld dazu von Fürsten annehmen. *d)* Zu halten, wie geschworen ist.

Erlach, U. P. III 121, 1514 Jan. 12. *a)* Die Obrigkeit soll die Meinung der andern Eidgenossen auf der Tagsatzung zu Zürich anhören und mit der Mehrheit handeln. *b)* Die Pensionenordnung soll man unverändert beibehalten. *c)* Sie meinen, «dass sölich erzogen und gelert lüt zuo nutz und ère einer eignoschaft wol erschiessen mügen», weshalb sie Fürstenstipendien bewilligen, doch sei Unterstützung nur von befreundeten Fürsten anzunehmen. *d)* Die Geschenke sind unter Eid dem Rat zuhanden des Stadtseckels zu übergeben. *e)* Die Antwort der eidgenössischen Boten wurde als genügend befunden. *f)* Setzen es heim.

Büren, U. P. III 12, 1514 Jan. 14. *a)* Begehren aller Fürsten und Herren müssig zu gehen und zu Frieden zu kommen, da aus Bündnissen «nüt fruchtbares... entspringe». *b)* «aller pensionen müessig ze gan», wie geschworen. *c)* Schulung nur auf eigene Kosten... Ermahnung sich nicht von den Eidgenossen zu sondern.

Nidau, U. P. IV 152, 1514 Jan. 14. *a)* Empfehlen zu handeln wie die andern Eidgenossen. *b)* Pensionen sind nur anzunehmen, wenn sie, wie bei andern Eidgenossen, in den Stadtseckel fliessen. Doch sind Pensionen von Frankreich und den Feinden verboten. *c)* Sie bewilligen Schulung von Kindern mit fürstlicher Unterstützung, «doch dass dieselben, so si wider... anheimisch werden, sich zuo deheinem fürsten oder herrn mit glüpt oder eiden verpflichten und dhein sunder pension von inen nämen». *d)* Geschenke sind eidlich dem Rat zu übergeben zuhanden des Stadtseckels. *e)* Das bis jetzt vor Dijon erhaltene Geld soll «ungeendrot bi einandren bliben, bis das ander gelt, so vor Dision verheissen och geben wurt». *f)* Empfehlen, mit dem Präsidenten zu handeln, wie es löblich und so, dass man erfahre, ob der König von Frankreich die Geiseln lösen wolle, «dann der gemein man daruf und darumb ein wüssen haben will».

Thun, U. P. VI 7, sine dato. *a)* Wollen aller Fürsten müssig gehen, doch sich nicht von den Eidgenossen sondern. *b)* Überlassen

es der Regierung, es mit den Eidgenossen zu beraten. c) und d) Setzen es heim, doch möchten sie bei der geschworenen Ordnung bleiben... Verlangen für die Rottmeister der Thuner 47 ausgezogenen Knechte, die in der Schlacht von Novarra waren (1513 Juni 6.), den gewohnten doppelten Sold.

Trachselwald und Huttwil, U. P. VI 167, 1514 Jan. 12. a) Das Bündnis mit dem Papst ist für die Zeit seines Lebens oder für eine bestimmte Anzahl Jahre anzunehmen, «umb dass der herzog von mailand dester bas geriewot mög blipen», vorausgesetzt, dass auch die andern Eidgenossen es annehmen; doch wollten sie eigentlich lieber aller Herren müssig gehen, «das aber nun nit mag sin». b) Privat-Pensionen sind in den Stadtseckel zu nehmen, wie es die andern Eidgenossen tun. c) «So dann ein herzog von mailand üch gnaden tuon will und einen jungen annemen und demselben etwas êrung tuon will und in zuo hocher schuol legen well», soll man zulassen. d) Geschenke gehören in den Stadtseckel laut der geschworenen Ordnung. e) Haben ein «guot benüegen». f) Setzen es heim.

Brugg, U. P. VII 83, 1514 Jan. 12. a) Die Bündniserneuerung ist anzunehmen zum Schutz der Kirche. b) Nach dem Wortlaut der geschworenen Ordnung. c) Der Kinder halb, «dass ein jeder sine kind moge tuon, war er welle, doch in sim eignen costen, und ganz on nämung der pension, hilf und stür einichs herren». d) Geschenke anzunehmen ist gestattet zuhanden des Stadtseckels. e) Sind befriedigt. f) «Dass er (der Präsident von Dijon) von mund und am seil nach aller notturft gefragt..., damit die wahrheit offenbar werde, wär an solichem vergangnen verräterschen anschlag schuld hab.»

Zofingen, U. P. VII 178, 1514 Jan. 6. a) Wollen keine Vereinung eingehen, doch leisten, was man zur Beschirmung der Kirche schuldig ist. b) Bei der Ordnung zu bleiben. c) Ein jeder soll seine Kinder «in siner eignen costen versechen... ane hilf von dheimer herren». e) «Haben wir dhein gfallen, dass söluchs ân üwer gnaden wüssen ingenommen und so lang verhalten ist.» Sie versprechen Unterstützung falls es zum Streit kommt. f) Empfehlen den Präsidenten nicht zu schonen, damit man die Wahrheit erfahre über den Verrat vor Dijon.

Burgdorf, U. P. III 50, sine dato. a) Wollen nur gemeinsam mit den Eidgenossen handeln, doch sei kein ewiges, sondern nur ein

nach Jahren beschränktes Bündnis einzugehen. *b)* und *d)* Wie die Eidgenossen (in den Stadtseckel) *c)* «So der herzog in mai-land... sich erbüt, hilf und stür darzuo zuo geben», soll man es annehmen, aber für jedes Kind nur während 3 oder 4 Jahren und nur von verbündeten Fürsten. *e)* Befriedigt. *f)* Den Präsidenten «witer dann uf sinen eid zuo fragen, dann es ist zuo entsitzen (erwarten), es sigen in andern orten auch etlich bûfellig».

Aarberg, U. P. II 16, sine dato. *a)* Wollen der Fürsten müssig gehen, doch sich nicht von den Eidgenossen sondern. *b)* Die Pensionen sollen abgeschafft bleiben; wenn jedoch die andern Orte sie nehmen, soll Bern es auch tun und sie in den Stadtseckel legen. *c)* Zustimmend, «so verr das dem fordriegen eid... nit schade und in sinen eignen kosten». *d)* Geschenke sind anzunehmen, wie die andern Orte es tun, und in den Stadtseckel zu legen. *e)* und *f)* Setzen sie heim.

Sternenberg, U. P. 134, sine dato. *a)* Aller Fürsten müssig gehen, wenn diese Absage der Eidgenossenschaft schaden sollte, geben sie Vollmacht zu handeln. *b)* Sondrige Pensionen in den Stadtseckel. *c)* Man soll die jungen Leute zu keinem fremden Herrn zur Schule schicken. Wenn dies doch geschieht (zu Verbündeten), soll man sorgen, «dass si in zit und der jugent widerumb harheim gefertiget und genommen, damit... nit über nacht kriegslüt und frömder herren hoptlüt us inen erzogen werde». *d)* In der Stadt Seckel. *e)* Da Bern grosse Kosten und viele Leute in den letzten Kriegen hatte, verlangen sie, dass das Geld nach der Kopfzahl geteilt werde. *f)* Wenn der Präsident nicht freiwillig aussagt, soll man ihn mit dem Seile befragen.

Wangen, U. P. VI 181, sine dato. *a)* «Der sach ganz miessig gan», doch zusammen mit den Eidgenossen handeln. *b)* Privat-Pensionen sind laut der Pensionenordnung abzustellen. *c)* «Der sach ganz miessig gan.» «Wie dann der herzog von mailand sich erboten hat einer ganzen eignoschaft, anzuonämen von jeglichem ort ein oder zwei gen baffy (Pavia) und denselbigen geben all jar etwas daran ge zue stür.» «Wir konden nit anders finden, denn das vormals nit vil guots us si entsprungen und fürhin mē möchte geschechen.» Jeder soll in seinen eigenen Kosten seine Kinder schulen lassen oder «ein walch ein sun oder ein meidli harus don wollti, so mag einer sin sun oder meitli dagegen wider hinin don, wär ein kosten gegen dem andern». *d)* Abzuschaffen

nach der Pensionenordnung. Doch mag man zulassen, dass die Fürsten den Boten ihre «zerung» schenken. e) Setzen es heim.

f) Empfehlen, den Präsidenten nicht zu schonen, da die Sache die ganze Eidgenossenschaft angehe.

Aarburg, U. P. VII 21, sine dato. a) «Ein vereinung anzenämen, zuo beschützen die heilig kilch und ouch nit witter.» b) Nach der Pensionenordnung. c) Nur in eigenen Kosten ohne fürstliche Pensionen. d) Nach der beschworenen Ordnung ist nur der Reitlohn anzunehmen gestattet. e) Befriedigt. f) Der Präsident ist mündlich und am Seil zu befragen, damit man die Wahrheit erfahre und es «ergang wie andern den üwern vormals».

Durchschnittliche Haltung der Ämter: a) Nein. b) In den Stadtseckel. c) In eigenen Kosten. d) Nein. e) Befriedigt. f) Auch mit dem Seil.

6. Bern. Absch. O 105—110. Instruktion auf den 14. Febr. 1514 zur Tagsatzung in Zürich. «Und als dann päpstlicher heilitet der nüwbegerten vereinung halb antwurt soll geben werden, meinen min herren, diewil die alte vereinung noch nit zuo usgang kommen ist, nit not sin, einiche nüwe vereinung anzuonämen, angesächen ouch, dass min herren sunst der guoten meinung sind, bápstlicher heilitet anzuohangen und derselben schuldigen pflichten nach, als sie allzit getan hand, zuo begegnen, zuo dem, dass si in allen pünden und vereinungen den bápstlichen stuol und die heiligen kilchen vorbehalten, und wie also bápstliche heilitet mit früntlichen worten abgewist und enthalten mag werden, des habend ir gewalt und befelch!» Des Präsidenten halb: Anfrage, ob ihn ein Ort verhören wolle?

Befragung Nr. 28:

Bewilligung einer Friedensvermittlung des Papstes und Bündnis mit dem Kaiser.

1. 1514 Februar 1., D. M. N 251.
2. 1514 vor Febr. 14.
3. Typus III.
4. D. M. N 251, 1514 Febr. 1. Befragungsschreiben an die Ämter: Die Eidgenossen haben dem Papst bewilligt, einen Frieden zwischen Frankreich und ihnen auf der Basis des Dijoner Friedens zu vermitteln. Nun verlangt der Kaiser, dass, wenn dieser Friede

nicht zustande käme und die Eidgenossen also im Kriegszustand mit Frankreich blieben, sie keinen Frieden mit Frankreich eingehen sollen ohne Wissen seiner Majestät, und der Kaiser will darin Gegenrecht halten. Wenn die päpstlichen Bemühungen scheitern sollten, würde die Notdurft erheischen, «einen ruggen und bistand zuo haben», und die kaiserliche Hilfe an Geschütz und Reisigen sei nicht zu verachten. Wenn die Eidgenossen diesen kaiserlichen Antrag abschlagen, könnte es leicht geschehen, dass der Kaiser mit Frankreich Frieden schlösse, und wir «zuletzt si all uf uns wurden laden».

(Dieser kaiserliche Vorschlag auf der Tagsatzung zu Zürich vom 9. Januar 1514 ist nur eine Wiederholung des Antrages vom 13. Dezember 1513 durch den kaiserlichen Gesandten Dr. Wilhelm von Reichenbach: koordinierter Krieg Englands, des Kaisers und der Eidgenossen gegen Frankreich, gemeinsamer Friede, Hilfe des Kaisers an die Eidgenossen mit bis zu 1000 Pferden und dazugehörigen Reisigen und Geschützen. Der Kaiser verlangt Antwort auf den 14. Februar.)

5. Keine Antworten erhalten.
6. Bern. Absch. O 105—110. Instruktion nach Zürich auf den 14. Febr. 1514. Antwort an den Kaiser: Wenn der Papst keinen Frieden zwischen Frankreich und den Eidgenossen zustand-bringt auf Grund des Dijoner Friedens, «dass alldann dieselben min herren sich wöllen erlütrot haben, mit dem küng deheinen andern friden anzuonämen, dann mit kaiserlicher maiestät gunst, wüssen und willen, desglichen, dass kaiserliche maiestät hinwider sölliche zuosagung auch tüege».

Befragung Nr. 29:

Friede und Bündnis mit Frankreich.

1. 1514 April 27., Ra. Ma. «In stett und land, was von frankreich wägen des fridens halb anbracht ist.»
D. M. N 283/284, 1514 April 29.
2. 1514 Mai 4. (Nur Landgerichte, Ra. Ma. 1514 Apr. 29.)
3. Typus III (Landgerichte Typus II, Ra. Ma. 1514 Apr. 29.).
4. D. M. N 283/284, 1514 Apr. 29. Auf der Tagsatzung zu Bern, 1514 April 24. (vgl. Eidg. Absch. Bd. 3 Abt. II Nr. 550 i) ist im Namen des Herzogs von Bourbon eine savoysche Gesandtschaft

erschienen, die einen Frieden mit Frankreich anträgt (in einem nicht erhaltenen Begleitschreiben Berns standen die Bedingungen dieses Friedens, vgl. Eidg. Absch. Bd. 3 Abt. II Nr. 550 i). Die Eidgenossen sind zu einer Annahme dieses Friedens nicht geneigt, da der König sich nicht an den Frieden von Dijon halten will. «So uns aber anlanget, dass bi üch und anderswo geredt möchte werden, wie der küng den friden halten und das gält usrichten und wir sölichs nit wollen annämen», so fragt Bern seine Ämter um ihre Meinung. Doch möchte Bern am liebsten beim Dijoner Frieden bleiben und sich nicht von den Eidgenossen trennen.

Artikel des Friedensvertrages nach Eidg. Absch. Bd. 3 Abt. II Nr. 550 i und nach den Antworten der Ämter:

- a) Ewiger Friede mit Frankreich, das gegen den Papst, den Kaiser und den Herzog von Mailand keinen Krieg führen darf ohne Wissen und Willen der Eidgenossenschaft. Sofortige Ausrichtung von 400 000 Kronen.
 - b) Überlassung der Grafschaft Asti an Frankreich und Hilfe der Eidgenossen an Frankreich zur Eroberung von Genua, das in den Händen der Spanier den Eidgenossen zum Nachteil gereichen würde.
 - c) Frankreich erhält freie Werbung zur Beschirmung seines Königreichs, und die Eidgenossen versprechen, keine Knechte seinen Feinden zulaufen zu lassen. Hilfe gegen England und Spanien nur in französischen Kosten.
 - d) Nach vollzogenem Friedensschluss zahlt Frankreich die alten Pensionen.
 - e) Gegenseitige Auslieferung der Gefangenen und Amnestie (bes. für eidgenössische Knechte in französischen Diensten).
5. *Aarberg, U. P II 17, sine dato.* a) Wollen den Frieden annehmen, doch nur, wenn der König alle ihre Verbündeten (inkl. Kaiser) in Ruhe lasse. b) Weil der König die Summe von Dijon zahlen will, wollen sie ihm Asti lassen, «diewil sich find, dass Ast nie zum herzigtuom von Mailand gehört hätt». Mit der Eroberung von Genua wollen sie nichts zu schaffen haben. c) Wollen keine Hilfe gewähren, weder für den König selbst noch gegen andere Mächte. e) Freilassung der Gefangenen ohne «rantzig» (rançon) wird gebilligt, doch keine Amnestie für Knechte, die gegen ihren Eid nach Frankreich gezogen sind.

Büren, U. P. III 13, 1514 Mai 7. Wollen einen guten Frieden, wenn möglich den Frieden von Dijon. Begehrten, aller Pensionen müssig zu gehen, «und dem küng sim begeren nach nüt verwiligen, dann wo semlichs bescheche, wurden wir geachtet des küngs eigen».

Erlach, U. P. III 122, 1514 Mai 11. Möchten mit dem König einen Frieden treffen, der der ganzen Eidgenossenschaft zum Nutzen gereicht. Wo das nicht sein kann, soll man auf dem Dijon-Frieden beharren.

Frutigen, U. P. IV 9, 1514 Mai 3. Haben an dem Schreiben «merklich missfallen, und nit anders verstand, denn dass der gemelt küng üwer gnaden mit samt andren üwer eidgnossem grösslich verachte» und nur verhandle, um Zeit zu neuen Rüstungen zu gewinnen. Wollen deshalb auf dem Dijon-Frieden beharren. Doch wo es ehrenhalber möglich ist, soll Bern «uf frid und ruow ... stellen und unbilliches kosten vor... sin».

Aeschi, U. P. IV 26, 1514 Mai 3. Wollen nach der beschworenen Ordnung aller Fürsten und Pensionen müssig gehen. Wenn es zum Frieden kommt, soll keine Amnesty «dem verwurkten, erlosen man» gewährt werden.

Interlaken, U. P. IV 51, 1514 Mai 3. Setzen es heim. Doch soll man bei der geschworenen Ordnung bleiben und sich nicht von den Eidgenossen sondern.

Unterseen, U. P. IV 90, 1514 Mai 3. Wollen den Frieden von Dijon halten und mit dem Mehrteil der Eidgenossen gehen.

Nidau, U. P. IV 153, 1514 Mai 6. Erachten den Vorschlag als «spöttlich und dem merteil verachtlich». Wollen beim Dijon-Frieden bleiben, «damit ein loblich eidgnoschaft sich gefährlichen gegen dem küng von Frankreich nit müesten bucken». Man soll gemeinsam mit den andern Eidgenossen handeln.

Hasli, U. P. V 3, 1514 Mai 3. Wenn der König den Frieden von Dijon nicht halten will, soll man mit ihm keinen andern eingehen.

Saanen, U. P. V 63, 1514 Mai 3. Setzen es heim.

Obersimmental, U. P. V 144, 1514 Mai 3. a) Friede abzuschliessen auf Grund der Dijoner Abmachungen mit der Verpflichtung des Königs «all die inen verwandt sin niemēr anzefechten». Frank-

reich soll 400 000 Kronen ohne Aufschub zahlen. c) Überlassung von Asti an Frankreich gegen Entschädigung an Mailand. Keine Hilfe gegen Genua. d) Man soll keine Pensionen annehmen (Pensionen-Ordnung). e) Keine Amnestie für Meineidige und Überläufer... Empfehlen, nur gemeinsam mit den Eidgenossen («mérteil») zu handeln.

Niedersimmental, U. P. V 184, 1514 Mai 3. Möchten wohl Frieden, wenn sich der König an den Dijoner Frieden hält.

Thun, U. P. VI 9, 1514 Mai 3. Setzen es heim. Doch verstehen sie, dass «die safoysch botschaft... nüt anbracht hat, das gmeiner eidgnoschaft löblich..., sunder des franzosen grossen vorteil». Man soll mit den Eidgenossen handeln.

Wangen, U. P. VI 183, 1514 Mai 3. a) Friede ist anzunehmen auf Grund des Friedens von Dijon. b) «In dem, was dem hus mailand zuo gehört, keine teilung da soll geschehen; denn was mit dem schwert sî gewunnen, dasselbig zuo behalten und darvon nit wichen». Sie hoffen, «ir mögend vermessen des küngs argen list und seiner bosheit». c) «Well er den friden halten wie obstat, denselbigen mit im anzuonämen..., darbi... nit mit im zuo schaffen han und kein witter verbintnisse nit mit zuo machen» laut der geschworenen Ordnung. d) Der Ordnung nachzuleben (d. h. Pensionen in den Stadtseckel). e) Die Gefangenen sind freizulassen, doch ist Weggelaufenen keine Amnestie zu gewähren.

Bipp, U. P. VI 215, sine dato. Setzen es heim, möchten aber Frieden.

Brugg, U. P. VII 84, 1514 Mai 3. Haben keine Schmähungen gegen die Obrigkeit gefunden. Haben die Artikel von Dijon und den neuen Antrag ihren Leuten verlesen und «alles unglicher meinung gefunden». Sie meinen, dass dieser Friede «üwer gnaden und gemeiner eidgnoschaft weder ze hören noch anzenämen ruomlich noch êrlich, dann nach unserm bedunkten so hat der küng darin sin grossen vorteil gemeiner eidgnoschaft zuo abbruch irs lobs und êren gesuecht; sölich gesuech können uns nit anders bedunkten, dann ein gespött, ewig dienstbarkeit und s-chlaverry uf üwer gnaden und gmein eidgnossen zue laden». Deshalb empfehlen sie, dies «dheins wegs anzuenämen», sondern «unverrückt» am Dijoner Frieden festzuhalten, «jetzige anmuotung ganz schandlich und schädlich sin».

Lenzburg, U. P. VII 113, 1514 Mai 3. Betrachten den Friedensvorschlag als «verachtung gemeiner eidgnossen». Möchten einen Frieden, wie zu Dijon abgemacht, annehmen, um «zuo frid und ruowen» zu kommen.

Zofingen, U. P. VII 179, 1514 Mai 4. Setzen es heim, da sie zu dem «jetzigen des küngs erbieten ganz deheinen globen haben». Wollen beim Frieden von Dijon bleiben «ane witern zuosatz».

Spiez, U. P. V 225, «uf den dritten tag mertzen» (wohl verschrieben statt: 3. Mai). «Kein ander bericht nit anzuonämen, dann alein wie die zulest vor Disyon abgeret ist worden in allen artiklen und punkten». Wollen keine Amnestie gewähren.

Landgerichte: keine Antworten.

Aber Ra. Ma. 1514 April 29.: Aufforderung an die Landgerichte zur Besammlung auf den 4. Mai. Dazu Bern. Absch. O 184: «Instructio in die vier landgericht.» «Als jetz ein tag hie geleist, dass von des fridens wägen etwas wärbung und anzug sîe beschechen, als si an den artiklen, deshalb vergriffen, werden sächen.» «Und wiewol nun der eidgnossen boten an sölicher des küngs beger nit gefallens gehept und gestrax meinen, bi der bericht vor Dision gemacht zuo beliben, so haben si doch nützit wollen abschlachen, sunder sölichs wider hindersich an ir oberkeit genommen zuo bringen.»

6. Nach Eidg. Absch. Bd. 3 Abt. II Nr. 555 b, 1514 Juni 7. muss auf der Tagsatzung zu Luzern die Antwort der Orte, trotz der drohenden Rüstungen und einer Verständigung Frankreichs mit dem Kaiser, gewesen sein, dass man am Frieden von Dijon festhalten wolle, worauf die schroffe französische Antwort erfolgte, dass der König diesen nicht anerkenne.

Befragung Nr. 30:

Bündnis mit dem Papst und England.

1. 1514 Juli 19., D. M. N 298.
2. (Landgerichte nach Ra. Ma. 1514 Juli 21. auf Juli 26. berufen.)
3. Typus III., Landgerichte Typus II.
4. D. M. N 298, 1514 Juli 19. Schreiben an die Ämter: Auf der jetzt tagenden Tagsatzung (1514 Juli 10.) wird auf Berufung des Kar-

dinals von Sitten wegen Bündnissen mit dem Papst und England verhandelt (beigelegte Bündnisartikel nicht erhalten). Antwort wird bis zur nächsten Tagsatzung in Bern erheischt (Juli 30.). Bern entschliesst sich «ungern gegen jemand umb hilf (zu) verpflichten». Doch «so der kaiser und küng von hispanien mit dem küng von frankenrich ein bistand angenommen haben, dass schwär sin will», Hilfe auzuschlagen zum Schutze von Mailand, «us besorg, so all fürsten und herren ein gemacht, dass inen widerstand zuo tuond schwär sin wurd».

5. *Interlaken*, U. P. IV 52, 1514 Juli 26. «Was der merteil under unsren lieben eidgnossen annimpt, mögen wir wol erliden.»

Obersimmental, U. P. V 145, 1514 Juli 23. Sind der Meinung, «in dehein vereinung noch pündnis mit deheinen fürsten noch herren ze machen oder ze gand». Dies auch nicht zum Schutz der vier Städte. Wenn sie aber in die päpstliche Vereinung eintreten müssten, weil sie «des von unsren eidgnossen übermēret wurdent», sollten sie dem Papst nur Hilfe versprechen zum Schutz des Gebietes, «das der helgen, cristlichen kilchen zuo gehört». Das Geld sollten sie teilen wie die andern Eidgenossen, «sust sind wir nüt willig in dehein vereinung... ze gnad».

6. Ra. Ma. 1514 August 2. «Es wurden verhört die antwurten von stat und land, och gemeiner eidgnoschaft gesandten, bämpstlicher und engelscher vereinung, und daruf geraten, in dieselben beid vereinungen zuo gand, doch mit besserung etlicher artikel die hilf berüerend, als davon witer geredt mag werden.»

Val. Anshelm IV S. 3/4: Im Artikel der päpstlichen Vereinung erster Lesung sind auch Florenz, Genua, Siena, Lucca und das Herzogtum Mailand im Hilfskreis eingegriffen.

Auf der Tagsatzung zu Zürich vom 7. Nov. wurde fallengelassen, die erwähnten Städte einzubeziehen.

Befragung Nr. 31:

Freilassung des Präsidenten von Dijon.

1. 1514 August 14., Ra. Ma., D. M. N 305/306, Aug. 15.
- 2.
3. Typus III.
4. D. M. N 305/306, 1514 August 15. Schreiben an die Ämter: Nach dem Beschluss der Tagsatzung in Bern vom 31. Juli 1514 (Eid.

Absch. Bd. 3 Abt. II Nr. 566 h) sollen Zürich, Glarus, Appenzell und St. Gallen (nicht im Eidg. Absch.) die Schatzungssummen festsetzen für eine Freilassung der Gefangenen in Zürich. Das Ergebnis dieser Schatzung ist nun, dass der Herr von Mézière 10 000 Kronen, die drei Bürger von Dijon je 3000 Kronen + Gefängniskosten zu bezahlen haben. Der Präsident von Dijon hat trotz «siner misshandlung an dem seil und andrer marter» nichts Wichtiges ausgesagt. Da er «alt und krank, und zuo besorgen, dass er mit tod möchte abgan» und die Eidgenossen an die Kosten nichts beitragen, «doch ob ützit über denselben kosten erschiessen wurde, darin ir teil und gemein zuo haben vermeinen», haben Ausgeschossene von Bern und Freiburg ihm eine Schatzung von 10 000 Kronen auferlegt, was er aber als unerschwinglich für sein Vermögen hält und sich bloss erbietet, die Gefängniskosten zu tragen, oder, wenn dies zu wenig sei, «hie in unser stat sin leben zuo vollenden». Übrigens ist er nicht im Kampf oder als Geisel (wie die Gefangenen in Zürich) in die Gewalt Berns gekommen. Anfrage, was mit ihm zu tun sei.

5. Keine Antworten erhalten.
6. Rā. Ma. 1514 Nov. 16. «ein quittantz dem präsidenten von dision der 2000 kronen halb».

Befragung Nr. 32:

Bündnis mit Papst, Kaiser und Spanien.

1. 1514 Nov. 21., D. M. N 325.
2. (Landgerichte 1514 Nov. 22. auf Nov. 26. zu besammeln, Ra. Ma. Nov. 22., D. M. N 326.)
3. Typus III (Landgerichte Typus II).
4. D. M. N 325, 1514 Nov. 21. Schreiben an die Ämter: Auf der Tagsatzung in Zürich (Nov. 7., Eidg. Absch. Bd. 3 Abt. II Nr. 579) haben der Kaiser und der König von Aragon Bündnisbegehren anbringen lassen, worin auch der Papst und der Herzog von Mailand «und die landschaft italien» einbegriffen wären, «alles zuo beschirmung des herzogtuombs mailand und derselben landschaft italien und deshalb wider den küng von frankenrich». Nach Abschluss dieses Bündnisses wollten sie «einen anschlag tuon, den küng und sin anhänger zuo überziechen und zuo schädigen», wo zu diese zwei Mächte Geld, Reisige und Geschütze geben wollen,

«damit sie und wir all zuo einem erlichen, beständlichen friden und deshalb zuo ruow und rast und eins langwerenden kriegs mogen abkommen». Auch der Papst bringt sein Bündnisbegehrten wieder an mit bereinigten Artikeln (Hilfe nur für Kirchenstaat), und wenn einmal das Bündnis mit ihm zum Abschluss gekommen sei, habe er nichts gegen ein solches zwischen den Eidgenossen und dem Kaiser und Spanien. Bern meint, dass man solche Hilfe in diesem Krieg nicht abschlagen sollte, und «die notdurft will erhöischen, zuo verstand unser widerwärtigen hilfe und ruggen zuo suochen».

Fast gleicher Wortlaut der Instruktion an die vier Venner in die Landgerichte (Bern. Absch. O 380/381).

5. *Obersimmental*, U. P. V 146, 1514 Nov. 26. Setzen es heim, doch möchten sie zu Frieden kommen.
6. Bern. Absch. O 437—440. «Instructio uf haltende tagleistung, Zürich, sunntag nach Andree (Dez. 3.) angesächen und an die beid venner Anthonin Spilmann und Ruodolfen Senser gestellt.» «Berüerend anfangs den handel päpstlicher heilikeit, auch kaiserlicher maiestät und des küngs von arrogen vereinung halb, will minen herren gefallen, fliss und ernst anzuokeren, damit die obbemelten herrn samenthaft angenommen, und diewil ir werbung zuo beschirmung des herzogtuombs mailand dienet, dass darumb ir aller halb ein pündnis und deshalb ein brief gemacht werde, doch nit in die ewikeit, sunder päpstlicher heilikeit und kaiserlicher maiestat leben lang.» Da man mit dem Papst schon vorher verhandelt hat, soll man mit ihm auch zuerst abschliessen und nachher sofort mit dem Kaiser (nur Schutz Mailands).

Befragung Nr. 33:

Verteilung des Geldes aus dem Frieden von Dijon.

1. 1515 März 10., Ra. Ma., D. M. N 358/359 März 14., U. P. I 32 März 14.
- 2.
3. Typus III.
4. D. M. N 358/359, 1515 März 14. (Gleicher Wortlaut wie U. P. I 32, März 14.): Schreiben an die Ämter: Die Regierung zaudert zu entscheiden, wie der bernische Anteil am Geld von Dijon zu teilen sei, ob 1. den Ämtern das Geld zur Verteilung an Ausgezogene

oder Freie nach der Zahl ihrer Ausgezogenen zu überweisen sei? Doch könnte es so ungerecht zugehen, da Ämter mit vielen Ausgezogenen und wenig Freien mehr bekämen als solche mit wenig Ausgezogenen und vielen Freien. Oder ob 2. man die Teilnehmer am Dijonzug mustern wolle «und denen, so verfänklich, wärschaft lüt, und die dann in kriegen zuo bruchen, och iren meistern nit us dem dienst gelüffen, si sien fri oder usgezogen, das gelt... erschiessen lassen?».

5. *Konolfingen*, U. P. I 32, 1515 März 14. Schreiben der Regierung an die Ämter, auf dem auch die Antwort Konolfingens. Es ist dem Auszug nach zu teilen. Wenn den Freien etwas gegeben wird, so sollen sie zuerst gemustert werden.

Burgdorf, U. P. III 51, 1515 März 17. Empfehlen, unter Ausgezogene und Freie zu teilen, die letzteren zu mustern, damit es gerecht geteilt werde und «nit einem jeden geishirt» zukomme.

Aarberg, U. P. II 18, sine dato. Man soll mustern, «weller da husheblig si und guot sig für ein man», dann sei das Geld gleich unter Ausgezogene und Freie zu teilen, doch nichts den Dienstknechten zu geben.

Büren, U. P. III 14, 1515 März 19. Allen, die «bi hus und hof siend», zu teilen.

Wangen und Aarwangen, U. P. VI 101, 1515 März 18. Empfehlen zu tun, «wie ander unser eidgnossen ir frien und usgezognen halten». Wenn man den Freien etwas versprochen hat, so setzen sie es heim.

Erlach, U. P. III 124, 1515 März 16. Die Landleute berichten, dass den Freien im Felde versprochen worden sei, sie gleich wie die andern zu halten. Dieses Versprechen soll man ihnen halten.

Landshut, U. P. III 213, sine dato. Man soll gleich teilen, doch nichts den davongelaufenen Knechten und denen, «die nit sien zuo schätzen für manhaftig kriegslüt».

Frutigen, U. P. IV 10, 1515 März 18. Wenn die Freien auch nicht gleich berücksichtigt werden, so soll man ihnen doch etwas zu kommen lassen, wenn es «verfänklich und landlüt sind, och nit kind und dienstknecht», weil, wenn es zur Schlacht gekommen wäre, man ihre Hilfe nicht verachtet hätte.

Aeschi, U. P. IV 27, 1515 März 18. Allen aus dem Bernerland Gezogenen ist zu teilen, wenn sie kriegstüchtig und einheimisch sind.

Interlaken, U. P. IV 53, 1515 März 19. Da das Geld in Zürich nach den Ausgezogenen unter die Orte verteilt worden ist, will man auch hier nach Ausgezogenen teilen.

Unterseen, U. P. IV 91, 1515 März 15. Setzen es heim.

Laupen, U. P. IV 102, 1515 März 20. Hatten vier Ausgezogene und viel mehr Freie. Es wäre dennoch gut, wenn man «den usgezognen als den gehorsamen ein Vorteil tetti». Wissen nicht, ob im Felde den Freien etwas versprochen worden sei.

Nidau, U. P. IV 154, «fritag nach reminiscere» 1515 (= März 9., wahrscheinlich verschrieben für «fritag nach oculi» = März 16.). Man soll mustern und allen kriegstüchtigen, freien oder ausgezogenen, «husheblichen» Landleuten gleich teilen. «Nichts den frömbden, walchen und dienstknechten» und denen, die auf Raub aus waren und nicht am Anfang und beim Abzug dabei gewesen waren.

Saanen, U. P. V 64, 1515 März 18. Damit kein Streit zwischen Freien und Ausgezogenen entstehe, ist das Geld unter alle Kriegstüchtige zu teilen.

Grasburg, U. P. V 92, 1515 März 18. Da kein Verbot gegen «die friheit» bestanden hat und man den Freien ihren Hauptmann genommen hat und sie dem Hauptmann der Ausgezogenen schwören mussten, der gleiche Teile versprach, wie es im Abschied von «bunterlin» (Pontarlier) steht, soll man halten, was versprochen wurde.

Obersimmental, U. P. V 147, 1515 März 18. Man soll das Geld unter alle kriegstüchtige Landleute teilen, nichts zukommen lassen denen, die «ir meistren von iren küe und us iren werken ân not gangen, desglichen unachtbar lüt, kind oder knab».

Niedersimmental, U. P. V 185, 1515 März 18. Wenn man den Freien auch etwas gäbe, so «würd ouch gar vil minder dann an etlicher landschaft, da wenig frî oder keini wären hinweggezogen». Wenn man etwas versprochen hat, soll man die Freien erst mustern.

Spiez, U. P. V 222, 1515 März 18. Das Geld soll man Freien und Ausgezogenen zukommen lassen; doch den Ausgezogenen mehr. Die «inländigen berner» sind zu mustern.

Trachselwald, U. P. VI 116, 1515 März 18. Wollen das Geld unter die Ausgezogenen und die gemusterten Freien teilen, doch nichts für Lahme, Krumme, Kinder oder entlaufene Knechte.

Brugg, U. P. VII 85, 1515 März 17. Setzen es heim, doch haben sie gehört, dass den Freien gleiches Teil zugesagt worden sei.

Lenzburg, U. P. VII 114, 1515 März 17. Da man in Dijon «die frîen knecht zuo den rechten zeichnen habe geheissen schwerren und ire zeichen underschlachen», so soll man gleich teilen.

Sternenberg, Ra. Ma. 1515 März 24. Die Freien sind auch zu bedenken.

Bipp, U. P. VI 209, sine dato. *Aarau*, U. P. VII 6, 1515 März 16.

Aarburg, U. P. VII 23, 1515 März 11. *Zofingen*, U. P. VII 180, 1515 März 17. Setzen es alle heim.

Hasli, U. P. V 4, Febr. 25. (muss vor den andern Ämtern angefragt worden sein). Das Geld ist nach den Ausgezogenen zu teilen, wie es auch in Zürich unter die Orte geteilt worden war.

Allgemeine Haltung der Ämter: Musterung der Freien, dann gleiche Teilung.

6. D. M. N 362, 1515 Apr. 2. Schreiben an Stadt und Land: Die Obrigkeit hat aus den Antworten der Ämter verstanden, dass, nach einer Musterung der Freien, gleichmässig zu teilen sei. Auszumustern seien alle aus ihrem Dienst Entlaufene, alle nicht Kriegstüchtige, alle vom Heer zum Beutemachen und Rauben Entlaufene. Die Obrigkeit fordert die Ämter auf, eine Liste der zu berücksichtigenden Freien durch den Amtmann und die Rottmeister und «ander êrber unpartigig lüt» aufstellen zu lassen. D. M. N 370, 1515 Apr. 30. Die Mustrungslisten sind eingegangen, doch hat die Obrigkeit «söliche etwas irrig und unglich funden, dass wir die teilung derselben mustrung nach nit wol wüssen ze tuond». Da das Geld den Ausgezogenen nach auf die Orte verteilt worden war, verteilt Bern es auch nach der Zahl der Ausgezogenen auf die Ämter, und zwar pro Mann 5 dicke Plaphart. Die Summe soll auf alle gleich verteilt werden (die früher genannten Fälle ausgenommen).

Befragung Nr. 34:

Friedensverhandlungen mit Frankreich.

1. 1515 Oktober 9., D. M. N 421/422.
2. «bi diserm boten».
3. Typus III.
4. D. M. N 421/422, 1515 Oktober 9. Durch Vermittlung des Herzogs von Savoyen haben die Eidgenossen, auch Freiburg und Solothurn (Beschluss der Tagsatzung zu Luzern vom 4. Oktober) zum Abschluss eines Friedens mit Frankreich einen Tag zu Genf bestimmt (25. Oktober), zu dem eine bevollmächtigte Botschaft des Königs erscheinen wird. Uri, Schwyz und Unterwalden aber wollen nach Bellinzona ziehen, um die belagerten Schlösser zu entsetzen und mahnen zum Zuzug. Bern glaubt nicht, dass diese Plätze so sehr bedroht sind, da der König bereit ist zu verhandeln. Freiburg will am 10. Oktober zu den Innern Orten stossen. Bern und Solothurn aber wollen sich enthalten und zuerst den Willen der andern Eidgenossen erkunden. Die Ämter sollen beraten, «es sîe mit uns zuo ziechen oder still zuo sitzen».
5. Keine Antworten erhalten.
6. Nach Val. Anshelm war besonders die bernische Gesandtschaft (auch Freiburg und Solothurn) um den Frieden bemüht.

Befragung Nr. 35:

Begnadigung der vier Venner und Verwendung der französischen Geldgeschenke an die bernischen Gesandten.

1. 1516 Februar 10., D. M. N 441.
2. 1516 Februar 18., D. M. N 441.
3. Typus I.
4. D. M. N 441, 1516 Februar 10. Schreiben an die Ämter: Die Eidgenossen haben die im Frieden mit Frankreich festgesetzten 200 000 Kronen vom Zug von Dijon erhalten und auch den Sold von drei Mailandzügen und unter sich geteilt, wobei sie auch eine Summe für die «friheit» erhalten haben. Zur Beratung der Teilung sollen die Ämter je zwei ehrbare Leute schicken mit

Vollmachten, «ouch was uf die hiebi gelegen artikel üwers wil-lens und gefallens sîe» zu berichten.

Bern. Absch. P. 396/397, sine dato. Den Boten von Stadt und Land soll Vollmacht gegeben werden zu folgenden Fragen:

- a) Begnadigung der Altvenner Gilg Schöni, Niclaus von Grafenried, Rudolf Baumgarter, Peter Dittlinger, die 1513 von Amt und Würden verstossen worden waren.
 - b) Straferlass (500 Gulden) für Grafenried und Baumgarter, die behaupten, nichts verschuldet zu haben.
 - c) Den Boten, die den Frieden mit Frankreich in Genf abgeschlossen haben, ist je 400 Kronen und zu «Wersel» je 50 Kronen geschenkt und den Reitern der Stadt ein Trinkgeld gegeben worden, was alles in den Stadtseckel gelegt werden musste. Dürfen sie es wieder aus dem Stadtseckel erhalten?
 - d) Gestrichener Artikel: Den Boten von Gallerate waren je 400 Kronen geschenkt worden (Friedensschluss).
 - e) Die Boten beim Abschluss des Genfer Friedens haben je 100 Kronen Reitlohn erhalten und in den Stadtseckel gelegt. Dürfen sie es zurückerhalten?
 - f) Dem Stadtschreiber wurden für seine Mühe 400 Kronen gegeben. Er will das Geschenk aber nur mit Einwilligung von Stadt und Land aus dem Stadtseckel annehmen (die Schreiber von Zürich und Luzern haben das Geld behalten dürfen).
5. Ra. Ma. 1516 Februar 20. «Die antwurten der boten von stat und land von des französischen gelts.» Nur Thun antwortet zur Frage der französischen Kommissionen, Antworten günstig. Die meisten Antworten zur Begnadigung der vier Altvenner lauten bejahend. Antworten von: Thun, Burgdorf, Hasli, Zofingen, Aarau, Ober- und Niedersimmental, Frutigen, Aeschi, Brugg, Lenzburg, Grafschaft Lenzburg, Schenkenberg, Aarburg, Interlaken, Ringgenberg, Nidau, Erlach, Büren, Aarberg, Laupen, Bipp, Emmental, Wangen, Grasburg, Unterseen, Unspunnen, Murten, Spiez, Lands-hut, Hutwil, die Landgerichte, die vier Kirchspiele, Seftigen. Die meisten Ämter setzen es heim.
 6. Ra. Ma. 1516 Februar 20. Ratsbeschluss: der Stadtschreiber und die Boten nach Genf erhalten das Geld und verzichten auf Reit-lohn aus der Stadtkasse. Venner Spielmann und Senser erhalten 200 Kronen, Junker Hans von Erlach 200 Kronen. Mit den übri-gen 300 Kronen soll man die Kosten der Boten von Stadt und

Land decken. Grafenried, Baumgarter und Schöni werden begnadet und ihnen die Geldstrafe erlassen. Auch Dittlinger wird begnadet, aber ohne Straferlass.

Val. Anshelm IV S. 211: «Item mit versamptem rat von stat und land, och uf bit gmeiner eidgnossen, die gestraften und entérten im künitzkrieg wider begnadet und geért. Item den Gerichtsboten, so jeder bekannter gab... dan sust gar vil me gemurmlet ward... namlich von Versell 50 kronen, von Galleran 300, und von Jenf 100, aber der statschriber 500 Kronen, gebracht hat, im namen kostens und ritlons nachgelassen bis an 300 kronen, namlich von jedem boten von Galleran 100 an diss tags versamnung ze stür.»

Befragung Nr. 36:

Bestrafung von Offizieren, die vor Friedensschluss zum König nach Mailand zogen.

1. 1516 April 28., Ra. Ma., D. M. N 467 (Mai 1.).
2. «bi diserm boten».
3. Typus III.
4. D. M. N 467, 1516 Mai 1. Schreiben an die Ämter: Die Regierung war willens, die Hauptleute, Venner und Lütiner, die wider das Verbot zum König von Frankreich nach Mailand gezogen waren, gefangen zu setzen, sobald sie zurückgekehrt wären. Doch ist dies nicht möglich, da sie sich «in die frieheit» (Asyl) begeben haben und behaupten, man habe ihnen schriftlich Straflosigkeit zugesichert, wenn sie heim kämen. Die Regierung hat sie wohl zu mehren Malen heimgemahnt. Sie sind aber erst jetzt auf das letzte Schreiben hin heimgekehrt. Im Rate bestehen Zweifel, ob sie als Ungehorsame zu strafen seien.
5. Burgdorf, U. P. III 52, 1516 Mai 3. Setzen es heim, doch sind diejenigen, die den Mahnungen nicht gefolgt sind, zu strafen.

Büren, U. P. III 15, 1516 Mai 3. Es sind alle zu strafen, und was sie über ihren Sold erhielten, ist in den Stadtseckel zu legen.

Aarwangen, U. P. II 102, sine dato. Alle sind zu strafen.

Sternenberg, U. P. I 136, sine dato. «Diewil min herren zum teil das hinloufen zum küng gewusst, dass si solichs bi guoter zit

söllten abgestellt haben.» Die auf das obrigkeitliche Schreiben Zurückgekehrten soll man dessen «geniessen» lassen. Die Ungehorsamen und besonders die Aufwiegler sind zu strafen.

Bolligen und Vechigen, U. P. I 6, sine dato. «Die gehorsamen» Offiziere «ungestraft lon und widerum heimlassen kon zue iren güetren wie vormals».

Zollikofen, oberes Landgericht, U. P. I 85, sine dato. Die Reisläufer sind erst, nachdem sie in Mailand «ir sachen geschaffot», heimgekehrt und haben dem Kaiser und den Eidgenossen so geschadet. Deshalb sind alle zu strafen. Wenn das nicht geschähe, müsste man auch dem gemeinen Mann die Reisstrafen von 10 Pfund zurückgeben. Sie sind einig, dass «si die, so die iren also hinwägfüeren, nit für herren wollen haben».

Zollikofen, niederes Landgericht, U. P. I 86, sine dato. Setzen es heim.

Seftigen, U. P. I 100, sine dato. Die Obrigkeit soll handeln in Übereinstimmung mit den Eidgenossen und so, dass «wier kein ufruor in dem land heigen, denn die landlüt will bedunklen, der ufruor sig in üwer stat geschächen, wär niemen uf dem land, der da samlich gehandelt het». Verlangen Strafe nach Verdienen.

Erlach, U. P. III 125, 1516 Mai 3. Da die Offiziere «üwer gnaden bot und schriben menigfalt veracht und ubersächen haben», ist jeder nach seinem Verdienen zu strafen.

Landshut, U. P. III 214, sine dato. Setzen es heim.

Frutigen, U. P. IV 11, 1516 Mai 2. Haben zur Sache einige Knechte verhört, die auch aus Mailand kamen und haben gefunden, dass «nit all glich schuldig sind», doch alle aber darin, dass sie gelobt hatten, «nienderthin zuo ziechen bis der tag zuo Lücärn vollzogen und dia acht ort einretig wurden, in der sach ze handlen». Deshalb sollen sie gestraft werden. Bitten «mit ganzem flis, ernst und so hoch uns möglich ist» dem Junker Ludwig von Erlach, ihrem «gueten nachburen» Gnade zu erweisen, da er der Gehorsamste von allen war und als letzter nach Mailand gezogen war, weswegen er und seine Knechte keine Geschenke erhalten hätten, ja kaum den Sold. Er habe auch der Rückmahnung sofort Folge geleistet.

Aeschi, U. P. IV 28, 1516 Mai 2. Glauben, dass die Regierung den Auszug hätte verhindern können. Da «eis und das ander gangen ist von stat zuo stat, von land zuo land, von man zuo man, kunnen wir nit finden, dass dise ding heimlich sien gesin». Die Gehorsamen sind milde zu behandeln, die Ungehorsamen zu strafen. Auch empfehlen sie, «dass ir mit üwern junkern in der stat redent, dass si nit allzit uswüschen und jeklicher ein hoptmann werd und üch und uns unser fleisch und bluot also von land fueren und auch damit unsern lieben eidgnossen ungunst und unruow machen». Bitten, den Junker Ludwig von Erlach sein gehorsames Verhalten geniessen zu lassen, da er «einer stat Bern und aller eidgnoschaft nie kein uner hat ingeleit und aber unsern knechten fast vil guots erzeigt».

Interlaken, U. P. IV 54, 1516 Mai 4. Setzen es heim.

Unterseen, U. P. IV 92, 1516 Mai 2. Setzen es heim zu strafen.

Laupen, U. P. IV 103, sine dato. Alle sind zu strafen an Leib und Gut.

Nidau, U. P. IV 157, 1516 Mai 3. Da sie auf die Mahnungen heimgezogen sind, soll man sie für diesmal ungestraft lassen, doch dass sie sich hinfür gehorsamer zeigen.

Hasli, U. P. V 5, 1516 Mai 3. Die Offiziere sind zu strafen, da «die ufwigler allweg in der stat entspringind», und grosser Unwille auf dem Land zu befürchten wäre, «wenn allwegen die üwren uf dem land sölltin gestraft wärden und die in der stat nüt».

Obersimmental, U. P. V 148, 1516 Mai 5. Die Offiziere sind zu erkunden, «ob si den von dem küng... gelt genommen und wider unser eidgnossen den gemeinen man geferget». Sollen nach Verdiensten gestraft werden.

Niedersimmental, U. P. V 186, 1516 Mai 2. Man soll ihnen keine weitere Strafe auferlegen, da man ja im Frieden stehe mit dem König. Die Offiziere seien freilich «vilicht etwas ze fruo hinweggezogen» und haben den Unwillen der fünf Orte, die dem Frieden noch nicht beigetreten waren, erregt. Die Offiziere sind zwar gehorsam auf die Mahnung hin heimgekehrt.

Spiez, U. P. V 226, sine dato. Die Hauptleute und Knechte sind gemäss der Vereinung mit dem König und in dessen Sold gezogen,

wie auch Leute aus den andren Orten und sind nach der letzten Mahnung heimgekehrt. So mag man ihnen für diesmal vergeben. Die nicht Heimgekehrten mag man strafen.

Thun, U. P. VI 10, 1516 Mai 5. Auch das Freigericht und die Gemeinde Oberhofen sind zur Beratung berufen worden. Die Offiziere sind «über üwer gnaden hoch und frefenlich verbot uf brochen... und weder üwer boten noch schriften so vil haben vermögen, denn dass si nüt dester minder für und für verrückt und unz gan mailand zogen und dem nach, do si vilicht nüt vil knecht mē gehept haben, erst wider harumb kert sind» und so also ungehorsam gewesen und in der Eidgenossenschaft viel Unwillen erregt. Sie sind deshalb zu strafen nach Verdienen «in mass, dass üwer eidgnossen und die üwern von stat und land verstanden, si gestraft sin».

Trachselwald, U. P. VI 117, 1516 Mai 3. Sind zu strafen, da sie den Mahnungen nicht gehorcht, gegen das Verbot abgezogen sind, «ouch gelt uf das land geschickt und die üwern hie weg gefüert... und auch üwer gnaden brief verschlachen hand und dieselben dem gemeinen man nit erzeigt».

Wangen, U. P. VI 184, sine dato. Wenn sie ungehorsam waren, sind sie zu strafen.

Bipp, U. P. VI 217, sine dato. Da «am dag ist, dass der franzos die unsern an die unsern und dagegen gefüert hat» und alles Mahnen an die Offiziere umsonst war, «unz zuo lest der gemein man gehorsamer ist erfunden, dann die houptlüt», soll man sie strafen.

Aarau, U. P. VII 7, 1516 Mai 3. Wenn die Offiziere Geschenke erhalten haben, sollen sie wie «übertreter» gehalten werden, wie es die geschworene Ordnung vorsieht.

Aarburg, U. P. VII 24, 1516 Mai 4. Sollen an Leib und Gut gestrafft werden, da sie trotz Mahnungen nach Mailand gegen die Eidgenossen gezogen waren. Ausserdem, «so gat ein gemein gas senred, wann jetzund denen nüt beschech, wann dann in kurtzem oder lang, wann etwas kemi, wöltend sie auch züchen und nüt ab sölichem schriben oder boten halten».

Brugg, U. P. VII 86, 1516 Mai 4. Setzen es heim.

Lenzburg, U. P. VII 115, 1516 Mai 4. Sie kennen «hie bi uns am anstoss aller eidgnossen grossen unwillen» des Zuges nach «Duom» (Domodossola) und Mailand wegen und fürchten, dass wenn die Hauptleute nicht bestraft würden, «sich bemelter unwill für und für abermals mächtig ernüwern und meren». Deshalb sind die Offiziere im Sinne der Reislaufordnung zu strafen.

Zofingen, U. P. VII 181, 1516 Mai 3. Vernehmen, dass «etlich us üwer stat darüber (über das Verbot) mit offenen zeichen hingezogen sin sollen» und die Offiziere «ab üwer gnaden schriben und erfordern nit abgezogen, ob die knecht bi inen bliben wären». Sie haben ausserdem Geschenke vom König angenommen und sind nach ihrem Verdienen zu strafen, «in mass, dass söllichs gegen gmeiner eidgnoschaft und den iren formlich zuo verantwurten».

Allgemeine Haltung der Ämter: Mehrheit für Strafen.

6. D. M. N 470, 1516 Mai 12. Schreiben an die Landschaft: Die Regierung hat, gestützt auf die Antwortschreiben der Landschaft, beschlossen: «dadurch si us der friheit in unser fanknus gangen, und demnach uf ein urfecht..., och verburget haben, ir lib und guot nit zu entfrembden und unser straf und des rechtens zuo erwarten, usgelassen sind worden, und also werden wir den handel unverzogenlich fürnämen und jedem sind straf ordnen und uflegen».

Bern. Absch. Q 167—170, 1516 August 20. Instruktion an die Gemeinden: Die Obrigkeit entschuldigt sich, dass die auf Urfehde und Bürgschaft entlassenen Offiziere noch nicht abgeurteilt und bestraft worden sind, da noch nicht alle heimgekehrt seien. (Vorwurf der Verzögerung des Rechtsganges von seiten des Landes.) Val. Anshelm IV S. 211, zum Jahre 1516: «Es wurden och treffenlich ersuocht um ir gaben die houptlüt, lütiner, venner und ufwigler, so zum kaiser und zum französischen küng in Mailand wider verbot und manung geloffen waren. Etlichen houptlüten, fürnemlich Albrechten von Stein und Ludwigen von Erlach wurden ire hüser und güeter zur stat handen ufgeschrieben, aber bald nach zergangnem wetter wider abgetan und si in êr gesetzt.»

Befragung Nr. 37:

Friede und Bündnis oder nur Friede mit Frankreich.

1. 1516 Juli 30., Ra. Ma.

2. 1516 August 10., Ra. Ma. Juli 31.
3. Typus II (schriftliche Antwort).
4. Ra. Ma. Juli 30.: «Es sollen boten geschickt werden in stat und land, dieselben zuo berichten, was des fridens halb gehandlet, ouch den ufbruch zuo enthalten und abzuostellen zuo beiden herren.»

Bern. Absch. Q 167—170 sine dato (Juli 30. oder 31.). Instruktion an die Gemeinden: Bern hat im Auftrag der Eidgenossen und mit tätiger Hilfe von Freiburg und Solothurn nach dem «swären, tödlichen krieg gegen frankrich» und «zuoletzt nach vilfaltiger erlitner beschädigung libs und guots» mit dem König einen Frieden abgeschlossen «uf vorteil der eidgnoschaft», dessen Artikel der Landschaft vorgelegt worden waren (D. M. N 428, 1515 Nov. 16., Mitteilung an Stadt und Land über Verhandlungen mit Frankreich mit Beilage der Friedensartikel, aber ohne Aufforderung zur Meinungsäusserung). Doch haben fünf Orte diese günstigen Bedingungen abgeschlagen und auch nicht eingewilligt, nachdem der König «sollich ir beschwärd gemiltiert und zum teil nachgelassen, und nemlich so hat der küng si ledig gesagt der hilf» und versprochen, ihnen doch die Pension zu zahlen. Er lässt den Eidgenossen auch die Wahl, Schloss und Landschaft Lugano und Locarno zu behalten oder ihm für 300 000 Kronen zu überlassen. Ferner verspricht er, dem Kaiser den Frieden zu halten, den sein Vorfahre, Ludwig XII., mit ihm geschlossen hatte. Trotz dieser guten Bedingungen haben die fünf Orte die übrigen acht gemahnt, von der Vereinung mit Frankreich abzustehen. Luzern hat ein Bündnis abgeschlagen, will aber den Frieden halten. So ist ersichtlich, «dass die, so den krieg mit frankrich angefangen haben, damit umbgand, den wider anzufachen», was Bern ganz missfällt, «mogen ouch den krieg fürer nit erliden», weshalb sie «sich underredt... nützlichst zuo sind, frid und ruow zu haben, mit den iren still zuo sitzen und de wederem herren, dem kaiser noch küng zuo ze ziechen». Bern ermahnt, keinen Aufbruch zu tun, «bis gmein eidgnossen sich mit ein andren vereinbaren». Bern will inzwischen allen Fleiss anwenden «damit die übrigen fünf ort zuo inen gebracht und die zweitung und uneinhellikeit... abgestellt werde». Die Regierung hört, dass sich «etlich lassen merken, wie si hinder miner herren landschaft an etlichen orten ruggen finden, und dass si mit den gemeinden wollen handlen, alles wider den alten bruch

und der geschwornen bünd inhalt». Dies missfällt Bern sehr und es mahnt, sich in diesen Fragen an die Regierung zu halten. Die Obrigkeit will klaren Entscheid, «es sîe die vereinung oder den friden oder beide zuo halten oder abzuoschlachen und eines nüwen kriegs zuo erwarten». Es werden schriftliche Antworten verlangt... Die ungehorsamen Offiziere wollen sie aburteilen, sobald alle heimgekehrt sind.

5. *Sternenberg*, U. P. I 135, sine dato. Setzen es heim. Doch sollen die ungehorsamen Hauptleute und Aufwiegler bestraft und so neuer Aufbruch verhindert werden, «damit der uifbruch nit hie us der stat geschäche», da sie sonst die Ihrigen nicht zurückhalten könnten.

Seftigen, U. P. I 99, sine dato. Wollen des Kaisers und Königs müssig gehen und vor allem die Einigkeit in der Eidgenossenschaft wieder herstellen. Wenn die Eidgenossen aber einen neuen Krieg anfangen wollen, soll sie Bern mahnen, dass es nur im Umkreise, den das Bündnis vorschreibt, ihnen zuziehen wolle. Die Hauptleute, Venner und Aufwiegler sind zu strafen.

Konolfingen, U. P. I 33, 1516 August 10. Wollen aller Herren müssig gehen und den Frieden halten. Doch soll man sich vor allem nicht von den Eidgenossen trennen, «lieb und leid mit inen zu haben».

Bipp, U. P. VI 216, 1516 August 7. Wollen den Frieden halten, aber keine Vereinung annehmen, solange die Eidgenossen uneinig sind. Bern soll allen Fleiss ankehren, sie zu vereinigen.

Lenzburg, U. P. VII 116, 1516 August 9. Wollen den Frieden halten, wenn er den Kaiser miteinschliesst. Doch meinen sie, dass das französische Bündnis «zuo vermidien künftigen fleisch und bluot verkouf wol abzuostellen wäre». Schloss und Landschaft Lugano und Locarno soll man behalten, «diewil die berüerten herrschaften däglichen nutz und in künftigem hader ein schlüssel einer eidgnoschaft mag sin,... und dass gemelt irdisch und zerstörlich gelt zuo lassen», überdies «alle kriegslöuf abzuostellen».

Brugg, U. P. VII 87, 1516 August 8. Wollen den Frieden, doch keine Vereinungen annehmen, da «die bishär und sonder jetz in kurzem gmeiner eidgnoschaft leider übel... erschossen sind, und sonder auch die hilfliche pflicht». Glauben auch, dass der Friede

«beständlicher belibe, wo alle pensionen ingemein und insunders abgestellt würden».

6. D. M. N 491, 1516 August 21. Schreiben an Stadt und Land: Die Obrigkeit hat den Antwortschriften der Ämter entnommen, dass sie «allenthalben des gemüets und willens sin, still zuo sitzen und wäder zum kaiser noch küng zuo ziechen». Dies wurde zum Beschluss erhoben und in der Stadt verkündet. Zu widerhandelnde sollen verhaftet werden.

Bern. Absch. Q 185—187. Instruktion für die Tagsatzung in Zürich, 1516 August 25. «Besunder so gefiele minen herren, die fünf ort zuo bitten, sich der drîer artikel (keine Hilfe, trotzdem Pension, freie Wahl für Lugano und Locarno), inen durch den küng nachgelassen, zuo begnüegen.» Wenn die fünf Orte auch dann noch nicht einwiligen, «so wellen min herren mit andern von den sieben orten von der vereinung stan und aber bi dem friden beliben». «Und so verr an den fünf orten dehein güetikeit mag funden werden, will die notdurft fordern, si hinwider zuo manen, die alten pünd zuo halten, deheinen nüwen krieg anzufangen und des papsts, kaisers, küngs von engelland und ander müssig zuo gand, mit dem zuosatz, dass man inen nit verrer hilf tuon werde, dann den marchen nach in den alten püngen anzöagt.»

Befragung Nr. 38:

Soll man die Pensionsordnung neu beschwören?

1. 1517 Juli 13., Ra. Ma., D. M. O 23/24 Juli 16., In die Landgerichte
Ra. Ma. Juli 28., D. M. O 28 Juli 31.
2. 1517 «bi diserm zöuger».
3. Typus III.
4. D. M. O 23/24, 1517 Juli 16. Schreiben an die Ämter: Bern hat lange Jahre hindurch gegen die Privatpensionen die Ordnung gehalten und geschworen, in der Hoffnung, die andern Eidgenossen würden es auch so halten, was aber nicht geschehen ist. Dieser Gewissenhaftigkeit wegen «lassen sich (die Eidgenossen) dabei gegen uns allerlei schimpf- und spottworten merken, uf meinung, „ob wir besser dann ander geachtot wöllen sin“, desglichen, „so wir nütztit nämen, dass ander dester bas zuo teilung mogen kommen“». Deshalb haben die Räte diese Ordnung vergangene Ostern

nicht wieder beschworen, mit dem Vorbehalt, sie wieder zu beschwören, sobald die Eidgenossen es auch tun. Die Obrigkeit verlangt sofortige, schriftliche Antwort, falls den Ämtern «ützit anders zuo willen und gefallen sin will».

Fast gleicher Wortlaut des Schreibens an die Landgerichte vom 31. Juli 1517 (D. M. O 28).

5. Im Schreiben an die Landgerichte vom 31. Juli (D. M. O 28) wird erwähnt, dass sie schon allenthalben in Stadt und Land deswegen geschrieben haben und wie «uns allenthalb solich guot, früntlich, erlich antwurten zuugeschickt, daran wir billich benüegen und gefallen haben».

Keine Antworten erhalten.

6. Tillier Bd. III S. 132 erwähnt einen obrigkeitlichen Brief an Albrecht von Stein vom 27. Juli 1517, der ihm aufträgt, beim König zu sorgen, «dass die Mitglieder des Rates etwas besser bedacht würden, da bisher einer von ihnen nicht mehr als 30 Franken bezogen hätte».

Befragung Nr. 39:

Begnadigung des Hans Rudolf Hetzel.

1. 1517 September 11., Ra. Ma., D. M. O 35 undatiert, dagegen D. M. O 35/36 Sept. 22.
2. «bi diserm boten».
3. Typus III.
4. D. M O 35, sine dato. Schreiben an die Ämter: Die Freunde des jungen Hetzel haben mehrmals um dessen Begnadigung gebeten, «im unser stat und land wider inzuowonen zuo erlouben», da auch allen andern verziehen worden ist. Auch tritt der König von Frankreich für ihn ein gestützt auf den Friedensvertrag, wonach allen denen, welche des vorausgegangenen Krieges wegen bei ihren Obern in Ungnade gefallen waren, verziehen werden soll. Auch die andern Eidgenossen haben bei gleichen Vergehen Gnade ergehen lassen. Bern will keinen Entscheid fällen, ohne den Rat seiner Landschaft eingeholt zu haben, da sie auch gemeinsam die Bestrafung der ungehorsamen Reisläufer beschlossen hatten.

D. M. O 35/36, 1517 Sept. 22. Bittschreiben des Jakob von Wat-

tenwil, Schultheiss, Hans von Erlach, des Rates, Ludwig Burkhardt und Diebold von Erlach, Burger, an Stadt und Land für ihren Vetter und Freund Hans Ruodolf Hetzel von Lindnach. Argumente: «Er hat sinen vatter durch einen schmächtlichen, herben tod verloren», «sin hus und hof hie in der stat Bern durchlüffen und geblündert», «uf das übrig guot ein erbere gältstraf gelegt». Hetzel verspricht hinfür gehorsam zu sein. Auch hat er immer für einen Frieden gearbeitet und sich in des Königs Diensten geweigert, gegen Eidgenossen zu kämpfen, weshalb er «sins solds und dienstgälts quote zit gemanglot». Andere Offiziere in den andern Orten seien oft der gleichen Vergehen wegen straflos ausgegangen.

5. Ra. Ma. 1518 Juni 25. Dem jungen Hetzel sind 200 Kronen Strafe auferlegt. Er soll schwören, diese bis Jakobi zu zahlen oder das Land zu verlassen und er darf nicht mehr herein, bis er bezahlt hat.

Val. Anshelm IV S. 273: «Namlich des drizehenden, von Frankrich wegen, Hans Ruodolf Hetzel ward begnadet und ingelassen um 200 kronen.»

Befragung Nr. 40:

Begnadigung von Leuten aus Unterseen, die die Regierung geschmäht.

1. 1518 Januar 29., D. M. O 61/62.
2. «bi diserm boten».
3. Typus III.
4. D. M. O 61/62, 1518 Januar 29. Schreiben an die Ämter: Vor kurzem wurden «etliche» aus Zofingen wegen Schmähungen gegen Bern, Freiburg und Solothurn (sie haben die Eidgenossen bei Novarra verraten, d. h. vor der Schlacht bei Marignano) vom ordentlichen Gericht zum Tode verurteilt, aber auf grosse Fürbitte hin begnadet. Nun haben wieder zwei Leute aus Unterseen «offenlich und mit verdachtem muot geredt, wir haben si und ander, so vor navärra gewäsen sien, verkouft und verraten und uf den fleischbank gäben». Sie wurden gefangen gesetzt und nach Thun ins Gefängnis geführt. Die Untersuchung hat sie schuldig befunden, weshalb sie zum Tode verurteilt worden sind. Bern ist nicht mehr gewillt, Gnade zu erweisen, da «wir von unsfern lie-

ben eidgnossen für schuldig, und die, so die unsern nit bedörf-ten strafen, geachtot möchten wärden». «So verr üch aber ützit anders will geraten bedunkten», möchten sie es schriftlich anzeigen.

5. *Aeschi*, U. P. IV 29., 1518 Februar 2. Setzen es heim; man soll sie nicht ungestraft lassen.

Interlaken, U. P. IV 55, 1518 Febr. 2. Sie haben schon zweimal für das Leben solcher Angeklagter gebeten und tun es auch diesmal.

Obersimmental, U. P. V 149, 1518. Setzen es heim, doch sollen sie nicht ungestraft bleiben.

Brugg, U. P. VII 88, 1518 Febr. 1. Setzen es heim. «Dann so sie ungestraft bliben, möchte vil mishel und beschwärungen darvon entston.»

Konolfingen, U. P. VI 12, sine dato. Bitten für die Gefangenen.

Niedersimmental, U. P. VI 13, 1518 Febr. 4. Da Fürbitte für die Gefangenen durch Priester, angesehene Männer und Frauen geschehen ist, können sie eine Begnadigung billigen.

6. Ra. Ma. 1518 Febr. 12. «Ein urfechd den gefangenen von thun, als ich weiss und im spruchbuch stât, und soll die entschlachung beschechen zuo stäfisburg, äsche und undersewen.»

Befragung Nr. 41:

Reislaufen und Strafen dagegen.

1. 1518 März 6., Ra. Ma., D. M. O 160.
2. 1518 März 11., D. M. O 160 März 6.
3. Typus I.
4. D. M. O 160, 1518 März 6. Berufung von Boten nach Bern, die «frids und ruowen liebhaber sien», um das französische Geld zu teilen und zu beraten, wie das gegenwärtige Reislaufen abzustellen sei, und wie man strafen solle.
5. Keine Antworten erhalten.
6. Ra. Ma. 1518 März 15. «Min herren haben den handel der reisstrafen für sie genommen und in betrachten, gestalt und har-

komen desselben, auch der früntlichen demüetigen bitt und schriften, inen in das fäld zugeschickt, so dann luter anzöugen, wo si widerkeren, dass inen alle straf nachgelassen sin sölle, angesehen und beschlossen, dass einem jeden die zwen teil vor ufgelegter straf nachgelassen sin sölle, und sie an die heiligen sollen schweren, den übrigen dritten teil bis nechst komenden sant Johanstag an alle gnad zue bezalen, und zuedem auch bi demselben eid in dhein frömbd krieg zue ziechen, dann mit miner herren wüssen und willen.»

Befragung Nr. 42:

Wiederinkraftsetzung des Vorkaufverbotes.

1. 1518 Oktober 20., Ra. Ma., D. M. O 123.
- 2.
3. Typus III.
4. D. M. O 123, 1518 Oktober 20. Schreiben an die Ämter. Es laufen Klagen ein, dass durch die Fürkäufer Schaden und Teuerung entstehe an Korn, Fleisch usw. Da aber die Mehrheit der Leute von Stadt und Land «in unserm ufruor» sich gegen ein Fürkaufverbot ausgesprochen haben und der freie Kauf beschlossen worden war, weiss die Regierung nicht, wie jetzt am besten zu handeln sei.
5. *Burgdorf, U. P. III 53, 1518 Oktober 29.* Der Fürkauf soll abgestellt werden für Korn, Wein, Fleisch und andere notwendige Sachen, «es wäre denn sach, dass ein biderman ein paar stier, zwei oder drü koufe und das selb über hew oder wieden hatt ein halb jar oder ein viertel eis jars..., aber sust von einer hand in die andren zuo koufen und zuo verkoufen, das selb abzuostellen».
6. D. M. O 292—294, 1520 September 29. «Wie wol wir hie-vor zuo meren malen den fürkouf des korns und vichs abgestellt und darumb etlich ordnungen dir (an den Freiweibel zu Zollikofen) und andern unsren amptlügen zuogeschickt haben», wird das Verbot immer wieder übertreten.
D. M. O 28, 1517 August 1. Kornfürkauf im Aargau abgestellt.
D. M. O 27, 1517 Juli 31. Ankenfürkauf im Oberland abgestellt.

Befragung Nr. 43:

Zug gegen den Herzog von Württemberg.

1. 1519 März 6., Ra. Ma.
2. März 11., Ra. Ma. März 6.
3. Typus I.
4. Ra. Ma. März 6. «In stat und land von der reisgelöuf wegen, ir botschaften uf donstag nachts hier zuo sind. Desglichen gan Friburg, Zürich und Solothurn auch derselben sach halb.»
5. D. M. O 174/175, 1519 April 1. «Als dann als ir und ander die unsren von stat und land durch ir botschaften vor uns sind erschinen, anzug ist beschechen der pensionen und gaben halb frömbder fürsten und herren. (Es ist anzunehmen, dass auch über die Reisläuferei nach Württemberg geredet wurde.)
6. Bern. Absch. T 1. Instruktion zur Tagsatzung in Zürich vom 13. März 1519 an Junker Hans von Erlach und Hans Krauchtaler: Da Bern selbst Reichsstadt ist und in allen Bünden das Reich immer vorbehalten hat, will es dem Reich Hilfe zukommen lassen, natürlich in dessen Kosten, wenn der Herzog von Württemberg auf seinem Vorhaben beharrt. «Wo der... herzog nit abstat, und dem schriben ab nechstgehaltinem tag im beschechen nachkompt, alldann sich eins gemeinen zugs zuo vereinbaren, damit im widerstand getan und der eidgnoschaft knächt wider heimgebracht werden.»

D. M. O 190, 1519 April 29. Schreiben an Stadt und Land: Das Schreiben der Tagsatzung an die Eidgenossen in württembergischen Diensten, das ihnen Heimkehr befahl, enthielt auch die Zusicherung der Straflosigkeit. Bern hat daran keinen Gefallen, doch hat die Regierung beschlossen, «den gemeinen man... ungestraft zuo halten..., die houptlüt, lütiner, venner und ufwigler... wöllend wir usgesetzt haben und gestraft».

Befragung Nr. 44:

Hilfsgesuch des Herzogs von Württemberg.

1. 1519 November 16., Ra. Ma., D. M. O 243.
2. «bi diserm boten».
3. Typus III.

4. Ra. Ma. 1519 November 16. «An die von Lucern und Solothurn von des herzogen von Wirtemberg wägen ein dapfere schrift..., in stet und land och derselben sachen halb.»

D. M. O 243, 1519 November 16. Schreiben an Stadt und Land: Der Herzog von Württemberg wollte nach Bern kommen, doch hat Bern ihn abgewiesen, so dass er wieder nach Luzern zurückgekehrt ist, wo man ihm Hilfe zur Wiedereroberung seines Herzogtums zugesagt hat. Diese Zusage Luzerns missfällt Bern sehr, da der Herzog nicht lange vorher die eidgenössischen Knechte aufgewiegt hatte, so dass Bern sogar sich anschickte, gegen ihn ins Feld zu ziehen. Nun geht wieder das Gerücht, der Herzog wolle nach Bern reisen. Es wäre aber zu bedenken, dass Hilfe an den Herzog bedeuten würde, «dass wir dahar gegen tütscher nation zuo einem tödlichen krieg und solicher beschwärd kommen, dadurch uns veiler kouf an salz, korn, win und andern notdürftigen sachen, wurde abgeschlagen». Dazu kann Bern sich einen Krieg eines «stärbensloufs» (vgl. Val. Anshelm IV S. 358) wegen nicht leisten. Aus diesen Gründen schreibt die Regierung nach Luzern, den Herzogen nicht nach Bern reisen zu lassen. «Ob üch ützit anders zuo willen und gefallen sin will, (mögt ihr) uns des bi diserm darumb allein gesandten boten berichten.» Bern will in Frieden leben und fremder Herren Kriegshändel müssig gehen.

5. Ra. Ma. 1519, November 21. «*Grasburg* geben minen herren gewalt, in dem wirtembergischen handel, mit begär, daran zuo sind, sich des handels nützit zuo beladen, damit dehein krieg uferstande, dann si krieg nit mogen erliden; ob min herren aber êrenhalb dafür nit konden sin, wollen si lib und guot zuo minen herren setzen. *Sternenberg*, bittet min herren, sich des herzogen noch anderer herren nützit zuo beladen, dadurch si in krieg kommen, dann si diser zit, krieg zuo erliden, nit mogen verstatten.»
6. Bern. Absch. S. 509—516, 1519 Nov. 21. Die eidgenössischen Boten haben ungleiche Instruktionen, doch «des merteils» haben sie Mitleid mit dem Herzogen und wollen ihren Einfluss gebrauchen, damit er wieder in sein Land kann, doch «unser herren... wollen noch mögen diser zit krieg nit liden».

Befragung Nr. 45:

Bündnis mit Frankreich.

1. 1520 März 19., Ra. Ma., D. M. O 264 März 21.
2. «bi diserm boten».
3. Typus III.
4. D. M. O 264, 1520 März 21. Schreiben an Stadt und Land: Der französische König hat den Eidgenossen ein Bündnis angetragen, wonach König und Eidgenossen sich gegenseitig Hilfe versprechen. Die Eidgenossen sollen ihm Hilfe leisten zum Schutze seines jetzigen Besitztumes (immer in seinen Kosten und in seinem Solde), und nur wenn die Eidgenossen nicht selber im Kriege stehen. Auf der Tagsatzung zu Luzern vom 5. März 1520 wurde der Antrag zur Berichterstattung an die Obrigkeit genommen und auf den 15. April sollten die Orte Antwort geben. Am besten wäre, aller Herren müssig zu gehen, doch «wo sollichs beschächen, dass wir die unsern nit behalten und dieselben uf beid siten und deshalb in widerwärtiger gestalt uns und unser eidgnoschaft zuo verderblichen schaden und abgang wurden hinloufen, wüssend wir dem anders nit vorzuosin, dann uns an ein ort zuo hänken... mit vorbehaltung seiner heiligkeit, des heiligen römischen richs und anderer, wie wir sollichs bishar haben gewonet». In diesem Sinn werden sie die bernischen Boten nach Luzern schicken, «red hören» und aber nichts beschliessen, ohne Zustimmung von Stadt und Land. Befehlen, die Ihnen bei Hause zu behalten.
5. *Aarberg*, U. P. II 19, 1520 März 25. Wenn es möglich wäre, sollte die ganze Eidgenossenschaft aller Herren müssig gehen. Doch soll man gemeinsam mit den Eidgenossen handeln.

Büren, U. P. III 16, 1520 März 28. Wollen aller Herren müssig gehen. Doch wenn ein Bündnis nötig ist, soll Bern es nur mit allen Eidgenossen gemeinsam eingehen.

Aarburg, U. P. VII 103, 1520 März 25. Wollen aller Herren müssig gehen, «unsern landen ze huete und gaumen». Im Falle eines Bündnisses soll Bern sich nicht von den Eidgenossen sondern.

Burgdorf, U. P. III 54, 1520 März 26. Wollen aller Herren müssig gehen. Ein Bündnis mit dem römischen König sei vorzuziehen, da durch ein Bündnis mit Frankreich «uns gegen den römischen küning ein tölicher krieg uf den hals wachsen möcht», wodurch ihnen die Salz-, Wein-, Korneinfuhr abgeschnitten würde. Ebenso wäre dann die Viehausfuhr unmöglich.

Erlach, U. P. III 127, 1520 März 24. Wollen aller Herren müssig gehen.

Frutigen, U. P. IV 12, 1520 März 25. Wollen aller Herren müssig gehen. «Wo das nit sin mag... nutzlicher sin, an den küng von frankrich kerent». Wenn der König der Obrigkeit Geschenke gibt, bittet Frutigen, «unser in denselben goutdenklich bedenken» als «stür an unsern kosten».

Aeschi, U. P. IV 30, 1520 März 25. «Dass ir üch und damit uns die üren mit dheiner verbindung frömder herren old fürsten wellit beladen.»

Interlaken, U. P. IV 56, 1520 März 25. Setzen es heim.

Lenzburg, Grafschaft, U. P. VII 119, 1520 März 27. Bern soll nicht als erster Ort das Bündnis mit Frankreich annehmen, sondern mit der Mehrheit der Orte, «damit wir als die anstösser nit allwegen getroffen und geshmützt werden».

Lenzburg, Stadt, U. P. VII 120, 1520 März 27. Setzen es heim.

Zofingen, U. P. VII 182, 1520 März 24. Begehren, aller Fürsten müssig zu gehen, doch sich nicht von den übrigen Eidgenossen zu trennen.

Unterseen, U. P. IV 93, 1520 März 25. Wollen nach der geschworenen Ordnung aller Herren müssig gehen. Doch soll man mit der Mehrheit der Eidgenossen handeln.

Laupen, U. P. IV 104, 1520 März 23. Schreiben der Regierung an die Ämter und auf dem gleichen Blatt unten auch die Antwort Laupens vom 25. März. Wollen aller Herren müssig gehen und das eigene Land hüten und nur gemeinsam mit den Eidgenossen handeln.

Hasli, U. P. V 6, 1520 März 25. Besorgen im Falle eines Bündnisses mit Frankreich einen tödlichen Krieg mit dem deutschen Reich. Es dünkt sie besser, «mit rich und unser nachpurschaft in frid und ruowen gelept, dann mit franzoseschem gelt krieg gehalten».

Obersimmental, U. P. V 157, 1520 März 25. Setzen es heim.

Niedersimmental, U. P. V 187, 1520 März 27. Empfehlen, keine Vereinung einzugehen. Ein Bündnis mit Frankreich könnte einen

zwei bis drei Jahre langen, schweren Krieg mit dem Kaiser nach sich ziehen.

Spiez, U. P. V 227, 1520 März 25. Möchten die geschworene Ordnung halten, doch setzen sie es heim.

Thun, U. P. VI 15, 1520 März 25. Setzen es heim.

Trachselwald, U. P. VI 118, 1520 März 25. Wollen aller Herren müssig gehen. Bern soll handeln wie die Mehrheit der Orte. Wollen das Fluchen abstellen helfen.

Wangen, U. P. VI 185, 1520 März 25. Begehren, aller Herren müssig zu gehen. Doch soll man zusammen mit den Eidgenossen handeln.

Bipp, U. P. VI 218, 1520 März 25. Wollen sich erbieten, gemäss der letztjährigen Ordnung die Knechte nicht ziehen zu lassen. Doch soll man sich darin wie die Eidgenossen halten.

Aarau, U. P. VII 8, 1520 März 24. Wollen aller Herren müssig gehen.

Aarburg, U. P. VII 25, 1520 März 25. Wollen aller Herren müssig gehen.

Brugg, U. P. VII 90, 1520 März 24. Wollen aller Herren müssig gehen, da der abgeschlossene Friede gut genug sei. «Wir sorgen, dass wir uns selbst die gluot uf die füess trachen werden» mit einem Bündnis. Der Artikel, dem König seinen jetzigen Besitz helfen zu behalten, gefällt ihnen nicht, «dann wir kurz verschi-ner jaren etlicher derselben landen übel entgulten haben», auch scheint es ihnen, «ganz schwär sin, einem frömden herren sin Land helfen schirmen und das unser dardurch sorgen zuo verlieren». Auf alle Fälle sollte die Kirche und das Reich vorbehalten werden.

Konolfingen, Ra. Ma. 1520 März 27. «Miner herren schriben gefalle inen wol, ir will sîe, aller fürsten und herren müessig ze gan, wo das jämer mit fuogen sin mag, ob aber das nit möchte sin, was dann minen herren gefallt, wöllen min herren lib und guot zu inen setzen.»

Zollikofen, Ra. Ma. 1520 März 27. «Git antwurt, ir begär sîe, dass sich min herren deheins fürsten noch herren annämen, sun-der derselben müessig giengen, wo aber das nit sin möcht, dass

min herren entwädren an die hand müesten nämen, was dann gemein eidgnossen annämen, dass söllichs min herren auch tüeyen, darzuo wöllen die us dem landgricht zuo minen herren setzen lib und guot nach irem vermogen.»

«Die *Kilchspel* setzen es minen herren heim.» Ra. Ma. 1520 März 27.

«Die von Sternenberg (Ra. Ma. 1520 März 27.) gend antwurt, dass ir begär, aller fürsten und herren müessig zuo gan, wo das wider gmein eidgnossen nit wäre.»

Val. Anshelm IV S. 414: «Einer loblichen stat Bern der merteil der burger, ire landgricht alle, auch der merteil irer lantschaft, des punds halb angesuocht, rieten und begérten, so ver muglich, aller frömden herren, pünden und gelts müessig ze gon und irs lands ruowen ze hüeten, doch vom merteil der Eidgnossen sich nit ze sündern.»

6. Val. Anshelm IV S. 414: Als Bern die Vereinung doch annahm, «vil allenthalben redten, es wäre alein um der tütschen Franzosen seckel ze tuend und würde nütset guets druss». In Bern flossen damals 7000 Kronen an die Räte, dazu heimliche Gaben.

Eidg. Absch. Bd. III Abt. 2 Nr. 813, Luzern 1520 April 13: Die Mehrzahl der Orte ist geneigt, die französische Botschaft anzuhören. Ausschuss einer Kommission zu Verhandlungen. Neuer Bündnisentwurf geht zur Genehmigung an die Obrigkeiten. Ludwig Schwinkart, S. 231: Acht Orte sagten zu, zu verhandeln, worunter Bern. Die Verhandlungen dauern von Weihnachten 1519 bis Sonntag nach Ostern 1520 (April 15.). Auf den 15. April erscheint eine grosse französische Gesandtschaft. Die Eidgenossen wollen ein Bündnis auf Grund der alten Vereinung mit König Ludwig XI. Pensionenversprechen Frankreichs fördern die Verhandlungen entscheidend.

Befragung Nr. 46:

Bereinigte Artikel zum französischen Bündnis.

1. 1520 Mai 8., Ra. Ma., D. M. O 256.
2. «bi diserm boten».
3. Typus III.

4. D. M. O 256, 1520 Mai 8. Schreiben an die Ämter: Die Boten Berns sind von der Tagsatzung zu Luzern zurückgekehrt und haben die dort verhandelten Artikel des Bündnisses mit Frankreich mitgebracht (diese Artikel liegen bei). «So uns dann von üch... antwurt zuekumpt, wärden wir über den handel och sitzen.» Besonders möchte Bern, dass das Reich, die Kirche und «alle die, mit denen wir bis uf diserm tag bündnus, einung, burgrächt und ander verständnus haben angenommen, vorbehalten» werden. Auf den 20. Mai 1520 wird Bern seine Boten mit den bereinigten Artikeln nach Luzern schicken.

5. Ra. Ma. 1520 Mai 14:

Die «von dem landgericht *Söfftigen* geben zuo antwurt, dass ir begär wäre, aller fürsten und herren müessig zuo gand und sich mit nieman zuo verbinden. Wo aber gemein eidgnossen je mit dem küng von frankenrich in püntruss wöllen gan, dass sich min herren von denselben iren eidgnossen nit sundern, dadurch an die hand genommen und gehandlot werde, so zuo frid und ruow diene. Die von den vier *Kilchspellen* gend antwurt, si setzen... den handel heim, ... von iren eidgnossen nit sundern.

Die von *Zollikofen* haben... die artikel verstanden und will inen fast swär sin, dem küng von frankenrich die land enot dem gebirg hälften zue behalten, wo aber ein eidgnoschaft gmeinlich einhäll wurde sin, mit dem küng in vereinung zue gand, im sin kron und küngrich zuo behalten, lassen si beschächen, aber inen wäre am aller liepstet, ... dass man aller fürsten und herren müessig gienge.

Konolfingen raten aller fürsten und herren müessig zue gan», sonst aber nur gemeinsam mit den Eidgenossen zu handeln.

D. M. O 333, 1521 April 25. Brief an die Gemeinden des Hasli, die zu einer Waffenschau nicht erschienen waren und die bernische Bündnispolitik kritisierten, man mute ihnen zu, «den tütschen franzosen die seckel zuo füllen und einen tötlischen krieg gegen dem kaiser zuo fürdren». Hasli möchte des Königs müssig gehen und sich mit dem Kaiser verbinden. Die Regierung erklärt ihnen, dass die Räte die französische Vereinung angenommen hätten, weil der Mehrteil der Antworten von Stadt und Land lautete, mit dem Mehr der Eidgenossen zu handeln, was sie auch getan hätten.

6. Ra. Ma. 1520 Mai 18. Räte und Burger beschliessen mit Mehrheit, das französische Bündnis anzunehmen mit dem Mehrteil der Eidgenossen, doch vorbehalten der hl. Stuhl, das Reich und alle andern Verbündeten. Hilfe soll nur gewährt werden, wenn Frankreich angegriffen wird.

Befragung Nr. 47:

Begnadigung des Württembergfahrers Ludwig von Diessbach.

1. 1520 August 31., Ra. Ma., D. M. O 285/286 Aug. 31.
- 2.
3. Typus III.
4. D. M. O 285/286, 1520 Aug. 31. Schreiben an Stadt und Land: Ludwig von Diesbach, der ältere, und verschiedene Freunde bitten die Obrigkeit, Ludwig von Diesbach, den jüngeren, zu begnadigen und das Land wieder zu erlauben. Sein Auszug geschah bevor die Landesordnung gegen das Reislaufen aufgestellt worden war. Alle andern Offiziere aus dem Zug nach Württemberg sind begnadigt worden, auch in den andern Orten... Der Ordnung gegen Fluchen, Gotteslästern ist nachzuleben.
5. Zofingen, U. P. VII 183, 1520 September 7. Diesbach ist zu begnadigen, wie Gott es auch tut.

Laupen, U. P. IV 105, Schreiben Berns an Laupen vom 3. Sept., auf welchem Blatt unten auch die Antwort Laupens vom 8. Sept. Diesbach ist zu begnadigen.

Hasli, U. P. V 7., Sept. 9. Diesbach ist zu begnaden der Tugenden und Wohltaten seines Vaters und Vetters Wilhelm wegen.

Thun, U. P. VI 16., 1520 Sept. 10. Diesbach ist zu begnaden, da «man in ziten eines sölhen mans wol notwendig möchte werden».

Aarau, U. P. VII 9, 1520 Sept. 9., *Aarburg*, U. P. VII 26, Sept. 6., *Brugg*, U. P. VII 91, Sept. 8., *Lenzburg*, U. P. VII 121, Sept. 6., *Lenzburg Grafschaft*, U. P. VII, Sept. 8., *Büren*, U. P. III 17, Sept. 10., *Konolfingen*, U. P. I 40, Sept. 9., *Burgdorf*, U. P. III 57, Sept. 3., *Erlach*, U. P. III 128, Sept. 13., *Landshut*, U. P. III 217, Sept. 13., *Aeschi*, U. P. IV 31, Sept. 9., *Interlaken*, U. P. IV 57,

Sept. 9., *Unterseen*, U. P. IV 94, Sept. 9., *Niedersimmental*, U. P. V 188, Sept. 16., *Spiez*, U. P. V 228, Sept. 8., *Trachselwald*, U. P. VI 120, Sept. 12., *Huttwil*, U. P. VI 168, Sept. 11. Setzen alle heim zu begnadigen.

6. Ra. Ma. Sept. 23. «Min herren haben Ludwigen von Diespach ir land und gebiet wider erloupt, doch also, dass er vor allen dingen und eb er har in die stat kome, die alten reisstrafen, dessglichen die straf von dem wirtembergischen zug, wie dann soliche andern houptlüten ufgelegt ist, bezalen und usrichten, och zue miner herren gefänknust gan und darzuo sweren sölle, fürer dehein gelouf ze machen, noch jemand ufzuewiglen.»

Befragung Nr. 48:

Begnadigung des Württembergfahrers Hans Rudolf Hetzel.

1. 1521 Februar 22., Ra. Ma., D. M. O 322.
- 2.
3. Typus III.
4. D. M. O 322, 1521 Febr. 22. Schreiben an Stadt und Land: Der junge Hetzel ist mit den andern Hauptleuten, Vennern und Aufwieglern des Württemberg-Zuges gestraft worden. Allen andern ist das Land wieder erlaubt worden, nachdem sie die Geldbussen bezahlt hatten. Die Obrigkeit meint, «dass er (Hetzel) besser im land sie dann usserthalb», doch hat sie der Landschaft versprochen, seine Verbannung nur mit ihrer Einwilligung aufzuheben.
5. Aarau, U. P. VII 11, 1521 Febr. 23. Hetzel ist zu begnadigen. Das Schreiben ist adressiert an «Junker Hansen von Erlach, Junker Jakob von Wattenwil, nüw und alt schulthessen zuo Bern, och Junker Ludwig, Junker Burkart, Junker Anthoni und Junker Hans von Erlach, burgere und des rats zuo Bern». (War vielleicht ein Bittschreiben dieser Leute an das Land ergangen?)

Brugg, U. P. VII 92, Febr. 23. Hetzel ist zu begnadigen.

Brugg, U. P. VII 93, 1521 Febr. 23. An die z. T. obgenannten Vettern gerichtet. Hetzel sei zu begnadigen.

Laupen, U. P. IV 106, Febr. 20. Setzen es heim. (Der Befragungsbrief an Laupen muss früher abgefertigt worden sein.)

Trachselwald, U. P. VI 121, Febr. 24. «Den gedachten Hetzel noch mē usserthalb üwerm biet wöllen lassent, umb dass ander dran sechen.»

Aarau, U. P. VII 10, Febr. 23., *Aarburg*, U. P. VII 27, Febr. 23., *Zofingen*, U. P. VII 184, Febr. 22., *Zollikofen*, U. P. I 83, sine dato, *Aarberg*, U.P.II 22, Febr. 24., *Büren*, U.P.III 19, Febr. 24., *Stettlen*, U. P. I 5, sine dato., *Burgdorf*, U. P. III 62, Febr. 22., *Erlach*, U. P. III 129, Febr. 21., *Landshut*, U. P. III 218, Febr. 23., *Aeschi*, U. P. IV 32, Febr. 21., *Interlaken*, U. P. IV 58, Febr. 25., *Unterseen*, U. P. IV 95, Febr. 22., *Hasli*, U. P. V 8, Febr. 22., *Thun*, U. P. VI 17, Febr. 22., *Huttwil und Eriswil*, U. P. VI 170, Febr. 21., *Wangen*, U. P. VI 189, Febr. 24. Setzen alle heim zu begnadigen.

6. Ra. Ma. 1521 März 15. «Der jung Hetzel sol in die keffi gan, und min her schulthes gewalt haben, in widerumb harus zuo lassen, und dannathin die 100 guldin verbürgen uszuorichten, auch der-selb Hetzel schweren einen eid, nun furwerthin in dehein frömd reisen zuo ziechen, âne miner herren gunst und willen und bi demselben eid sich erlütren, was im von dem herzog von wirten-berg sîe worden, das er auch getan, und ist im worden von dem bemelten herzogen 84 guldin und ein dicken pfennig.»

Befragung Nr. 49:

Nachwehen des Bicoccazugs.

1. 1521 September 5., Ra. Ma.
2. 1521 September 15., D.M.O 382 (Einberufung der Landgerichte).
3. Typus III, Langerichte Typus II.
4. D. M. O 382/383», 1521 Sept. 15. Schreiben an Stadt und Land: Es sind jetzt viele Knechte «in ungeordneter gestalt» in französische Dienste gezogen, woran die Regierung Missfallen hat, da die Werbung an alle eidgenössische Orte ging und diese gemeinsam die Werbung besprechen wollten. Bern will deshalb die Knechte heimmahnen, besonders da sie nicht «in vermogen, noch

des willens sind, das herzogthuomb mailand allein zuo behalten». Auch missfällt Bern sehr, dass viele Knechte ohne Urlaub heimziehen, obwohl der Papst nichts unternimmt (also stehen wieder Eidgenossen gegen Eidgenossen im Felde). Man soll die Namen der ohne Urlaub Heimgelaufenen zur Bestrafung aufschreiben. D. M. O 382, 1521 Sept. 5. Berufungsschreiben für die Landgerichte auf Sept. 15., «reisgelöuf berüerend».

Bern. Absch. T 444—447, nach Sept. 9. Instruktion in die vier Landgerichte an die vier Venner: Bern hat mit Einwilligung von Stadt und Land die französische Vereinung angenommen. «Und ist solichs des merteils us dem grund beschechen, dass min herren das widerwertig hinloufen der iren in frömbd, uslendig reisen bedacht, und gemeint halten, so si sich mit iren eidgnossen an ein ort hänken, dass solich widerwertig hinziehen abgestellt.» Das französische Bündnis bedeutet keinen Reiszwang und sieht nur Hilfe vor zum Schutze des jetzigen französischen Besitzes, nicht für Angriffskriege. Sofort nach Abschluss des Bündnisses verlangte der König Hilfe und, ohne die Zustimmung der Tagsatzung abzuwarten, bestellte er selbst Hauptleute und liess werben, wobei viele «dienstknecht und ander arbeitslüt hinweg gefüert» wurden. Dies alles missfällt Bern, weshalb die Knechte heimgemahnt worden sind und die Eidgenossen sich bemühen, Frieden zwischen Papst und König herzustellen. Versprechen, die schuldigen Hauptleute zu strafen.

5. Keine Antworten erhalten.
6. Bern. Absch. T 454/455. Instruktion zur Tagsatzung in Luzern, 1521 September 23., für Bastion von Diesbach und Venner Isenschmid.
 - a) Wenn der Vorwurf erhoben wird, dass bernische Knechte ohne Urlaub heimgelaufen seien, sei zu antworten, dass Bern diese vor sich berufen habe und nach ihren Aussagen nichts gefunden, das strafbar wäre. Bern wartet deshalb, bis die andern aus Mailand zurückgekehrt sind. Dann «wärden min herren beid teil berüeffen und gegen einander hören und die schuld finden».
 - b) Die Boten haben Vollmacht, Mittel und Wege gemeinsam mit den andern eidgenössischen Boten zu suchen, wie «die knecht zuosammen und an ein ort gebracht mogent werden» (sie be-

finden sich beim Papst und beim König). Ferner macht Bern den Vorschlag, einige Artikel des französischen Bündnisses so zu ändern, «dass der küng nit gewalt habe, sölich houptlüt sinem gefallen nach zuo nämen, sondern einem jeden ort zuestande, dieselben houptlüt darzuegeben und zue ordnen nach irem gefallen, damit sollich unordentlich hinloufen und ufwiglen abgestellt, und damit bessern fuogen dann jetzt beschächen ist, gehandelt möge wärden».

Befragung Nr. 50:

Verleumding der Regierung betreff des Bicoccazuges.

1. 1522 April 23., Ra. Ma., D. M. P 43 Apr. 24. Bern. Absch. T 715 bis 718.
2. 1522 Mai 3.—8.
3. Typus II mit schriftlicher Antwort.
4. D. M. 43, 1522 Apr. 24. Obrigkeitzliches Schreiben gerichtet an: Niedersimmental, Obersimmental, Frutigen, Aeschi, Spiez (Ratsbote Wilading); Thun, Unterseen, Interlaken, Hasli (Ratsbote Stürler). Aarberg, Erlach, Nidau, Büren (Ratsbote Noll); Trachselwald, Huttwil, Burgdorf (Ratsbote Schaller); Wangen, Aarwangen, Bipp, Landshut (der jeweilige Vogt); Zofingen, Aarburg, Aarau, Lenzburg, Brugg, Schenkenberg (der Seckelmeister als Ratsbote); Zollikofen (Ratsbote Baumgartner); Konolfingen (Ratsbote Kuttler); Seftigen (Ratsbote Krauchtaler); Sternenberg (Ratsbote Isenschmid), Laupen.

Bern. Absch. T 715—718, sine dato (anfangs Mai). Instruktion für die Boten in Stadt und Land:

- a) Der Zug nach Mailand zum König geschah kraft des Bündnisses. Bern hört von «allerlei unrüebiger reden und drowungen», wonach man die Regierung für den unglücklichen Zug (Schlacht von Bicocca, 1522 April 27.) verantwortlich machen will. «So sollen sich etlich lassen merken, har für die stat Bern zuo ziechen.» An all dem hat die Regierung Missfallen, da Stadt und Land, in Kenntnis des Inhaltes, ihre Zustimmung zum Bündnis mit Frankreich gegeben hatten. Die Regierung hat das Bündnis angenommen, um sich nicht von den übrigen Eidgenossen zu trennen und um besser dem unge-

ordneten Reislaufen Einhalt tun zu können, «wo si sölliche vereinung sollten abgeschlagen haben, dass die iren nüt dester minder hinwág gezogen... wären». Überdies geschah der Auszug freiwillig, «und für war, so möchten min herren erliden, dass die iren bi hus und hof, auch iren wib und kindern beliben und allein die hinwág züchen, die sich der kriegslöuf behälfen und niemand daheim mag behalten».

- b) Die Tagsatzungsboten haben Bern des Verzugs wegen nicht erlaubt, die Boten von Stadt und Land zur Beratung über die Hilfeleistung nach Bern kommen zu lassen. (S. dagegen Hilfsbegehren Frankreichs in den Eidg. Absch. 1521 Dezember 10. bis 1522 Januar 18.)
- c) Durch diesen französischen Zug nach Mailand sind den Eidgenossen grosse Kosten erspart worden, da sie sonst zum Schutz der Herrschaften Lugano, Locarno und anderer «plätze» dort eine Besatzung in eidgenössischen Kosten zu halten gezwungen wären.
- d) Die Obrigkeit ermahnt die Landschaft, das unnütze Reden abzustellen oder Rechts zu begehrn; doch glaubt sie, «dass sollich unrüewig reden von unnützen lüten, an denen wenig gelegen sîe, erwachsen».
- e) Über diese Punkte sollen die Ämter sich unterreden und schriftliche Antwort geben.

Vgl. dazu die Instruktion zur Tagsatzung in Luzern, 1522 Mai 25, Bern. Absch. T 719: Die bernischen Boten sollen im geheimen nachforschen, ob in Schwyz, Uri und andern Orten Unruhe vorhanden sei. Diese zu beschwichtigen, wäre Bern sofort bereit. Es gehe auch die Rede von einer Verschwörung der Truppen im Felde gegen die Pensionenempfänger, die man «zuo tod erstechen» sollte.

5. Keine Antworten erhalten, nur Ra. Ma. 1522 Mai 22.: «darzuo gemein burger mit der gloggen versamlot von der antwurt dero von stat und land.»
6. Val. Anshelm IV 523: «und mit sämlichen glaten fürschlek, als ein stat Bern wiser rat, von Luzern heimlich einer ufruor gewarnt, sine ratsboten in stat und land usschickt, willen und ruow zuo erhalten.»

Befragung Nr. 51:

Neue Aushebung zur Rache für Bicocca.

1. 1522 Mai 17., Ra. Ma., D. M. T 52 Mai 19.
2. 1522 Mai 28., D. M. P 52 Mai 19.
3. Typus I.
4. D. M. P 52, 1522 Mai 19. Schreiben an Stadt und Land: Der König hat um 6000 Knechte ersucht, um die Niederlage von Bicocca zu rächen. Drohungen gegen Lugano, Locarno und Bellinzona machen eine Besatzung in eidgenössischen Kosten nötig; wenn aber die Knechte dem König bewilligt würden, geschähe der Schutz dieser Landschaften in französischen Kosten. Bern will nichts beschliessen ohne die Einwilligung von Stadt und Land. Den Boten von Stadt und Land ist eine Instruktion nach Bern mitzugeben, «es sîe dem küng die knecht zu geben, oder abzuoschlachen».
5. Ra. Ma. 1522 Mai 28.:

Thun, «wann es mit glimpf und fuog möchte sin, wäre ir begär, des lamperschen lands müessig zuo gand, ob si aber jemand an iren landen (Tessind) understüende zuo beswären, alldann zuo inen lib und guot zuo setzen, zum andern wo es mit êren und fuogen sin möcht, sich des küngs und der vereinung zuo entziechen, wo aber das nit sin möchte, alldann mit dem meren teil der eidgnossen zuo handeln, zuo dem wöllen si minen herren hilflichen sin, soverr dass si der küng êrlichen halte und zale, damit die knecht nit also armuot haben, und ob man je ziechen, dass man all dann êrlich houptlüt erwelle und die zal, so inen uffelegt wirt tapfern lüten und nit mit dienstknächten und liederlichem volk versächen, und dass der küng dieselben mit besoldung und provenz well halten und versächen, auch denen so ire söld usstand, unverzogenlich usrichten wölle».

Alle andern Antworten in diesem Sinne: Burgdorf, Hasli, Ober- und Niedersimmental, Frutigen, Aeschi, Interlaken, Unterseen, Zofingen, Aarau, Brugg, Lenzburg (Stadt und Grafschaft), Schenkenberg, Aarburg, Wangen, Nidau, Erlach, Büren, Aarberg, Bipp, Landshut, Zollikofen, Seftigen, Konolfingen, Sternenberg, die vier Kirchspiele.

6. Bern. Absch. T 733. Instruktion für Venner Hans Isenschmid nach Luzern auf den 9. Juni 1522. «Denn nachdem dieselben min herren die iren von stat und land berüeft, und dieselben gemeint und auch beschlossen haben, mit dem merteil der orten der eidgnoschaft zuo handeln und sich von denselben nit zuo sundern, lassen min herren es dari beliben.» Wenn sich für den König kein Mehr ergibt und der König die Knechte «in besundern orten ze nämen» unternehmen wollte, wie er gedroht hatte, sollen die Boten dies wieder an ihre Obrigkeit bringen. Bern will mit der Mehrheit der Eidgenossen die 6000 Knechte gewähren, vorausgesetzt, dass die ausstehenden Sölde vom Zug in die Piccardie und nach Mailand bis am 29. September (St. Michael) bezahlt werden.

Val. Anshelm IV S. 523: Wegen eines drohenden Aufruhres, durch Botschaften beschwichtigt, hat Bern «von allen ämptern antwortsboten uf 28. tag meien in ir stat bescheiden; do haben die selbigen boten in namen irer gmeinden gmeinlich und fast einhellig geantwortet, ir will und begér wäre, des Lampartischen lands, da kein glük, des küngs, aller frömden hern und pensionen müessig ze gon, doch vom merteil der Eidgnossen sich nit ze sündren; und so man dem küng halten und dienen wölte, tapfer lüt, so nach êren kriegid, bruchen, dienstknecht daheim lassen und vom küng richtige, bare bsoldung versorgen».

Materialien

1. *Ungedruckte Quellen:*

Teutsche Missiven-Buch der Stadt Bern (D. M.) Folienzählung.
Allgemeine eidgenössische Abscheiden (bern. Absch.) paginiert.
Rats-Manual der Stadt Bern (Ra. Ma.).
Unnütze Papiere Bd. I—VII (U. P.) Folienzählung.
Alle im Staatsarchiv Bern.

2. *Gedruckte Quellen:*

Valerius Anshelm: Bernerchronik, hrgb. vom Hist. V. d. Kts. Bern, Bern 1884.
Ludwig Schwinkart: Chronik, hrgb. von H. v. Greyerz, Bern 1941.
Die eidgenössischen Abschiede Bd. III Abt. 1 1478—1499.
Die eidgenössischen Abschiede Bd. III Abt. 2 1500—1520.
Die eidgenössischen Abschiede Bd. IV Abt. 1a 1521—1528 (eidg. Absch.).

3. *Darstellungen:*

Joh. Dierauer: Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bd. II und III, Gotha 1920.
A. v. Tillier: Geschichte des eidgenössischen Freistaates Bern, Bd. II und III, Bern 1838.
E. Gagliardi: Anteil der Schweizer an den italienischen Kriegen (1494—1509), Zürich 1919.
E. Gagliardi: Novarra und Dijon, Zürich 1907.
Edg. Bonjour: Die Bauernbewegungen des Jahres 1525 im Staate Bern, Bern 1923.
Jos. Düring: Ulrich von Württemberg und die Eidgenossen bis 1521, Geschichtsfreund Bd. 41 (1886), S. 147 ff.
M. v. Stürler: Die Volksanfragen im alten Bern.
Prof. Dr. Hidber: Gesammelte kleinere historische Aufsätze, 1. Zur Geschichte der Teilnahme des Bernervolkes an den Verfügungen und Gesetzesbestimmungen der obersten Landesbehörde.
Beide im Archiv d. Hist. V. des Kantons Bern Bd. VII Heft 2 (1869) S. 225 ff. und S. 258 ff.
K. Dändliker: Berichterstattung und Anfragen der Zürcher-Regierung an die Landschaft in der Zeit vor der Reformation. Jahrbuch f. Schw. Gesch. 1896, Bd. 21, S. 35.